

## Dossier

### Atom – ein langer Weg

Es bedurfte einer dreißigjährigen Diskussion, begleitet von teils gewalttätigen Demonstrationen, bis im zweiten Anlauf der Ausstieg aus der Atomenergie gelang – Auslöser war bekanntlich der zweite Reaktor-GAU in Fukushima: Katastrophen verändern die Weltgeschichte. In den 50er Jahren als Segen für die Menschheit und in eine goldene Energiezukunft weisend angesehen, überhöht von einer bald gelingenden Kernfusion, wurden spätestens nach Tschernobyl die Fragen lauter: Wohin mit dem tausende Jahre strahlenden Abfall? Wer bezahlt den nächsten GAU? Welche Strahlenrisiken bestehen überhaupt? Dürfen wir unsere Nachkommenschaft in Hunderten von Generationen dermaßen präjudizierende Entscheidungen überhaupt zumuten? Die Ethikkommission sagte Nein. Und zum ersten Mal sind sich alle einig in diesem Nein.

Alle? Die Gerüchte wollen nicht verstummen, dass einige interessierte große Unternehmen (die verständlicherweise im Interesse ihrer Aktionäre gegen den Atomausstieg gerichtlich vorgehen mussten) nach wie vor die stille Hoffnung hegen, die Energiewende könne sich als so schwierig herausstellen, dass man gezwungen sei, vor dem endgültigen Abschied vom Atom doch noch einige Jahre Atomstrom anzuhängen (was Geld drücken bedeuten würde) – und, dass dieselben Firmen deshalb einiges Geld in Gegenpropaganda gegen die Energiewende hin zu den Erneuerbaren investieren - doch das ist ein unbeweisbares Gerücht.

# Inhalt

Atom – ein langer Weg	1
Durchbruch in Endlagerdiskussion	3
Oettinger und die nukleare Sicherheit	4
Atomstrom unversicherbar, unbezahlbar	5
Altmaiers Endlager-Bürgerforum umstritten	7
Klima-Katastrophe	9
Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft	12
EU-Rat: Kehrtwende in der Energiepolitik	13
Gorleben: Schiff als Mahnmal	14
Regierungserklärung zum Standortauswahlgesetz	15
Koalition lehnt Petition zu AKW-Folgekosten ab	20
Bundesregierung fördert Atomforschung am KIT	21
Neues von der Atomenergie	22
Österreich: “Energiewende ist schöpferische Zerstörung”	24
SPD: Radioaktive Gefahr ernst nehmen	24
Kabinetts beschloss Atomendlager-Standortauswahl-Gesetz	25
SPD: Früher raus aus Atom!	31
Atomforschung am KIT	21
Erneuerbare ersetzen immer mehr Atomstrom	31
Eklatante und skandalöse Unterschiede in der Atomhaftung	33
Altmaier zur Atompolitik: “Ende der Kernenergie in Deutschland”	34
Zwischen 22.000 und 66.000 Krebsfälle nach Fukushima	36
Zwei Jahre Fukushima: 55.000 Kinder mit Schilddrüsenveränderungen	37
Altmaier kritisiert Vorgänger scharf und verteidigt Billion	38
BUND-Studie zur AKW-Sicherheit	39
Aktion: “Kein Steuergeld für Atomkraft”	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Aktion: “Kein Steuergeld für Atomkraft”	40
<i>Lex Asse</i> vorgelegt	41
51 Prozent wollen schnelleren Atomausstieg	42
Bis 2018: Zwei neue AKW bei Kaliningrad	43
Deutschland braucht keinen ausländischen Atomstrom	44
Bundesregierung will weiter für AKW-Bau im Ausland bürgen	45
Stromkennzeichnungspflicht	45
Solide Arbeit statt leerer Panikmache	46
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung: Atomkraft? Nein danke!	48
Altmaiers Bundestagsrede zum Thema Asse	49
Energieforschung am Atomausstieg ausrichten	51
Asse soll “schnell und sicher stillgelegt werden”	51
Lichtblick in Gorleben?	52
Neue Regeln für AKW	53
Atomkraftwerk Brunsbüttel wird abgerissen	54
Energiedaten September 2012	55
25 Mrd. nötig für Mängel an EU-AKW	55
Atom: Japan steigt aus	56
Verbraucher zahlen versteckte Umlage für Kohle- und Atomstrom	57
6. August: Hiroshima- und Nagasaki-Tag 2012	58

# Durchbruch in Endlagerdiskussion

13. Juni 2013

## Bis Januar 2014 drei Standorte für radioaktive Abfälle

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, bis Januar 2014 drei Standorte für die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle in drei verschiedenen Bundesländern zu bestimmen. Damit ist der Weg frei für die Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes, das die Endlagersuche regelt. Die Einigung kam bei der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder am 13. Juni in Berlin zustande.



Gorleben in Niedersachsen haben Bund und Länder als möglichen Zwischenlager-Standort von vornherein ausgenommen. Für die Standortauswahl wollen die Länder nun einen Kriterienkatalog entwickeln. Die Rücknahme und Aufbewahrung der Castoren an den Zwischenlagern soll gesetzlich festgeschrieben werden.

“Dieser Schritt ermöglicht es jetzt hoffentlich, dass das entsprechende Gesetzgebungsverfahren noch vor dem Sommer im Deutschen Bundestag abgeschlossen werden und dann auch am 5. Juli im Bundesrat beschlossen werden kann”, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Treffen mit den Länderchefs.

Im April 2013 war es Bund und Ländern gelungen, die letzte große Herausforderung des Atomzeitalters in Deutschland gemeinsam anzugehen: die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle. Bundesumweltminister Peter Altmaier und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten legten damals folgende Eckpunkte fest: Die Suche nach einem Endlager ist komplett offen. Eine Kommission aus Fachleuten, Politikern, Vertretern von Umweltorganisationen, Wirtschaftsverbänden und Kirchen soll bis 2015 systematisch alle wesentlichen Fragen der Endlagerung klären. Auf dieser Grundlage wird anschließend die Suche erfolgen. Spätestens 2031 soll der Bau des Endlagers beginnen. Diese Eckpunkte sind in den Entwurf des so genannten Standortauswahlgesetzes geflossen, das das Bundeskabinett am 24.04.2013 beschlossen hat.

## Neue Zwischenlager für die Castoren



Teil der Einigung war auch, in Gorleben die Zwischenlagerung von neuen radioaktiven Abfällen zu stoppen. Gorleben ist der Zwischenlager-Standort für Müll-Container (die so genannten Castoren) aus der Atommüll-Wiederaufbereitung in Frankreich und Großbritannien. 2015 und 2016 werden noch insgesamt 26 Castoren – 5 aus Frankreich und 21 aus Großbritannien – nach Deutschland zurückkehren.

Für diese Castoren aus der Wiederaufbereitung im Ausland muss ein neuer Übergangs-Standort gefunden werden, bis es das Endlager gibt. Als Ersatz stehen die Zwischenlager an den Kernkraftwerken zur Verfügung. In den vergangenen Wochen herrschte jedoch eine intensive Debatte darüber, welche Kraftwerk-Zwischenlager die Castoren zusätzlich übernehmen können.

Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben prinzipielle Bereitschaft signalisiert, Castoren an den Zwischenlagern der Kraftwerke Philippsburg und Brunsbüttel zu übernehmen. Doch zwei Standorte reichen nicht aus, ein weiterer Standort muss gefunden werden. Und für alle möglichen Ersatzstandorte gilt es eine Reihe von Fragen zu klären.

## Bund und Länder entscheiden gemeinsam



Die Entscheidung, in welche Standortzwischenlager die Castoren transportiert werden, hängt von einer Reihe von Punkten ab, zum Beispiel von den tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen. Das sind unter anderem: eine grundsätzliche Eignung, die vorhandenen genehmigten Stellplätze, die besondere Situation vor Ort (Anbindung an Schiene und Häfen) und die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen.

Beim Zwischenlager Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) etwa stellt sich unter anderem das Problem, dass der Nord-Ostsee-Kanal, der für einen Transport in Frage käme, aufgrund des engen Fahrwassers und der Schleusungen weniger geeignet ist. Um die Castoren in den Zwischenlagern sicher zu handhaben, sind bestimmte technische Voraussetzungen (zum Beispiel beim Hallenlastkran) erforderlich, die nicht jedes Zwischenlager hat und die nachgerüstet werden müssen.

Auch die Länge der Transportstrecken ist ein Kriterium. Mit wachsender Länge wachsen auch die Kosten für die Sicherheit. Diese Fragen wollen Bund und Länder nun in den nächsten Monaten klären und eine Entscheidung fällen. Parallel dazu kann die eigentliche Suche nach einem Endlager nun fortgesetzt werden.

->Quelle: [bundestkanzlerin.de](http://bundestkanzlerin.de); [Wortlaut der Pressekonferenz](#)

# Oettinger und die nukleare Sicherheit

12. Juni 2013

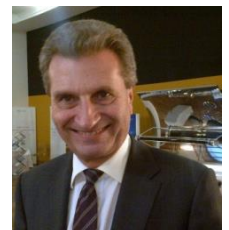
## Weichen für mehr nukleare Sicherheit in Europa werden gestellt – EU-Kommissar Oettinger legt Vorschläge für Überarbeitung der Richtlinie zur nuklearen Sicherheit vor



Die Sicherheit aller Atomkraftwerke in der EU soll künftig regelmäßig überprüft werden.

Der Energie-Kommissar der Europäischen Kommission, Günther Oettinger, hat am 13.06.2013 Vorschläge für eine Überarbeitung der Richtlinie zur nuklearen Sicherheit vorgelegt.

Wesentliche Inhalte basieren auf Vorschlägen der europäischen Aufsichtsbehörden. Oettinger hat verbindliche Stresstests alle sechs Jahre durch multinationale Teams vorgeschlagen. Zudem will die Kommission die Transparenz in der nuklearen Sicherheit erhöhen und die nationalen Regulierungsbehörden stärken.



“Die Mitgliedsstaaten entscheiden, ob sie die Kernenergie zur Stromerzeugung nutzen oder nicht. Heute sind in Europa 132 Kernkraftwerke in Betrieb”, erklärte Oettinger. “Aufgabe der Kommission ist es, zu gewährleisten, dass in jedem dieser Kernkraftwerke die Sicherheit höchste Priorität erhält.”

Dazu erklärt das [Bundesumweltministerium](#): „Deutschland unterstützt aktiv den weiteren Ausbau einer nuklearen Sicherheitsstruktur in Europa. Hierzu haben die europäischen Atomaufsichtsbehörden unter maßgeblicher deutscher Mitwirkung konstruktive Vorschläge unterbreitet. Der heute von Kommissar Oettinger vorgestellte Entwurf greift einige dieser Vorschläge auf, darunter die Einführung von Sicherheitszielen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Atomaufsichtsbehörden nach dem Vorbild der erfolgreich durchgeführten Stresstests.“

Die Gruppe der Leiter der europäischen Atomaufsichtsbehörden hat die Einführung von Sicherheitszielen vorgeschlagen, an denen sich zukünftig die nationalen Regelungen messen lassen müssen. Oberstes Sicherheitsziel ist der praktische Ausschluss von Unfallszenarien, die zu großen

und frühen radiologischen Freisetzungen führen können. Mit der Festsetzung von Zielen wird dem Grundsatz der kontinuierlichen Verbesserung der nuklearen Sicherheit Geltung verschafft.

Außerdem haben die Regulatoren die Pflicht wechselseitiger Überprüfungen der Atomaufsichtsbehörden zu ausgewählten Themen vorgeschlagen. Damit soll erreicht werden, dass wesentliche Sicherheitsfragen vertieft untersucht werden. Auf diese Weise werden die bei den Stresstests vorgenommenen Untersuchungen deutlich erweitert. Bei den sogenannten „Peer Review-Prozessen“ werden die Berichte der nationalen Sicherheitsbehörden durch Fachexperten aus anderen Mitgliedstaaten begutachtet. Damit soll ein gemeinsames Verständnis der europäischen Sicherheitsbehörden erreicht werden.

Die EU-Mitgliedsstaaten sind sich einig, dass die nationalen Behörden auch weiterhin in eigener Verantwortung die kerntechnischen Anlagen überwachen sollen, weil sie über die notwendigen Anlagenkenntnisse und das erforderliche Expertenwissen verfügen. Das Bundesumweltministerium hat sich auf europäischer Ebene dafür eingesetzt, dass die Behördenstruktur für das bewährte deutsche System der Atomaufsicht durch Bund und Länder erhalten bleibt.

Die Leiter der EU-Atomaufsichtsbehörden und die EU-Kommission sind in der „European Nuclear Safety Regulators Group“ (ENSREG) zusammengeschlossen. Aufgabe der ENSREG ist es, ein gemeinsames Verständnis für die nukleare Sicherheit und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle in der EU zu etablieren. Neu gewählter Vorsitzender der Gruppe ist Gerald Hennenhöfer, Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium. Hennenhöfer hatte am Dienstag dieser Woche die zweite europäische Konferenz zur nuklearen Sicherheit eröffnet. Zu der zweitägigen Konferenz in Brüssel hatte ENSREG eingeladen. Dabei wurde über die Frage beraten, wie sich die nukleare Sicherheit in Europa nach dem Reaktorunfall in Fukushima weiterentwickelt hat.

->Quelle: [bmu.de/presse](http://bmu.de/presse)

## Atomstrom unversicherbar, unbezahlbar

3. Juni 2013

### Beschränkte Haftung – teure Abfallbeseitigung – auf Kosten aller



Reaktoren

Einer Schadensanalyse nach dem Unglück der beiden Fukushima-folgend sind allein an Gebäudeschäden und Betriebsunterbrechungen Kosten von mehr als 25 Milliarden Euro entstanden. Die Todesfälle und Strahlungsschäden sind dabei noch nicht berücksichtigt. Für ein AKW-Unglück in Deutschland geben die Konzerne eine Gewährleistungszusage von 2,5 Milliarden – nicht viel für einen GAU. Für die mit Abstand größten Lasten muss der Staat einspringen, müssen die Steuerzahler, also wir alle, haften. Wäre Atomstrom angemessen versichert, würde er völlig unrentabel.

Erst am 12.05.2013 beschloss die Koalitionsmehrheit im Petitionsausschuss ein Petitionsverfahren zu einer Eingabe mit der Forderung nach einer Übernahme der Kosten durch die Betreiber abzuschließen. Die Oppositionsfraktionen bewerteten dies anders und sprachen sich für eine Überweisung der Petition „als Material“ an das Bundesumweltministerium aus, „soweit die Bundesregierung aufgefordert wird, die Atomwirtschaft stärker als bisher für die externen Kosten des Betriebs von Atomkraftwerken heranzuziehen und auf diese Weise die Stromsubstitution durch erneuerbare Energien voranzutreiben“. Schwarz-Gelb meinte, die Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland trügen sowohl die Kosten für die Stromproduktion als auch für die Entsorgung der atomaren Abfälle entsprechend dem Verursacherprinzip.

### Verursacherprinzip?

Dessen ungeachtet werden Experten und Politiker zunehmend nachdenklich, dass trotz der Milliarden-Subventionen für die Errichtung der Atomkraftwerke



Kraftwerksbetreiber nur einen kleinen Teil des Risikos tragen müssen – den Rest übernimmt der Staat. Das macht die Kernkraft für die Konzerne so lukrativ. Völlig zu Unrecht, sagen Ökonomen – denn wenn sich die Stromkonzerne gegen das astronomische Schadensrisiko versichern müssten, würden sie keine Versicherung finden oder aber so hohe Prämien zahlen müssen, dass sich die Erzeugung von Atomstrom nicht mehr rentierte.

Müssten die Betreiber ihre Anlagen nämlich adäquat gegen nukleare Katastrophenfälle absichern, würde der Preis für eine Kilowattstunde (kWh) Atomstrom je nach Versicherungsmodell auf bis zu 2,36 Euro steigen. Das entspräche dem Zehnfachen des durchschnittlichen Haushaltsstrompreises. Damit sind die Risiken, die aus dem Betrieb der AKW resultieren, in der Praxis nicht versicherbar. Zu diesem Ergebnis kam die [Versicherungsforen Leipzig GmbH](#), als sie im Auftrag des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) im Mai 2011 erstmals angemessene Versicherungsprämien für Atomkraftwerke nach versicherungswissenschaftlichen Maßstäben berechnet hat.

### **Zwischen 0,14 Euro bis 67,30 Euro mehr pro kWh**

Dafür wurden verschiedene [Szenarien](#) betrachtet, bei denen einerseits die Deckungssumme in einem Zeitraum von 100 bis 10 Jahren aufzubauen wäre und andererseits berücksichtigt wird, dass eine tatsächliche Versicherung von Haftpflichtrisiken vermutlich eher mittels eines Versicherungs-Pools erfolgen würde, der mehrere oder alle 17 in



Deutschland ansässigen Kernkraftwerke in einem Kollektiv versichert. Die Versicherungsprämie wurde dann in Beziehung zur im Jahr 2010 durch Kernkraftwerke erzeugten Strommenge gesetzt. Werden diese unterschiedlichen Szenarien betrachtet, ergibt sich eine Haftpflichtversicherungsprämie, welche die Kilowattstunde in einer Spanne von rund 0,14 Euro bis 67,30 Euro verteuern würde. Dieser Aufschlag auf den regulären Strompreis müsste über den gesamten Zeitraum des Aufbaus der Deckungssumme gezahlt werden.

### **Haftungspflicht in der Bundesrepublik**

Die sogenannte Pariser Konvention legt fest, wie die Betreiber von Atomkraftwerken im Schadensfall haften. Das Abkommen sah nach einem [SZ-Bericht](#) für die Unterzeichner eine Deckungspflicht zwischen 70 und 700 Millionen Euro vor. In Deutschland wurde sie mit dem rot-grünen Atomausstiegsgesetz auf 2,5 Milliarden Euro angehoben. Die zusätzliche Deckung haben die Betreiber durch gegenseitige Haftungserklärungen beigebracht. Kommt es zu einem schweren Atomunfall, zahlt die Versicherung des Betreibers bis zu 250 Mio. Euro, die übersteigende Summe der Betreiber selbst. Wenn er dazu nicht in der Lage ist, haften die anderen Betreiber mit 2,25 Milliarden Euro. Die Betreiber haben sich praktisch gegenseitig versichert, um Kosten zu sparen. Sie haften allerdings in dieser Höhe mit ihrem Vermögen auch für Unfälle in den AKW anderer



Betreiber.

Nach Angaben des Bundesumweltministeriums entspricht zum Beispiel die Deckungsvorsorge insgesamt nur 0,05 Prozent der im Fall einer Kernschmelze im Reaktor Biblis B in

Hessen prognostizierten Schadenshöhe von etwa 5,5 Billionen Euro. Darüber hinaus haftet der Betreiber mit seinem eigenen Vermögen. Das würde aber bei weitem nicht ausreichen.

### **Kampagne für AKW-Haftpflichtversicherung**

Die Ärzteorganisation [IPPNW](#), die Neue Richtervereinigung ([NRV](#)), der [Bund Naturschutz in Bayern](#) und der [BUND](#) haben die Kampagne „[Sofort volle Haftpflichtversicherung für die deutschen](#)

Atomkraftwerke“ ins Leben gerufen. Sie fordert mit einer Unterschriftenaktion eine Betriebshaftpflichtversicherung für den Betrieb von Atomkraftwerken mit ausreichender Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden. Auf der Seite heißt es: “So lange sich unter privilegierten Bedingungen mit dem Verkauf von Atomstrom Gewinne erwirtschaften lassen, fließen diese in private Taschen. Kommt es zum Schaden, dann zahlt selbstverständlich die Allgemeinheit. Die am 11. März 2011 durch ein Erdbeben ausgelöste Atomkatastrophe in Fukushima demonstriert das Problem eindrucksvoll.”



### **BMU: Allgemeinheit zahlt, wenige verdienen viel – Broschüre verschollen**

Eine Broschüre des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beleuchtete den gleichen Aspekt. „Bei Atomkraft zahlt die Allgemeinheit, während wenige viel verdienen. Atomkraft ist teuer“, hieß es dort. Heute ist die Broschüre nicht mehr auffindbar. Der Bund und damit der Steuerzahler müssen für Stilllegung und Rückbau von kerntechnischen Anlagen – einschließlich voraussichtlicher Kosten für Asse und ERAM – mit circa 7,7 Milliarden Euro rechnen. Dabei sind die Rückbaukosten für die abgeschalteten Atomkraftwerke der früheren DDR und internationale Verpflichtungen für Beseitigung atomarer Abfalllasten noch nicht berücksichtigt. Rund vier Milliarden Euro kostet alleine der Rückbau des AKW in Greifswald. Dass diese Kosten durchaus im Nachhinein steigen können, hat der Rückbau des AKW Würgassen gezeigt: Statt 500 kostet der Rückbau des 1997 stillgelegten AKW in Nordrheinwestfalen inzwischen 700 Millionen Euro.

E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall müssten mit Kosten von mindestens 18 Milliarden Euro rechnen, bis die 17 vom Ausstiegsbeschluss betroffenen Kernkraftwerke abgerissen und entsorgt seien – das analysierte die Unternehmensberatung Arthur D. Little (ADL) 2011 in einer Studie, das Handelsblatt berichtete. Nukleardienstleister könnten auf lukrative Aufträge hoffen.

Die AKW-Betreiber haben bis Ende 2007 Rücklagen von 26,6 Milliarden Euro für Rückbau und Stilllegung gebildet. Dieses Geld musste bisher nicht versteuert werden. Gut verzinst angelegt bringt es den Unternehmen Gewinne. Aber das Ministerium ist offenbar skeptisch, ob die Summe ausreichen wird. „Falls nicht, müsste die Allgemeinheit einspringen.“ (Horst)

->Quelle(n): [vile-netzwerk.de](http://vile-netzwerk.de); [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de); [heise.de](http://heise.de); [m.photovoltaikeu.com](http://m.photovoltaikeu.com); [biosphaere-alb.com](http://biosphaere-alb.com); [www.bmu.de](http://www.bmu.de); [bee-ev.de](http://bee-ev.de); [versicherungsforen.net](http://versicherungsforen.net); [bund.net/atomkraft](http://bund.net/atomkraft); [handelsblatt.com](http://handelsblatt.com)

## **Altmaiers Endlager-Bürgerforum umstritten**

1. Juni 2013

### **Altmaier: Sehr gute Beteiligung am Bürgerforum**

Bundesumweltminister Altmaier hat ein dreitägiges Bürgerforum einberufen, um mit Bürgern über die bevorstehende Suche nach einem Endlager für Atomabfälle zu diskutieren. Erwartet wurden Anregungen zum einschlägigen Gesetzesentwurf, der erst vor zwei Wochen im Bundestag eingebracht worden war und Mitte Juni soll endgültig beschlossen werden soll. Viele Umweltverbände nannten das Bürgerforum eine Alibiveranstaltung und sagten ihre Teilnahme ab. Altmaier zeigte sich dagegen mit dem Echo zufrieden.

**Deutschlandfunk**

Greenpeace, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, Campact, ContrAtom, IPPNW, Mütter gegen Atomkraft, Robin Wood, urgewald, die NaturFreunde Deutschlands und zahlreiche örtliche Bürgerinitiativen beteiligten sich deshalb nicht am sogenannten Endlager-Forum. “Mit dieser Veranstaltung des Umweltministeriums ab dem 31. Mai

soll für ein beschlossenes Gesetz im Nachhinein der Eindruck von Bürgerbeteiligung erzeugt werden“ ([BUND-Erklärung](#)).

Eine weitere konkrete Begründung für das Fernbleiben war die fünfminütige Redezeit, die jeder der 58 angemeldeten Politiker, Experten und Bürger bekam. Aufgrund der kurzen Frist seien zudem substantielle Änderungen an dem Gesetz nicht mehr möglich, kritisieren Greenpeace und BUND. Der Sprecher der Antiatom-Initiative [.ausgestrahlt](#), Jochen Stay, begründete die Absage gegenüber dem Deutschlandradio damit, das Forum sei lediglich eine “Simulation von Bürgerbeteiligung, die ein schlecht gemachtes Gesetz legitimieren soll.” Auch der Naturschutzbund Deutschland teil diese Sorge, dennoch habe sich der NaBU entschieden, sich zu beteiligen – Tina Mieritz im DLF: “Ich weiß, dass für sechs Leute ungefähr anderthalb Stunden zur Verfügung stehen werden. Bei einem fünfminütigen Redebeitrag bleibt das ja immerhin noch eine Stunde, um zu diskutieren.”

### **Altmaier zufrieden: Auf Wunsch der Grünen**



Bundesumweltminister Altmaier zeigte sich zufrieden mit der Beteiligung am Bürgerforum zur Atommüll-Endlagerung. Im Interview mit dem Deutschlandfunk wies er darauf hin, dass das Bürgerforum ein ausdrücklicher Wunsch der Opposition gewesen sei, besonders der Grünen. Er sei diesem Wunsch nachgekommen, und glaube, dass es richtig und notwendig sei, “dass man den Menschen Gelegenheit gibt, sich einzubringen”.

Die Kürze der Redezeit rühre von der hohen Teilnehmerzahl, sie sei der beste Beleg dafür, dass die Behauptung, die meisten Organisationen hätten abgesagt, nicht stimme. Das Argument, zwei Jahre habe die Politik ohne Bürgerbeteiligung beraten – nun bekämen die Verbände ungefähr 48 Stunden zur Kommentierung, nannte Altmaier “polemisch und völlig unsachlich”. Richtig sei dass es anderthalb Jahre gedauert habe, bis der Gesetzentwurf vereinbart worden sei.

Altmaier wörtlich zum Verfahrensablauf: “Das lag aber daran, dass SPD und Grüne gebeten hatten, vor der Landtagswahl in Niedersachsen keine Entscheidung zu treffen. Es lag auch daran, dass nach der Landtagswahl Rot-Grün darum gebeten hatte, die Regierungsbildung in Niedersachsen abzuwarten. Wir haben dann unmittelbar nach dieser Regierungsbildung die letzten Gespräche geführt. Wir haben einen überzeugenden, wie ich finde, Gesetzentwurf vorgelegt. Und der wird nun ausführlich beraten. Wir haben ein parlamentarisches Verfahren ohne Fristverkürzung. Es wird neben diesem Bürgerdialog auch noch alle vorgeschriebenen Anhörungen geben im Deutschen Bundestag, alle Ausschussberatungen werden stattfinden. Und dann, wenn das Gesetz verabschiedet ist, werden wir eine zweijährige Phase haben, wo eine gemeinsame Bund-Länder-Kommission zusätzlich öffentlich tagen wird und damit den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, sich einzubringen.”

### **“Bei anderen Gesetzen gibt es solche Foren nicht”**

Das Bürgerforum finde statt, weil das Gesetz für so wichtig gehalten werde. Bei allen anderen Gesetzen gebe es solche Foren gar nicht. Es sei auf Wunsch von Bündnis 90/Die Grünen, weil dieses Thema so stark umstritten war, vorgeschaltet worden. Es sei keine Alibiveranstaltung, denn der Gesetzentwurf sei von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen im Bundestag eingebracht worden und werde parlamentarisch beraten, die Fraktionen müssten gemeinsam entscheiden, welche Anregungen aus dem Bürgerforum sie in den Gesetzentwurf einfügen.

Auf die Kritik der Verbände, die sich geweigert hatten, teilzunehmen, erwiderte Altmaier, man müsse “sehen, dass es einige Verbände gibt, die nicht wollen, dass ein Endlagersuchgesetz zustande kommt, die nicht wollen, dass es im parteipolitischen Konsens gelöst wird. Dann kann ich nachvollziehen, dass diese Verbände Kritik äußern. Verstehen und billigen kann ich das nicht.”



## Becker (BUND): "Eine Farce von Bürgerbeteiligung"



Der Energieexperte des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND, Thorben Becker, hat den Boykott seines Verbandes am Bürgerforum zur

Atomwüst-Endlagersuche verteidigt. Der Protest richte sich keinesfalls grundsätzlich gegen ein Endlager in Deutschland. Alle Initiativen und Umweltverbände wollten im Gegenteil unbedingt eine Lösung im Inland, sagte Becker im SÜDWESTRUNDFUNK (SWR). Wenn die Politik allerdings wirklich einen gesellschaftlichen Konsens anstrebe, reichten drei Tage Debatte über ein Gesetz nicht aus, an dem keine Änderungen mehr möglich seien. Ein solcher Prozess dauere mindestens zwei Jahre, so

Becker.



“Wir gehen zu dieser Veranstaltung an diesem Wochenende aus zwei Gründen nicht hin: das eine ist tatsächlich der Zeitpunkt dieses Bürgerdialogs, weil Ziel ist es tatsächlich, über das Standortauswahlgesetz zu sprechen. Und so ein Gespräch, so ein dreitägiges Forum macht natürlich nur Sinn, wenn ich an diesem Gesetz noch irgendetwas ändern kann. Wir haben aber einen Konsens zwischen vier Parteien, zwischen Bund und

Ländern. Das Gesetz ist im Bundestag eingebracht. Es hat eine Regierungserklärung von Herrn Altmaier dazu gegeben. Alle Fraktionen sagen, zu allen Änderungsvorschlägen, auch wenn die vom Bundestagspräsidenten kommen, an diesem Gesetzentwurf kann sich nichts mehr ändern. Das ist aus unserer Sicht eher eine Farce von Bürgerbeteiligung. Natürlich können wir auch mit diesem kurzen Vorlauf uns als Umweltverband, der in Berlin präsent ist, an so etwas beteiligen. Das Ganze wird aber Bürgerforum genannt. Und das ist der zweite Grund.”

->Quelle(n): [bund.net](http://bund.net); [ausgestrahlt.de](http://ausgestrahlt.de); [dradio.de](http://dradio.de); [dradio.de/df](http://dradio.de/df); [swr.de/swr2](http://swr.de/swr2);

## Klima-Katastrophe

26. Mai 2013

### Essay: Die Leugner sind zufrieden und kassieren

Angesichts der immer neuen Scherbenhaufen (oder kleinen Zu-wenig-Erfolgen) nach den “Conference-of-Parties” genannten Weltklimakonferenzen haben bei Öl-, Energie- und Autokonzernen vermutlich jeweils die Champagnerkorken geknallt. Guter Laune waren und sind - bis auf deutschen Atomausstieg samt Energiewende – sicher auch ihre willigen Helfer: bezahlbare Wissenschaftler, ethikfreie Journalisten und dienstbare Verschwörungstheoretiker.

Lange schon hatten die Klimawandel-Verharmloser mobil gemacht. Das Prognos-Institut hatte noch vor drei Jahren vor einem deutschen Alleingang in Klimafragen gewarnt: Schädlich für die deutsche Wirtschaft! Im Internet schossen die Seiten der Leugner wie Pilze aus dem Waldboden. Ein „Forum gegen die Irrlehren von Treibhauseffekt und Klimaschutz“ diente und dient sich heute noch etwa auf [klimaskeptiker.info](http://klimaskeptiker.info) an, „über einen der am weitesten verbreiteten Irrtümer aufzuklären – nämlich über das Märchen von der Klimakatastrophe und ihre angebliche Ursache, die vom Menschen erzeugten Treibhausgase“. Verantwortet wird die aufwändige, häufig aktualisierte Seite von Herrn Kreuzmann aus Leopoldshöhe, wer bezahlt, bleibt im Dunkeln.

Henryk Broder, Dirk Maxeiner und Michael Miersch (letztere haben sich schon früh mit ihrem „[Lexikon der Öko-Irrtümer](#)“ beim Anti-Klima-Lager angebidert) – nennen ihre [Achse des Guten](#) selbst ganz bescheiden ein „Leitmedium für politische Analyse und Kritik“. Sie bieten „Raum für unabhängiges Denken“, lieben „die Freiheit und versuchen populären Mythen auf den Grund zu gehen“. Einer dieser Mythen hat, so ein auf „Achse“ abgedruckter DLR-Essay von Cora Stephan, gar

das Zeug zu einer „[neuen Weltreligion](#)“, ihre „neuen Priester, die mit ihrer Vorhersage des Weltuntergangs ein Milliardenpublikum Gläubiger versammeln, nennen sich Klimaforscher. Wie alle Propheten dulden sie keinen Zweifel an ihren Vorhersagen“. Wer sie dennoch äußere, sei ein Verharmloser, ein starrköpfiger Lügner, mindestens aber ein bezahlter Agent des Bösen. Überhaupt – das Religiöse taugt bestens zur Verächtlichmachung – in der [FAZ](#) verstieg sich der marktradikale Hans-Werner Sinn zu der Formulierung: „Der Politik geht es bei den Solardächern und Windflügeln schon lange nicht mehr um den Treibhauseffekt, sondern um die Schaffung von Sakralbauten für das neue Glaubensbekenntnis.“

Unentwegt werden die gleichen „berühmten“ und „renommierten“ Wissenschaftler, Fred Singer, Benny Peiser und J. Scott Armstrong als Gewährsleute zitiert. Ersterer ließ sich von Marlboro dafür bezahlen, dass er das Passivrauchen für harmlos erklärte und steht heute auf der Payroll von ExxonMobil (Aufgrund eines achtseitigen Memos, das [Newsweek](#) zugespielt wurde, wurde ein Treffen in der Zentrale des American Petroleum Institute im April 1998 bekannt, auf dem unter Beteiligung von Fred Singer an PR-Strategien gearbeitet worden war, in der Öffentlichkeit gezielt Unsicherheit über den Stand der Klimaforschung zu verbreiten, um so Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen. An dem Treffen waren auch Vertreter von Exxon und konservativen Think Tanks beteiligt.); der zweite ist Kulturwissenschaftler und beschäftigt sich mit der (natürlich übertriebenen) Angst der Menschen vor Katastrophen; der dritte spricht dem IPCC ([Intergovernmental Panel on Climate Change](#)) die Wissenschaftlichkeit ab – eine ziemlich zwielichtige Gesellschaft, die in der Zeitschrift „[novo](#)“ eifertig zu einer „Phalanx der Kritiker“ hochgejuxt wird.

Drei Tage vor der Kopenhagener Konferenz trommelte diese Phalanx auf Einladung der FDP-nahen Naumann-Stiftung in Berlin ihre eigene „Internationale Klimakonferenz“ zusammen. Hauptredner: Fred Singer, Guru der Klimaleugner. Das mit einladende „Committee for a Constructive Tomorrow“ ([CFACT](#)) aus Washington ist von Chevron, DaimlerChrysler, Ford und Exxon einschlägig finanziert. Greenpeace USA hat im Internet 145 Institute zusammengestellt, die von Exxon-Geld leben – 22 Millionen Dollar seit 1998. CFACT will „Klima-Alarmismus“ (in den USA „Climate-McCarthyismus“) bekämpfen. „Executive Director des Netzwerkes CFACT Europe“ ist Holger Thuss, Jenaer CDU-Politik-Nachwuchs, auch „Präsident“ des Vereins *EIKE* ([Europäisches Institut für Klima und Energie](#)), dessen Webseite vor Hass auf die Klimaforschung trieft. „Klimalüge widerlegt“ und „Wie viele Menschenleben kostet erneuerbare Energie?“ heißt es da. „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit“. Oder: „Die dämonisierte chemische Verbindung ist ein Segen für die Pflanzen und korreliert nur wenig mit der globalen Temperatur.“ ([eike-klima-energie.eu](#))

CFACT steht in Umweltkreisen stark in der Kritik, da es sich aus Spenden US-amerikanischer Lobbygruppen und Denkfabriken finanziert und beispielsweise von ehemaligen Mitarbeitern der Kohleindustrie in Beiräten vertreten wird. Von 1998 bis 2007 erhielt CFACT in Summe etwa 600.000 US-Dollar vom Ölkonzern ExxonMobil. Im Jahr 2010 erhielt CFACT ca. 1.280.753 US-Dollar, etwa 45 % seines Budgets, vom Donor's Trust, einer Organisation, die Privatspenden, so zum Beispiel einer mit Koch Industries verbundenen Stiftung, anonymisiert an Organisationen und Projekte weiterreicht ([Wikipedia](#)).

Der US-Physiker und Lobbyist [Kenneth Green](#) räumt zwar die Erderwärmung ein, das sei aber kein Grund für Aktionismus. Wenn in Bangladesch der Meeresspiegel steige, sei das so schlimm auch wieder nicht. Die Menschen dort besäßen ohnehin wenig, sie könnten leicht von den Küsten ins Inland umziehen. Zynisch findet Green das nicht. Zynisch seien neue Steuern. Lobbyisten wie er führen allein 2008 90 Millionen Dollar ein. Laut „[Center for Public Integrity](#)“ hatten damals 770 Unternehmen 2340 Einbläser zur Politik-Beeinflussung auf der Payroll, die vor keinem noch so abstrusen Argument zurückschrecken. Etwa: Die Ökosysteme seien „nicht zerbrechlich“, sondern „stark, widerstandsfähig, von Gott mit Weisheit erschaffen“. Inzwischen glauben denn auch mehr

als 50 Prozent der Amerikaner nach einer jüngst publizierten Studie, die globale Erderwärmung aufgrund von Treibhausgasen sei schlicht erfunden.

[Maxwell T. Boykoff](#) und [Jules M. Boykoff](#) prägten das Wortspiel „*Balance as bias*“ und stellten eine deutliche höhere Präsenz von Kritikern der IPCC-Berichte in der öffentlichen und politischen Diskussion als im fachwissenschaftlichen Bereich fest. In der Mehrzahl einer Auswahl untersuchter Zeitungsartikel der US-Qualitätspresse und des Fernsehens aus den Jahren bis 2003 wurde von den verantwortlichen Journalisten versucht, beide „Seiten“ der Klimaforschung darzustellen und daher den Argumenten von Klimaforschung und Klimaskepsis gleich viel Platz einzuräumen. Diese vermeintliche Ausgewogenheit führte dazu, dass in den Medien der falsche Eindruck grundlegender Dispute in der Klimaforschung erweckt werde, während in der wissenschaftlichen Gemeinschaft die Skeptiker nur eine geringe Rolle spielten. In ihrer [Studie](#) über die Berichterstattung über den Klimawandel in der US-Qualitätspresse schreiben die Autoren, dass knapp 6 % der untersuchten Zeitungsartikel von klimatologischen, wissenschaftlichen Argumenten dominiert waren. Über 35 % boten eine „überwiegende“ Darstellung dieser Argumente, während knapp 53 % eine gemischte und vermeintlich „ausgewogene“ Darstellung wählten. Weitere 6 % verwendeten ausschließlich die Argumentation der Skeptiker.

Eine [Umfrage](#) bei 1500 US-Amerikanern ergab drastische [Veränderungen](#) in der Beurteilung der Klimakrise und ihrer Verursachung. Im Jahr 2008 waren 71 % der Befragten der Meinung, dass es gesicherte Befunde zur globalen Erwärmung gebe, im Jahr 2009 waren nur noch 57 % dieser Meinung. Von den Befürwortern glaubten 2009 nur noch 36 % an eine menschliche Verursachung (2008 noch 47 %). In Deutschland zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Eine Umfrage in Hamburg ergab, dass im Jahr 2008 63 % der Befragten der Meinung waren, dass der Klimawandel eine ernste oder sehr ernste Bedrohung darstellt, im Jahr 2011 waren es nur noch 44 %. Entsprechend stieg der Anteil derjenigen, die in der globalen Erwärmung kein Problem sahen, von 6 % in 2006 auf 12 % in 2010.

Die CO<sub>2</sub>-Freunde behaupten allen Ernstes, die Klimaschützer hätten sich weltweit nicht nur zum Abzocken gigantischer Drittmittel verschworen, sondern in Wirklichkeit wollten sie Öko-Diktaturen errichten, mit ihren Untergangsszenarien die Demokratie aushebeln. Thomas L. Friedman nennt in der New York Times die gesamte Kampagne „funded by [big oil](#)“ (vom großen Öl bezahlt).

Scheinbar seriösere Verharmloser bezweifeln die Computersimulationen des IPCC, verlangen gar, die Forscher sollten ihre Schlussfolgerungen beweisen. Doch Beweise zu fordern, ist unwissenschaftlich. Wissenschaftlich korrekt ist seit Carl Popper das Falsifizieren, nicht das Verifizieren. Das IPCC spricht denn auch immer nur von hoher Wahrscheinlichkeit. Der unwiderlegbare Beweis liegt erst dann vor, wenn die Katastrophe faktisch eingetreten ist. Politik muss aber vorher handeln, ohne auf Beweise zu warten. Die Bezeichnung Klima-„Skeptiker“ ist falsch – Skepsis sollte die wissenschaftliche Grundhaltung sein. Doch daran hat es die Zunft gelegentlich fehlen lassen, manche haben Gegenmeinungen allzu hochnäsiger abgetan, es den Kritikern dadurch leicht gemacht. Etwas von dieser Haltung zeigt sich in den gehackten Mails der Gruppe um Phil Jones. Im Zulassen anderer Meinungen, im ernsthaften Beschäftigen damit liegt wissenschaftliche Professionalität. Das heißt nicht, dass man jeden Unsinn wie den oben Erwähnten bzw. das Folgende aus einem Web-Blog erst einmal akzeptieren muss: „Schade, dass Pflanzen nicht sprechen können. Mich würde interessieren was sie dazu zu sagen hätten, dass ein Haufen Klimahysteriker ihnen ihre Lebensgrundlage, nämlich das CO<sub>2</sub>, wegnehmen wollen.“

Übrigens stammt das Zwei-Grad-Limit gar nicht von einem Klimaforscher und ist eher zufällig entstanden. Der an Umweltfragen interessierte US-Ökonom Nordhaus zeichnete es [1975](#) in die Grafik eines Diskussionspapiers. Damals schon überstieg die von ihm erwartete Erwärmung diese Grenze im Jahr 2040. Die globale Mitteltemperatur dürfe niemals den Maximalwert der vergangenen 100.000 Jahre überschreiten, warnte er. Jahre später fand das Limit in offizielle Entwürfe – 1995 zitierte es dann der *Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen* der

Bundesregierung. Obwohl die willkürlich gewählte Zahl womöglich zu hoch liegt, ist im öffentlichen Bewusstsein aus der keinesfalls zu überschreitenden „Grenze“ inzwischen ein anzustrebendes „Ziel“ geworden. Ein fataler Bedeutungswandel. Fatal deshalb, weil der Mensch zum ersten Mal in seiner Geschichte unumkehrbare Veränderungen auslöst.

Wir haben bisher keinen besonderen Handlungsdruck empfunden – weil wir nicht gewohnt sind, in zeitlich oder räumlich größeren Dimensionen zu denken. Wir reagieren wie das gebrannte Kind sofort auf sofort eintretende Wirkungen – bei Wirkungsverzögerung setzt unser Reaktionsschema aus. Weil der Schlag mit dem Hammer auf den Daumen weh tut, versuchen wir ihn nach dem ersten Mal tunlichst zu vermeiden. Träte der Schmerz aber erst in drei Jahren ein, und wäre mit dem Daumenhauen ein Vergnügen oder ein Gewinn verbunden – wir täten's dauernd. Die Älteren unter uns fanden es noch normal, dass unsere Väter die leere Zigarettenschachtel aus dem Auto warfen; heute ist das zwar schwer verpönt – es gibt also Hoffnung, dass wir bald anders mit fossiler Energie umgehen – aber der Mentalitätswandel nahm Zeit in Anspruch. Umdenken geht nicht plötzlich. Dennoch: Es eilt.

Das Thema und seine Folgen sind weder zeitlich noch räumlich so weit weg. Spanien trocknet aus. Nirgendwo in Südeuropa ist die klimabedingte Wüstenbildung so weit fortgeschritten wie auf der iberischen Halbinsel. Bei Almeria sieht es heute schon aus wie auf dem Mond. Die Sahara beginnt bald diesseits der Straße von Gibraltar. Der spanischen Wirtschaft, vor allem Fremdenverkehr und Ackerbau drohen Milliardenausfälle. In den Pyrenäen sind von (vor 100 Jahren) 27 Gletschern noch neun übrig – nicht mehr lange.

Die Sorgen der pazifischen Atollbewohner sind bekannt – weniger bekannt das Elend der Ärmsten wie Haiti. Dort haben die Tropenstürme aus Armut Elend gemacht. 243 Millionen Menschen sind jedes Jahr von Naturkatastrophen (deren Zahl sich in zehn Jahren fast verdoppelt hat) betroffen, die mit dem Klimawandel zu tun haben. 2008 verließen 20 Millionen Klimaflüchtlinge ihre Heimat, bis 2040 wird es eine Milliarde sein.

Spätestens seit Nicholas Stern wissen wir: Klimaschutz und Armutsbekämpfung gehören zusammen. Es geht jenseits des Klimas um Gerechtigkeit. Denn die Atmosphäre gehört allen gleich und alle leiden unter ihr – einige stärker. Aber wir Reiche verbrauchen mit einem einzigen Flug nach Mallorca die Hälfte der uns künftig zustehenden Jahresdosis von zwei Pro-Kopf-Tonnen CO<sub>2</sub>, wir haben seit 1850 drei Viertel der Treibhausgase in die Luft geblasen, und damit unseren heutigen Luxus und Reichtum entwickelt – zum Teil durchaus auf Kosten der heutigen Entwicklungsländer. Nicht umsonst hieß bereits die Umwelt-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro *UNCED*, für *Umwelt und Entwicklung*. Mit jedem Prozent Anstieg des weltweiten Pro-Kopf-Vermögens aber war bisher auch ein Prozent mehr CO<sub>2</sub>-Ausstoß verbunden. Ab 2017 müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen sinken, sonst wird ein nicht mehr kontrollierbarer Automatismus in Gang gesetzt. Es muss sich also schnell etwas ändern. Und Änderung ist ohne Wohlstandseinbuße möglich. Dafür liegen Beweise vor. ho  
Dieser Essay erschien im Januar 2010 in der [Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte](#) und wurde aktualisiert.

## Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft

21. Mai 2013

### Der Ausstieg als Konsequenz von Fehlentwicklungen und Größenwahn der Atomwirtschaft

“Die Reaktorkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima haben den Niedergang der Atomwirtschaft praktisch besiegelt. Aber man sollte nicht verkennen, dass die Atomwirtschaft selbst zu ihrem Niedergang



beigetragen hat – insbesondere durch strategische Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen.“ Zu diesem Schluss kommen Joachim Radkau und Lothar Hahn in ihrem Buch [“Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft”](#).

Eine prominente Fehlentscheidung der jüngeren Zeit war der “Ausstieg aus dem Ausstieg”, der nach der nuklearen Katastrophe in Japan schnell rückgängig gemacht wurde. Aber bereits in den Jahrzehnten zuvor hatten sich Politiker häufig verschätzt, wenn es um richtungsweisende Entscheidungen in der Atomwirtschaft ging. Jahrelang hat man Probleme unter den Tisch gekehrt, Entscheidungen hinausgezögert sowie Chancen und Risiken der Atomenergie falsch bewertet: “Seit Beginn der kerntechnischen Entwicklung in Deutschland waren die Planungen und auch die Versprechen häufig von einem Phänomen geprägt, welches heute nur noch schwer nachvollziehbar ist: einer grenzenlosen Überschätzung der technischen, energiewirtschaftlichen und ökonomischen Möglichkeiten, die mit der Kernenergienutzung verbunden sind.”

Mittlerweile ist die Energiewende beschlossene Sache. Möglich wurde sie nicht zuletzt, weil die von der Atomlobby oft bemühte “german angst” nicht mehr nur auf Deutschland beschränkt ist, sondern sich weltweit zu manifestieren beginnt. Am 06. Juni 2011 hat der Deutsche Bundestag das Ende des Atomzeitalters beschlossen; ein erneuter “Ausstieg aus dem Ausstieg” ist heute undenkbar und würde, so Radkau und Hahn, “zu einem demoralisierenden Disaster” führen. Was nun notwendig ist, sind neue Strukturen und neue Managertypen, die aus den Erfahrungen mit der Kerntechnik gelernt haben und gleichzeitig mutig den historischen Moment nutzen. Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien wird es Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen geben, werden wirtschaftliche Interessen des Öfteren Vorrang haben – der Umgang mit neuen Technologien ist immer auch ein “Learning by doing”. Der große Vorteil der Erneuerbaren Energien gegenüber der Kerntechnik ist aber: man kann sich Experimente leisten, da sich die Risiken in Grenzen halten.

Mehr in der Leseprobe [“Bilanz und Ausblick”](#).

**Joachim Radkau**, geboren 1943 in Oberlübbe, ist derzeit Professor für Neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Technikgeschichte an der Universität in Bielefeld. Im oekom verlag erschien von ihm bereits der Titel “Holz. Wie ein Naturstoff Geschichte schreibt”. In seiner langen Karriere widmete er sich intensiv der Geschichte der deutschen Atomwirtschaft und habilitierte zu diesem Thema. 2012 erhielt er den DUH UmweltMedienpreis für sein Lebenswerk.

**Lothar Hahn**, geboren 1944, ist einer der renommiertesten deutschen Kernenergie-Experten. Er war unter anderem Vorsitzender der deutschen Reaktor-Sicherheitskommission und leitete von 2006 bis 2008 das “Committee on the Safety of Nuclear Installations” der Kernenergieagentur (NEA) der OECD. Bis zu seiner Pensionierung 2010 war er technisch-wissenschaftlicher Geschäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS).

Joachim Radkau, Lothar Hahn:

Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft

416 Seiten, 24.95 EUR ISBN: 978-3-86581-315-2

oekom verlag, München 2013

->Quelle: [oekom.de](http://oekom.de)

## EU-Rat: Kehrtwende in der Energiepolitik

21. Mai 2013

### Wirtschaftlichkeit vor Nachhaltigkeit und Klimaschutz

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich bei ihrem Energiegipfel in Brüssel am 21.05.2013 für eine Neuorientierung in der EU-Energiepolitik ausgesprochen. Zukünftig solle sie sich verstärkt auf den Aspekt Wirtschaftlichkeit orientieren. Sie



verabschiedeten Leitlinien in vier Bereichen, die es „der EU ermöglichen sollten, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und auf die Herausforderung hoher Preise und Kosten zu reagieren“.



Neben der Vollendung eines uneingeschränkt funktionierenden und vernetzten Energiebinnenmarkts, der Erleichterung der erforderlichen Investitionen in den Energiebereich und der Diversifizierung der Lieferquellen soll die Energieeffizienz verbessert werden. Die starke Betonung der Wirtschaftlichkeit gegenüber Aspekten der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes wurde vielfach als Kehrtwende in der EU-Energiepolitik interpretiert.

### Fell enttäuscht



Entsprechend enttäuscht äußerte sich der grüne Energieexperte Hans-Josef Fell: „Die [europäische Energiepolitik](#) unter Kommissar Oettinger (CDU) leidet unter einer schweren Fehlanalyse. Energiepreise und Energiesicherheit stehen zwar im Mittelpunkt, aber die entscheidende Ursache der Energiepreissteigerung – die Verknappung der Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe – hat die EU Kommission immer noch nicht erkannt. Der EU-Gipfel war ursprünglich ausschließlich für Energiefragen vorgesehen. Nachdem aber das Thema der Steuerhinterziehung zusätzlich aufgenommen worden war,

interessierten sich die Medien nicht mehr für die Energiebeschlüsse, obwohl es im Vorfeld in den konservativen Medien Berichte gab und insbesondere EU-Kommissar Oettinger breiten Raum bekam für seine Sicht der Energiepolitik. Aktuell wirbt er dafür, mit Hilfe von Schiefergasfracking das klimaschädliche fossile Energiesystem weiter aufrecht zu halten.

So lief der gestrige EU Gipfel dem Phantom hinterher, innerhalb des alten fossilen und atomaren Energiesystems Energiepreissenkungen und Energieversorgungssicherheit erreichen zu können. Zwar steht auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien als kleiner zusätzlicher Posten für die zukünftigen Energiequellen, aber eben nicht im Mittelpunkt, wo er hingehört. Dabei können nur Solarstrahlung, Wind, Wasser, Wellen und Erdwärme den künftigen [Energiebedarf Europas](#) versorgungssicher und kostengünstig decken, denn nur sie sind auch in Europa unbegrenzt und kostenlos verfügbar. Ergänzt werden müssen diese brennstoffkostenfreien Energien um das zwar begrenzte, aber dennoch nutzbare Potenzial der speicherbaren Bioenergien. So könnte sich Europa innerhalb von 20 Jahren kostengünstig selbst versorgen. Doch dies sehen weder die europäischen Staatschefs, noch die EU-Kommission.“

->Quelle: [epid-online.de](#); [ngo-online.de](#)

## Gorleben: Schiff als Mahnmal

19. Mai 2013

### Aktionsschiff Beluga über dem Salzstock aufgebaut

Greenpeace hat am Freitag, den 17. Mai, das ehemalige Aktionsschiff Beluga in Gorleben als Mahnmal eingeweiht. Die Beluga steht über dem Salzstock vor den Toren des Erkundungsbergwerkes solle daran erinnern, dass Gorleben kein sicheres Atommüll-Endlager ist. Das rund 32 Tonnen schwere 24 Meter lange Schiff wurde in elf Einzelteile zerlegt, Gorleben transportiert und dort während der vergangenen Woche wieder zusammengesetzt. Aus Aktionsschiff sei nun ein Zeichen für die verfehlte Atom-Politik der Bundesregierung geworden.



und  
und  
nach  
dem

Die Einweihungszeremonie fand zusammen mit den Eigentümern des Grundstücks, der Familie von Bernstorff, und Anti-Atom-Initiativen aus dem Wendland statt. Sie wendeten sich damit gemeinsam mit Greenpeace gegen das geplante Endlagersuchgesetz, das Bundesumweltminister Peter Altmaier am Morgen in den Bundestag eingebracht hatte.

### **Kritik an Endlagersuchgesetz**

“Wir fordern die Mitglieder des Bundestages auf, dem Gesetz nicht zuzustimmen, da es wieder einmal nur auf den untauglichen Salzstock Gorleben hinausläuft”, sagte Mathias Edler Greenpeace-Atomexperte. “Das Endlagersuchgesetz weist schwerwiegende Mängel auf, die einen echten und ehrlichen Neuanfang blockieren”.

Greenpeace kritisiert, dass der geologisch ungeeignete Salzstock Gorleben auch im neuen Suchgesetz nicht ausgenommen wurde. Der enge Zeitplan, der für die Endlagersuche vorgesehen ist, die geplante zeitliche Abfolge der Suche sowie die ungeklärte Kostenfrage bergen die Gefahr, dass die Castoren am Ende doch wieder nach Gorleben rollen.

->Quelle: [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

## **Regierungserklärung zum Standortauswahlgesetz**

17. Mai 2013

### **„Nukleare Entsorgung im Konsens regeln“**

“Mit der heutigen ersten Lesung des Standortauswahlgesetzes zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle schlagen wir ein neues Kapitel in der langen und zugleich auch wechselvollen Kernenergiepolitik unseres Landes auf. Es wird eines der letzten Kapitel sein. Wir wollen und wir werden dieses Kapitel gemeinsam gestalten.” So begann Bundesumweltminister Altmaier seine Regierungserklärung zum Standortauswahlgesetz. Solarify dokumentiert sie.

„Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen ersten Lesung des Standortauswahlgesetzes zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle schlagen wir ein neues Kapitel in der langen und zugleich auch wechselvollen Kernenergiepolitik unseres Landes auf. Es wird eines der letzten Kapitel sein. Wir wollen und wir werden dieses Kapitel gemeinsam gestalten.



In Deutschland hat man sich frühzeitig, früher als in vielen anderen Ländern, die Kernkraftwerke gebaut und betrieben haben, mit der Frage der sicheren Entsorgung beschäftigt. Der Standort Gorleben wurde nach den damaligen Vorstellungen ausgewählt. Es wurde mit der Erkundung des Salzstocks

begonnen; aber ein Endlager -haben wir bis zum heutigen Tage nicht. Die Entscheidungen waren fachlich und politisch umstritten. Nie ist es gelungen, einen Konsens, eine allgemein akzeptierte Lösung zu gestalten.

Damit gehört die 30-jährige Debatte über diese Frage zu den großen, aber nicht unbedingt zu den vorbildlichen Debatten in der Geschichte der alten Bundesrepublik und des wiedervereinigten Deutschlands. Nach einem jahrzehntelangen Streit und gesellschaftlichen Konflikten in der Frage, wo und wie radioaktive Abfälle langzeitsicher entsorgt werden können, ist der nun erzielte Konsens ein historischer Durchbruch. Er folgt dem breiten Konsens aus dem Jahre 2011 über den schrittweisen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie bis zum Jahre 2022. Damit geht

das Zeitalter der Kernenergie in Deutschland definitiv zu Ende. Egal wie man in den letzten Jahren zur friedlichen Nutzung der Kernenergie stand oder wie man heute dazu steht, egal welche Überzeugungen auf den unterschiedlichen Seiten dieses Hauses vorherrschten: Es gibt heute einen breiten, einen soliden, einen parteiübergreifenden Konsens, dass die Kernenergie für die Energieversorgung der Zukunft in Deutschland keine Option mehr darstellt.

Es ist wichtig, dass wir diesen Konsens über alle kontroversen Debatten hinweg aufrechterhalten und nach außen sichtbar machen. Dies entspricht auch dem Wunsch der großen Mehrheit der Menschen in Deutschland, wie Umfragen immer wieder zeigen. Ein jahrzehntelanger tiefer Konflikt in Politik und Gesellschaft, vermutlich der größte und längste in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes, ist damit gelöst worden, ein Konflikt, der unsere Gesellschaft auch gespalten und die Politik manchmal geradezu gelähmt hat, ein Konflikt, der mit heftigen Demonstrationen, großen Polizeiaufgeboten und leider manchmal auch mit Gewalt und Verletzten einherging. Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben – alle hier im Saal wissen, wovon ich spreche. Deshalb liegt es mir am Beginn der Beratungen auch am Herzen, all den friedlichen Demonstranten, die jahre- und oftmals jahrzehntelang für ihre Überzeugung gekämpft haben, aber auch den vielen Tausend Polizisten, die all die Jahre unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit für Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit gesorgt haben, meinen Respekt und meine Hochachtung auszusprechen. Herzlichen Dank!

Wenn wir uns die Dimension dieses Konfliktes vor Augen halten, dann wird klar, dass die Einigung in der Endlagerfrage, die wir am 9. April 2013 erzielt haben, mit Fug und Recht als Durchbruch bezeichnet werden darf. Einige der Teilnehmer, die nicht meiner Partei angehören, sprachen sogar von einem historischen Durchbruch. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Das Erreichte hat nicht nur für die Gegenwart Bedeutung. Es wirkt vor allem für unsere Zukunft; denn Maßstab des politischen Handelns heute müssen Sicherheit und Lebensqualität der nach uns kommenden Generationen sein. Darum muss die Generation, die das Problem verursacht hat, es auch lösen. Sie muss zumindest die Lösung auf den Weg bringen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir das Problem der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle heute für die Zukunft gemeinsam anpacken, und zwar partei- und fraktionsübergreifend. Im Übrigen: Wir haben diese Gespräche in einer Zeit geführt, in der wir uns auch auf eine wichtige Wahlentscheidung vorbereiten. Dass alle Beteiligten sehr konkrete, aber zum Teil sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber haben, wie diese Wahlentscheidung ausfallen wird, muss nicht negativ sein. Wahrscheinlich ist es sogar positiv, wenn es darum geht, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, was die Wahlauseinandersetzungen übersteht.

Die Herausforderung ist groß. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident Kretschmann, hat pointiert von einem Gesetz nicht für die nächsten drei, sondern für die nächsten 300 000 Jahre gesprochen. Ich weiß nicht, ob wir ein Mandat haben, das so weit reicht, und ich weiß nicht, ob man die Geschichte so weit vorhersehen kann. Wir haben aber die Verantwortung, heute Entscheidungen zu treffen, die uns in den nächsten 300- tausend Jahren keine Probleme machen; wird, unsere Generation, muss dieser Verantwortung gerecht werden.

Das haben wir übrigens mit dem Gesetz zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle aus der Schachanlage Asse II, dem Asse-Gesetz, getan, das am 25. April 2013 in Kraft getreten ist. Auch dort geht es darum, eine schwärende Wunde in der Natur zu behandeln und eines Tages hoffentlich zu schließen, sodass wir unserer Verpflichtung für künftige Generationen gerecht werden. Ich möchte deshalb allen Beteiligten danken, die diesen Konsens durch ihre konstruktive Mitwirkung und ihre Kompromissbereitschaft ermöglicht haben. Wir setzen ein wichtiges Signal dafür, dass die Politik trotz allen notwendigen Streitens in elementaren Fragen zusammenfinden und gemeinsam tragfähige und zukunftsfähige Lösungen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger beschließen kann.

Die Bemühungen um ein Endlager reichen lange zurück, die Bemühungen um einen Konsens ebenfalls. Mir liegt daran, heute vor allen Dingen die Arbeit zu würdigen, die unmittelbar zu diesem Gesetzentwurf geführt hat. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich ganz besonders Herrn Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg und meinem unmittelbaren



Vorgänger, Norbert Röttgen, dafür danken möchte, dass sie im November 2011 die Initiative ergriffen haben, um in dieser so wichtigen Frage zu einer Lösung zu kommen.

Auch wenn es länger gedauert hat, als damals einige glaubten: Es war wichtig, dass Sie, lieber Herr Röttgen, und Sie, lieber Herr Kretschmann, den Mut hatten, auch in den eigenen Reihen für diesen Konsens zu werben, weil es ohne das Springen über den eigenen Schatten nicht möglich gewesen wäre, zu einer Lösung zu kommen, die für alle akzeptabel ist. Dafür ganz herzlichen Dank!

Ich möchte mich bei meinen weiteren Vorgängern bedanken, bei Sigmar Gabriel und Jürgen Trittin, mit denen ich in den Sommermonaten in manchen Gesprächen und Diskussionen versucht habe, das, was Winfried Kretschmann und Norbert Röttgen vorbereitet hatten, in eine konsensfähige finale Fassung zu bringen. Ich möchte mich auch bei den Verantwortlichen des Landes Niedersachsen bedanken. Ich habe einmal gesagt, Niedersachsen sei ein Premiumpartner bei der Suche nach einem Endlager; denn alle vorhandenen, genehmigten und erkundeten möglichen Endlager befinden sich in Niedersachsen: die Asse, Schacht Konrad und eben auch Gorleben. Deshalb war es wichtig, diese Arbeit in enger Zusammenarbeit mit der Niedersächsischen Landesregierung voranzutreiben. Ich möchte mich für die sehr konstruktive Zusammenarbeit bei David McAllister und Stefan Birkner bedanken. Ich habe mich bemüht, diese Zusammenarbeit mit Stefan Wenzel und Stephan Weil fortzusetzen, und bin froh und erleichtert, dass es gelungen ist, gerade auch in Niedersachsen Verständnis für den Prozess zu finden, den wir vor über einem Jahr auf die Schiene gesetzt haben.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang auch bei all denen bedanken, die in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass die Kernkraftwerke in Deutschland die sichersten in der Welt waren und immer noch sind. Das hat der Bericht der Reaktor-Sicherheitskommission noch einmal bestätigt. Das ist kein Grund, sich zurückzulehnen. Das ist kein Grund, in den Anstrengungen nachzulassen. Aber es ist eine beeindruckende Leistung. Ich sage das, weil es mir wichtig ist, deutlich zu machen: Der Ausstieg aus der Kernenergie bedeutet nicht, dass die Lebensleistung all derer, die über Jahrzehnte für die Sicherheit von Kernanlagen gesorgt haben, nicht anerkannt würde, ganz im Gegenteil. Ich schließe auch die Bergleute und die Wissenschaftler in Gorleben sowie die Beschäftigten in den Kernkraftwerken in diesen Dank ein.

Ich weiß, vor uns allen liegen noch große und herausfordernde Aufgaben beim Rückbau der Anlagen. Vertrauen und Sicherheit, das ist der Kompass beim Umgang mit dem Ausstieg aus der Kernenergie. Mit diesem Kompass ist der Ausstieg bisher eine Erfolgsgeschichte. Wir haben acht Kernkraftwerke abgeschaltet. Parallel dazu ist ein nationaler Aktionsplan erarbeitet worden, um die Robustheit der noch laufenden Kernkraftwerke zu erhöhen. Die Stromversorgung ist bisher gesichert, weil wir eine solide Grundstruktur unserer klassischen Energieversorgung haben. Zugleich haben wir die erneuerbaren Energien in den letzten Jahren schneller und deutlicher ausgebaut, als viele es für möglich gehalten hätten. Deutschland ist und bleibt ein Land, das Elektrizität exportiert, nicht importiert.

Vertrauen und Sicherheit, das ist der Kompass für die Energiewende; es ist aber auch der Kompass für das Standortauswahlgesetz. Dabei leitet uns ein Grundsatz, der uns alle eint: Die in Deutschland angefallenen Abfälle müssen auch in Deutschland entsorgt werden; das gebietet das Prinzip der nationalen Verantwortung. Deshalb haben wir bei der Erreichung unseres großen Konsenses vereinbart, dass wir nach der Bundestagswahl bei der Umsetzung der entsprechenden europäischen Richtlinie noch einmal ganz klar zum Ausdruck bringen werden, dass für uns eine Entsorgung dieser Abfälle im Ausland nicht in Betracht kommt. Die Abfälle, für die wir in Deutschland verantwortlich sind, wollen und werden wir auch in Deutschland entsorgen.

Mit dem Standortauswahlgesetz wird ein Fahrplan für die Endlagersuche erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Wir haben das Endlager noch nicht, wir suchen es erst. Aber es ist ein Paradigmenwechsel, weil es bisher in vielen Fällen darum ging, ein Endlager zu verhindern. Jetzt geht es darum, ein Endlager zu finden. Damit haben sich die Voraussetzungen grundlegend

geändert. Wir werden deshalb mit diesem Gesetz ein gestuftes Standortauswahlverfahren neu einrichten. Wir wollen den bestmöglichen, bestgeeigneten Endlagerstandort mit Blick auf die Sicherheit der Endlagerung, die Sicherheit der Menschen, die Sicherheit der Natur und der Umgebung erreichen.

Die Standortsuche erfolgt nach dem Prinzip der weißen Landkarte. Das heißt, es gibt keine Vorfestlegungen auf bestimmte Gesteinsformationen, aber auch nicht den Ausschluss einzelner Standorte. Dies gilt für das Erkundungsbergwerk Gorleben. Das gilt aber auch für jeden anderen denkbaren Standort in der Republik. Die Endlagersuche ist zugleich demokratisch legitimiert, transparent und nachvollziehbar. Sie erfolgt in einem transparenten Prozess mit breiter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das ist mir besonders wichtig, und das habe ich zum Ausdruck gebracht, als ich am 22. Januar im Wendland mit über 500 Bürgerinnen und Bürgern, die zum Teil seit vielen Jahren in dieser Frage aktiv sind, einen ganzen Abend lang diskutiert habe. Mir ist wichtig, dass wir Vertrauen und Akzeptanz dadurch schaffen, dass wir Transparenz herstellen und gewährleisten; denn wir müssen auch verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückgewinnen. Deshalb wollen wir mit dem Gesetz Lösungen erreichen, die, soweit es geht, den Belangen aller Betroffenen gerecht werden: denen, die sich im Wendland seit 30 Jahren mit dieser Frage auseinandersetzen, aber auch denen in allen anderen Teilen der Republik, die sich Gedanken darüber machen, ob eventuell demnächst in einigen Jahren bei ihnen konkret nach einem Standort für ein Endlager gesucht wird, das dann vielleicht auch eines Tages gebaut werden soll.

So wollen wir bis zum Ende des Jahres 2031 in einem schrittweise auf der Basis fachlich begründeter und wissenschaftlicher Kriterien basierenden Prozess den Standort für ein Endlager suchen. Es wird oft darüber diskutiert, ob dieser Termin, 2031, zu lang oder zu kurz gegriffen ist. Das kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand wissen. Aber wenn es richtig ist, dass wir in unserer Generation den Grundstein für eine Lösung der Endlagerfrage legen wollen – das haben Sie eben alle mit Ihrem Beifall unterstützt –, dann können wir auch die Entscheidung über den Endlagerstandort nicht beliebig lange vor uns herschieben. Dann werden wir irgendwann um die Jahreswende 2030 zu einer solchen Entscheidung kommen müssen. Wir werden sie übrigens umso eher treffen können, je weniger das Verfahren angreifbar ist. Deshalb habe ich mit Ministerpräsident Weil und mit Umweltminister Wenzel in sehr intensiven persönlichen Gesprächen darüber diskutiert, wie man die Einbeziehung der Öffentlichkeit und die Transparenz so herstellen kann, dass wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und dass wir das Vertrauen in die Ergebnisoffenheit der Endlagersuche über jeden Zweifel erhaben stellen.

Aus diesem Grund wollen wir die Standortsuche durch eine 24-köpfige Bund-Länder-Kommission vorbereiten. Sie wird zwei Jahre lang bis 2015 die Grundfragen für die Entsorgung dieser Abfälle klären. Sie wird sie diskutieren und Vorschläge machen. Das Gewicht dieser Vorschläge wird von der Autorität dieser Kommission maßgeblich abhängig sein. Deshalb ist es wichtig, dorthin Persönlichkeiten zu entsenden, die kraft ihrer Autorität und Kompetenz imstande sind, diesen Debatten Gewicht und Autorität zu verleihen. Sie werden über Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien diskutieren sowie über unterschiedliche Lagerkonzepte und über die Anforderungen an das Suchverfahren. Sie werden auch Vorschläge zur Evaluierung dieses Gesetzes machen. Der Deutsche Bundestag wird dann seine Arbeiten im Lichte der Kommissionsergebnisse aufnehmen können. Möglicherweise wird die Kommission am Ende nicht zu einer Verzögerung, sondern sogar zu einer Beschleunigung der Arbeiten beitragen.

Die Entscheidung über die weiteren Schritte des Auswahlverfahrens, die über- und untertägige Erkundung sowie den abschließenden Standortvorschlag trifft der Bundestag per Gesetz. Damit unterstreichen wir die Bedeutung dieser Aufgabe. Wir wollen aber nicht, dass dadurch Rechtswege verkürzt werden und dass einzelne Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass sie weniger Möglichkeiten haben, ihre Vorstellungen und Interessen geltend zu machen. Auch dafür haben wir gemeinsam eine gute Regelung gefunden.

Mehr Transparenz bedeutet dabei auch: Die Entscheidung über die unterirdisch zu erkundenden Standorte wird so ausgestaltet, dass sie verwaltungsgerichtlich überprüft werden kann. Für den dann gesetzlich festgelegten Standort wird es ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren zur Sicherheitsprüfung geben, das wiederum verwaltungsgerichtlich überprüfbar sein wird. Mit diesem am Kriterium der Sicherheit orientierten Verfahren setzen wir übrigens zusammen mit der Schweiz auch international Maßstäbe. Um den wissenschaftsbasierten Such- und Auswahlprozess und ein transparentes Verfahren zu gewährleisten, ist die Einrichtung eines Bundesamtes für kerntechnische Entsorgung erforderlich, das die Tätigkeit des Vorhabenträgers überwacht. So verwirklichen wir den international üblichen und auch von der EU vorgegebenen Grundsatz der Trennung zwischen Betreiber und Aufsichtsbehörde.

Das Bundesamt muss Erkundungsprogramme und Prüfkriterien entwickeln und festlegen. Es muss die Standortentscheidung effizient und sachgerecht vorbereiten. Es muss die Öffentlichkeit aktiv und korrekt unterrichten. Das Bundesamt für Strahlenschutz wird als Vorhabensträger eine entscheidende, eine ganz wichtige Rolle in diesem Prozess zu übernehmen haben.

Wer über die Endlagersuche spricht, kann über die Kosten nicht schweigen. Für mich ist klar: Die Kosten des Auswahlverfahrens müssen von den Abfallverursachern getragen werden. Das ist die gesetzliche Regelung, und an dieser gesetzlichen Regelung halten wir fest. Allerdings liegt mir daran – das sage ich mit gleicher Bedeutung und Betonung –, dass wir in den Konsens, den wir zwischen den Parteien gefunden haben, die Umweltverbände, die Bürgerinitiativen und die Zivilgesellschaft, aber auch die Kernkraftwerksbetreiber einbeziehen und dass wir in einem offenen Dialog mit allen Beteiligten dafür sorgen, dass das Gesetz, das wir hier beschließen, die nötige Unterstützung in der Praxis und vor Ort erfährt. Deshalb bin ich in Gesprächen mit den Kraftwerksbetreibern. Ich möchte sicherstellen, dass wir alle Entscheidungen unseres Kompromisses im vorgesehenen zeitlichen Rahmen und mit den vorgegebenen Konsequenzen tatsächlich durchsetzen können. Dazu gehört zentral auch die Frage, wie wir mit den Zwischenlagern umgehen.

Für mich war von Anfang an, seit dem ersten Tag meiner Amtszeit, klar: Wenn wir zu einer ergebnisoffenen Suche kommen, wenn wir von dem Prinzip der weißen Landkarte ausgehen, dann dürfen wir die Akzeptanz des Ergebnisses nicht dadurch gefährden, dass in der Frage der Zwischenlagerung alles so weiter geht wie bisher. Deshalb besteht die Herausforderung darin, dass wir die 26 Behälter mit abgebrannten Kernbrennstäben, die wir in den nächsten Jahren nach der Wiederaufbereitung im Ausland zurücknehmen müssen, in anderen Zwischenlagern in der Republik sicher verwahren. Wir haben Einigkeit zwischen allen Beteiligten, dass keine weiteren Castortransporte nach Gorleben durchgeführt werden.

Deshalb wollen wir vor der abschließenden zweiten und dritten Lesung und vor der Zustimmung durch den Bundesrat Klarheit darüber schaffen, wohin diese Transporte gehen, und dafür sorgen, dass die notwendigen Anträge gestellt werden. Ich danke denjenigen Ländern, die bereits jetzt ihre politische Bereitschaft für weitere Zwischenlagerstandorte erklärt haben. Ich werde meine Gespräche mit den anderen Ländern fortsetzen. Ich werde keine öffentlichen Ratschläge geben, weil es der Respekt vor dem Föderalismus verbietet. Ich will aber sagen, dass mich in allen Gesprächen dasjenige leitet, was mich von Anfang an geleitet hat, nämlich nicht die Frage nach irgendwelchen parteipolitischen Farben und Präferenzen, sondern die Frage, wie diese Transporte so sicher und verantwortlich wie möglich durchgeführt werden können. Das ist eine Frage der technischen Vorrichtungen vor Ort, eine Frage der Transportwege, eine Frage der Sicherheit bei der Begleitung und vieles andere mehr.

Ich bin aufgrund der geführten Gespräche optimistisch und überzeugt, dass wir diese Frage nicht nur gemeinsam mit den Bundesländern, sondern auch gemeinsam mit den Betreibern in den nächsten Wochen klären können. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um dieses Gesetz in die Praxis umzusetzen. Wir haben für die parlamentarische Beratung großen Wert darauf gelegt – obwohl uns die Zeit am Ende knapp wurde –, dass wir ein Verfahren haben, das ohne

Fristverkürzungen auskommt, dass wir ein Verfahren mit allen Anhörungen und Ausschussberatungen, die notwendig sind, haben. Wir haben uns gemeinsam darauf geeinigt, ein dreitägiges Symposium zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft durchzuführen, das Ende Mai und Anfang Juni stattfinden wird.

Für mich sind aber der Konsens und die Gemeinsamkeit mit der Verabschiedung des Endlagersuchgesetzes am 5. Juli im Bundesrat nicht beendet. Dann geht es erst wirklich los. Deshalb müssen sich alle Beteiligten innerhalb und außerhalb dieses Parlaments darüber im Klaren sein, dass das, was wir erreicht haben, nämlich den partei- und fraktionsübergreifenden Konsens, ein hohes Gut ist. Ich weiß, wie schwierig das manchmal für alle Seiten ist. Schließlich sind bei vielen von uns noch die alten Reflexe lebendig. So kommt es, dass sich manchmal die Emotionen, nachdem die große Frage entschieden ist, bei kleinen Details entzünden. Diese Details sind wichtig. Wir werden sie sorgfältig behandeln. Aber ich werbe und plädiere dafür, dass wir uns auch immer dessen bewusst sind, dass wir gemeinsam das Signal geben müssen, dass wir dieses Problem lösen, dass wir es lösen können, dass wir, egal wie die Bundestagswahl ausgeht, egal wie der Souverän entscheidet, auch nach der Bundestagswahl alle wesentlichen Entscheidungen gemeinsam und im Konsens treffen wollen, weil wir damit die große Chance, die uns dieses Gesetz eröffnet, nutzen und wahrnehmen, die letzte große Herausforderung des Kernenergiezeitalters geschlossen anzugehen und zu bewältigen. Ich bitte Sie um Unterstützung für das weitere parlamentarische Verfahren und für die Zeit darüber hinaus.

->Quelle: [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de)

## Koalition lehnt Petition zu AKW-Folgekosten ab

15. Mai 2013

### AKW-Betreiber sind ausreichend an Produktions- und Entsorgungskosten beteiligt



Aus Sicht der Koalitionsmehrheit im Petitionsausschuss tragen die Betreiber von Atomkraftwerken in Deutschland sowohl die Kosten für die Stromproduktion als auch für die Entsorgung der atomaren Abfälle entsprechend dem Verursacherprinzip. Mit den Stimmen von Union und FDP entschied der Ausschuss daher in seiner Sitzung am 12.05.2013, das Petitionsverfahren zu einer Eingabe mit der Forderung nach einer Übernahme der Kosten durch die Betreiber abzuschließen. Dem Anliegen sei entsprochen worden, heißt es in der Beschlussempfehlung.

Die Oppositionsfractionen bewerteten dies anders und sprachen sich für eine Überweisung der Petition „als Material“ an das Bundesumweltministerium aus, „soweit die Bundesregierung aufgefordert wird, die Atomwirtschaft stärker als bisher für die externen Kosten des Betriebs von Atomkraftwerken heranzuziehen und auf diese Weise die Stromsubstitution durch erneuerbare Energien voranzutreiben“.

In der Petition wurde gefordert, die durch die Produktion von Strom aus Atomkraftwerken anfallenden Kosten vollständig von den produzierenden Kraftwerksbetreibern übernehmen zu lassen. Des Weiteren sollten Subventionen für Atomstrom als Energieproduktionsform vollständig entfallen. Zur Begründung der Petition wird unter anderem angeführt, dass durch staatliche Subventionen weniger der Strompreis als vielmehr die Gewinne und Managergehälter der vier großen Stromkonzerne unterstützt würden.

In der Begründung zu der von der Ausschussmehrheit getragenen Beschlussempfehlung wird darauf verwiesen, dass Betreiber von Kernkraftwerken grundsätzlich keine öffentlichen Zuwendungen „ohne Gegenleistungen zur Förderung eines im öffentlichen Interesses liegenden Zwecks“ erhielten. Auch hätten sie die gegenwärtigen und künftigen Kosten der Endlagerung zu tragen. Von diesem Grundsatz seien „aufgrund ihre Historie“ lediglich das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben

und das Versuchsendlager Asse II ausgenommen. Es sei aber schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich, mehr als 30 Jahre nach dem Ende der Einlagerung des Atommülls die Energieversorger im Nachhinein für eine angemessene Kostenbeteiligung heranzuziehen, schreibt der Ausschuss.

Zugleich wird darauf verwiesen, dass seit Anfang 2011 der Verbrauch von Kernbrennstoffen, die zur gewerblichen Erzeugung von elektrischem Strom verwendet werden, besteuert wird. Insbesondere mit Blick auf diese Kernbrennstoffsteuer sei festzustellen, dass dem Anliegen des Petenten entsprochen worden ist, urteilt die Ausschussmehrheit.

->Quelle: [bundestag.de](http://bundestag.de)

## Grüne fragen nach Atomforschung am KIT

8. April 2013

### Grüne legen Anfrage zu Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie vor



Am Karlsruher Institut für Technologie ([KIT](http://www.kit.edu)) wird neben der Forschung der erneuerbaren Energien auch Atomforschung betrieben, schreiben die Grünen in ihrer Kleinen Anfrage „Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie“ ([17/12935](http://www.bundestag.de/17/12935)). Sie möchten wissen, in welcher Höhe die Bundesregierung in dieser, also der 17. Wahlperiode

Atomforschungsprojekte am KIT fördert.

Das KIT sei sowohl eine Universität des Landes Baden-Württemberg als auch ein Forschungszentrum der Helmholtz-Gemeinschaft. Es sei am 1. Oktober 2009 als Zusammenschluss des Forschungszentrums Karlsruhe und der Universität Karlsruhe entstanden. Ursprünglicher Arbeitsschwerpunkt des Forschungszentrums Karlsruhe sei in Jahren die atomare Forschung gewesen. Zwischen 1961 und 1996 seien dort sechs Atomreaktoren betrieben worden.



früheren

Die Grünen interessiert, wie viele Mitarbeiter im Bereich der atomaren Forschung am KIT beschäftigt seien und inwieweit die Bundesregierung derzeit Forschungsprojekte zur Kernfusion am KIT unterstütze und ob für Forschungsvorhaben EURATOM-Gelder am KIT eingesetzt würden. Eine Frage stellen sie zu den Forschungsprojekten des KIT. Wobei sie interessiert, ob das KIT mit finanzieller Beteiligung der Bundesregierung an der Entwicklung des Fusionsreaktors ITER und an der Entwicklung des belgischen Transmutations-Forschungsreaktors MYRRHA beteiligt sei. Zudem fragen die Grünen, welche Kenntnisse der Bundesregierung über gemeinsame Forschungsprojekte zwischen KIT und ITU vorliegen und ob der Bundesregierung Erkenntnisse zur Abgabe von Plutonium an die Umwelt durch das Institut für Transurane (ITU) vorlägen. Schließlich befände sich das ITU auf dem Gelände des KIT.

Neben diesen Details interessiert die Grünen die politisch strategische Ausrichtung und in ihrer Anfrage heißt es: „Gibt es Bestrebungen seitens der Bundesregierung die Grenzwerte für die Abgabe von Plutonium an die Umwelt auf null herabzusetzen?“ In ihrem 15-Punkte-Katalog gehen sie auch der Frage nach, ob es seitens der Bundesregierung in Anbetracht des beschlossenen Atomausstiegs Bestrebungen gebe, die Fördermittel im Bereich der Atomforschung für das KIT/ITU zu reduzieren oder für Energieforschung im Bereich der erneuerbaren Energien umzuwidmen.

->Quelle: [bundestag.de](http://bundestag.de)

## Antwort: Regierung fördert KIT-Atomforschung

13. Mai 2013

## 1.261.951,29 Euro für KIT-Atomforschungsprojekte – fast viermal so viel wie zunächst angegeben



Die Bundesregierung fördert in dieser Wahlperiode die Atomforschungsprojekte am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) mit 1.261.951,29 Euro. Damit korrigiert sie ihre alte Angabe von 351.728,25 Euro. In ihrer Antwort „Atomforschung am Karlsruher Institut für Technologie“ ([17/13342](#)) listet die Bundesregierung zudem auf, dass 2012 im Rahmen des Programms Nukleare Sicherheitsforschung 255 Mitarbeiter am Großforschungsbereich des KIT und 31 Mitarbeiter am Universitätsteil beschäftigt gewesen seien. Auf die Kleine Anfrage der Grünen ([17/12935](#)) hin präsentiert die Bundesregierung in einer Tabelle die Forschungsprojekte zur Kernfusion am KIT, die aus dem Haushaltstitel 30 04/685 41 erfolgen.

Das KIT habe in den verschiedenen Ausschreibungen im 7. EURATOM-Rahmenprogramm insgesamt Mittel in Höhe von 17,06 Millionen Euro eingeworben. In ihrer Antwort stellt die Bundesregierung diese in einer mehrere Seiten umfassenden Übersicht dar.

Die Grünen hatten sich in ihrer Kleinen Anfrage auch für die politisch-strategische Ausrichtung des Instituts interessiert und gefragt, ob es Bestrebungen gebe, die Grenzwerte für die Abgabe von Plutonium an die Umwelt auf null herabzusetzen.

Die Bundesregierung verneint das und schreibt: „Maßgeblich für die Begrenzung der Ableitung radioaktiver Stoffe ist der Grenzwert von 0,3 mSv/a für die effektive Dosis nach § 47 der Strahlenschutzverordnung.“



Gleichwohl werde es in der kommenden Periode der Forschung mit dem Beginn 2015 Mittelabsenkungen zugunsten der erneuerbaren Energien geben. Beispielsweise würden Kompetenzen im Bereich Wasserstoff auf andere energierelevante Themen fokussiert. Am KIT seien Mittelabsenkungen in den Themengebieten „Nukleare Entsorgung und Sicherheit“ um 15 Prozent und im Bereich „Fusionstechnologien“ um acht Prozent im Vergleich zur vorherigen Periode vorgesehen.

->Quelle: [bundestag.de](http://bundestag.de)

## Neues von der Atomenergie

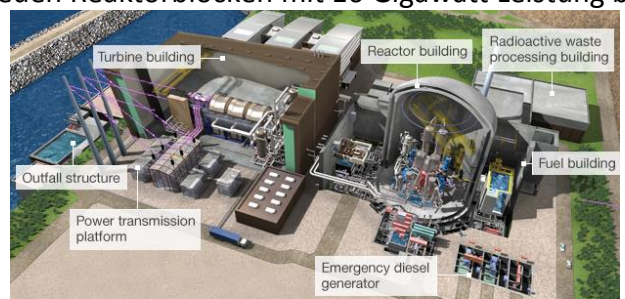
13. Mai 2013

### Hinkley Point C Zeitplan verzögert sich – Mitteilung von Hans-Josef Fell, Energieexperte von Bündnis 90/Die Grünen



Wie der energiepolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Hans-Josef Fell, mitteilt, verzögert sich der Zeitplan für den Bau des britischen Atomkraftwerkes Hinkley Point C weiter. Als Grund gibt die Britische Regierung Verzögerungen nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima an. Tatsächlich hätten sich im Jahr nach Fukushima zwei Konsortien zurückgezogen, die für den Bau des Atomkraftwerkes geboten hätten, unter anderem E.on mit RWE. Der Grund liege aber viel mehr darin, dass das Projekt schlicht und ergreifend zu teuer geworden sei. Der einzig verbleibende Bieter ist jetzt der französische Energiekonzern EDF.

Die Britische Regierung hatte 2005 den Bau von neuen Reaktorblöcken mit 16 Gigawatt Leistung bis 2025 geplant, um alte AKW und Kohlekraftwerke zu ersetzen. 15 von 16 britischen AKW werden in den nächsten 10 Jahren das Ende ihre Laufzeit erreichen und alte



Source: EDF Energy

Note: Image shows generic EPR reactor layout

Kohlekraftwerke müssen 2017 aufgrund der Europäischen Industrie-Emissionsrichtlinie vom Netz.

### **EDF will nur mit garantiertem Gewinn bauen**

EDF hat angekündigt das AKW nur bauen zu wollen, wenn über Jahrzehnte ein garantierter Abnahmepreis gezahlt wird. Der Energiekonzern fordert ca. 12 Eurocent pro Kilowattstunde über 40 Jahre, was für die Betreiber bis zu 110 Milliarden Euro an Einnahmen bringen würde. Die Britische Regierung bietet zurzeit etwa 11 Eurocent über 35 Jahre an. Damit würde die Vergütung des Atomstroms über der Vergütung für Wind- und PV-Strom in Deutschland liegen, die zudem nur für 20 Jahre gewährt wird. Dies ist laut Fell ein klarer Beleg, dass heute schon Erneuerbare Energien viel billiger Strom erzeugen könnten, als neue Atomkraftwerke.

Eine Einigung zwischen der Britischen Regierung und EDF ist noch nicht in Sicht. Vor zwei Wochen hat EDF deshalb einen Teil der Mitarbeiter, die für Planung und Vorbereitung zuständig sind abgezogen. So ist mit weiteren Verzögerungen zu rechnen, genauso wie bei den zwei derzeit im Bau befindlichen Reaktoren in Frankreich und Finnland, wo die Zeitpläne weit überschritten werden. Diese beiden Reaktoren liegen schon jetzt zweieinhalb bis dreimal über den geplanten Kosten und mehrere Jahre im Zeitverzug. Es sei völlig unverständlich, dass die britische Regierung aus diesen Finanzdesastern nichts lerne, weiter auf den Neubau von AKW setze und Erneuerbare Energien eher behindere als befördere – so der grüne Energieexperte.



### **Türkei will weiteres AKW bauen**

Auch die Türkei will massiv in Atomstrom investieren (und wird auch daran scheitern! – so Fell). Bei dem ersten AKW in Akkuyu haben die Bauarbeiten noch nicht einmal angefangen, da hat die Türkei nach Medienberichten einen Vertrag mit Mitsubishi Industries und Areva über ein weiteres AKW in Sinop unterzeichnet. In den letzten Jahren ist der Stromverbrauch in der Türkei aufgrund des Wirtschaftswachstums stark angestiegen. Die türkische Regierung will den steigenden Bedarf unter anderem mit einem massiven Einstieg in die Atomkraft decken. Sowohl in Akkuyu als auch in Sinop sollen vier Blöcke entstehen. Die

Kosten sollen 22 Milliarden Euro pro Standort betragen. Wie auch in Großbritannien wird den Betreibern ein Mindestabnahmepreis garantiert. In der Türkei sind es 10 Eurocent pro Kilowattstunde, allerdings über einen kürzeren Zeitraum als in Großbritannien. Nach den weltweiten Erfahrungen der letzten Jahre dürften die Zeit- und Kostenpläne für den Bau der AKW auch in der Türkei weit überschritten werden. Planmäßig soll der erste Block 2019 an das Netz gehen.

### **Türkei hätte gute EE-Bedingungen**

Dabei hätte die Türkei sehr gute Voraussetzungen, um den steigenden Strombedarf mit Erneuerbaren Energien zu decken. Die Sonneneinstrahlung pro Quadratmeter ist in weiten Teilen des Landes doppelt so hoch wie in Deutschland und auch für die Windenergie bestehen gute Standorte, vor allem an den Küsten. Solarstrom kostet in der Türkei an guten Standorten nur um die 7 Cent pro Kilowattstunde.

So könnten mit Einspeisetarifen, die unter dem garantierten Abnahmepreis des Atomstroms liegen, sehr wirtschaftlich Erneuerbare Energien Anlagen betrieben werden. Erneuerbare Energien sind nicht nur günstiger als Atomstrom, sondern zusätzlich auch wesentlich schneller auszubauen. Neben den Kosten und der Ausbaugeschwindigkeit gibt es aber noch einen weiteren Grund, warum der Bau der AKW höchst problematisch ist – die Türkei liegt in einer stark von Erdbeben gefährdeten Region, wo Atomkraftwerke zu einem großen Sicherheitsrisiko werden.

->Quelle: [hans-josef-fell.de](http://hans-josef-fell.de)

# Österreich: “Energiewende ist schöpferische Zerstörung”

11. Mai 2013

## Drei Reserve-Kraftwerke für deutsche Energiewende

Deutschland baut derzeit unter dem Titel “Energiewende” seine Energieversorgung großflächig auf erneuerbare Energieträger um und schließt seine Atomkraftwerke – schreibt das österreichische Internetportal [Solid](#) in einem skeptischen Artikel über einen Besuch des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, in Wien.

**SOLID** Wirtschaft und Technik am Bau

Dabei werde das Nachbarland noch einige Jahre lang über den Winter Reservekraftwerke in Österreich brauchen, um bei extremen Wetterlagen Engpässe in der Versorgung zu verhindern. Das sagte Jochen Homann, Präsident der deutschen Bundesnetzagentur, bei einem Besuch diese Woche in Wien. Seit zwei Jahren stehen drei österreichische Kraftwerke im Winter für Notfälle in Deutschland bereit.

## Deutsche Verbraucher zahlen 20 Mrd. für 2,5 Mrd. Euro Strom

Im Winter 2011/12 mussten sie auch zwei Mal aktiviert werden. Im eben erst zu Ende gegangenen



Winter 2012/13 wurden die Reserven zwar einmal angefordert, in Wahrheit aber nicht gebraucht, da die im Vorhinein erwartete kritische Situation dann doch nicht eintrat. “Das Wetter ist gnädig gewesen” resümierte Homann.

Die Energiewende nennt Homann in Anlehnung an den österreichischen Ökonomen Josef Schumpeter “schöpferische Zerstörung”. Der Umbau geht rasant über die Bühne, getrieben durch Subventionen der Stromverbraucher. Sie müssen eine Abgabe auf den Strompreis zahlen – in Summe 20 Mrd. Euro. Dafür wird aus erneuerbaren Energieträgern – im Wesentlichen Sonne und Windkraft – Strom im Marktwert von 2,5 Mrd. Euro erzeugt – so *Solid*.

## Die problematischen Kosten der Energiewende

Sonne und Wind seien zwar gratis, nicht aber der Kapitalbedarf für den Bau der Anlagen, vermerkt Homann: “Ein Unternehmen, das für sein Produkt mit Kosten von 20 Mrd. Euro gerade einmal 2,5 Mrd. Euro erlöst, hätte allen Anlass, sein Geschäftsmodell zu überdenken”, sagt er und plädiert dafür, “die Erneuerbaren an den Markt heranzuführen”. Rasch werde das aber nicht gehen, denn wer bisher gebaut hat, habe seine Förderzusage auf 20 Jahre fix. Daran sei nicht zu rütteln.

## Mieter zahlen für Investoren

“Die Mieter zahlen die Kosten für die Photovoltaikanlage der Ärzte und Notare” spitzt es Homann zu. Trotzdem stehe die Gesellschaft mit großer Mehrheit hinter der Energiewende.

Nutznieser sind aber auch die Österreicher. Denn der Stromexport aus Deutschland nach Österreich hat sich seit 2010 verdreifacht und damit kommt der billige Strom auch den österreichischen Verbrauchern zugute. “Felix Austria” sagt Homann.

->Quelle und mehr: [solidbau.at](http://solidbau.at)

# SPD: Radioaktive Gefahr ernst nehmen

25. April 2013

**27. Jahrestag von Tschernobyl: IPPNW erwartet 20.000 bis 120.000 Krebskranke durch Fukushima**



“Wir gedenken der Tausende von Opfern der Atomkatastrophe von Tschernobyl. Leider wird die Zahl der Opfer auch nach mehr als 27 Jahren wohl noch steigen, denn die Strahlenfolgen werden erst langfristig in ihrer gesamten Dimension sichtbar werden”, schreiben die zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow und Oliver Kaczmarek anlässlich des 27. Jahrestages der Reaktorkatastrophe und der öffentlichen Anhörung hierzu im Umweltausschuss. “Auch unter den Folgen der Strahlung durch den GAU in Fukushima werden noch viele Menschen in Japan leiden müssen”.

Die Sachverständige Dr. Dörte Siedentopf vom [IPPNW](#) (Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung) sprach in der öffentlichen Anhörung von zu erwartenden 20.000 bis 120.000 zusätzlichen Krebserkrankungen. Schon jetzt wiesen mehr als 40 Prozent von 133.000 untersuchten Kindern in der Region Fukushima



Zysten und Knoten in der Schilddrüse auf. Die Folgen auch von niedriger Strahlung würden noch immer unterschätzt, dabei führe diese nachweisbar zu Zellschädigungen und Mutationen.

Die Aussagen der Sachverständigen in der Anhörung des Umweltausschuss bestätigten die Befürchtung, dass die von radioaktiver Strahlung ausgehende Gefahr noch immer nicht ernst genug genommen werde, so Bülow und Kaczmarek: “So ist die Situation in Tschernobyl nach Aussagen des Sachverständigen Wladimir Kuznetsov, Direktor des Nuklear- und Strahlungssicherheits-Programms von Green Cross

Russland und zehn Jahre Ingenieur in Tschernobyl, nach wie vor gefährlich. Durch den Super-GAU, Brände und weitere Havarien sind viele Bauteile des AKW sehr belastet worden. Die Probleme werden aber aus Geldmangel nicht beseitigt. Der alte Sarkophag weist Undichtigkeiten auf und der neue ist noch nicht fertig.”

Kuznetsov fordere eine unabhängige Kontrolle der Arbeiten in Tschernobyl. Ansonsten würden die Maßnahmen mit Sicherheit nicht so ausgeführt und Gelder würden nicht so verwendet werden wie es nötig wäre. Deutschland solle sich an einer solchen Kontrolle beteiligen. Unverständlicherweise sind in Russland noch immer elf Reaktoren des Tschernobyl-Typs in Betrieb. Kuznetsov berichtete, dass der russische Betreiber Rosatom nach Fukushima zwar alle Atomkraftwerke überprüft habe – diese Überprüfung habe aber lediglich zwei Wochen gedauert, mit dem Resultat, dass alles in Ordnung sei und ein Unfall wie in Fukushima in Russland nicht passieren könne. Wladimir Kuznetsov, der als einziger Techniker bis Oktober 2012 im Beirat von Rosatom saß, erklärte, dass er dort keinerlei technische Informationen erhalten habe, um die Situation in den Atomkraftwerken beurteilen zu können. Das von ihm geschilderte mangelnde Bewusstsein in Russland und der Ukraine für die Gefahren der Atomenergie ist äußerst besorgniserregend.

->Quelle: [spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)

## Kabinett beschloss Atomendlager- Standortauswahl-Gesetz

24. April 2013

**Für Bundesumweltminister Altmaier ein Meilenstein, um Streit über Kernenergie zu beenden**

Auf Vorschlag von Bundesumweltminister Peter Altmaier hat das Kabinett heute den Entwurf für ein Standortauswahlgesetz beschlossen. Das Gesetz



Die  
Bundesregierung

für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle  
soll vor der parlamentarischen Sommerpause

verabschiedet werden. Altmaier: „Der heutige Beschluss ist ein Meilenstein, um gemeinsam die letzte große Streitfrage der Kernenergienutzung zu lösen. Nachdem wir im Konsens den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen haben, bin ich überzeugt, dass wir auch im gesamtgesellschaftlichen Konsens die Suche nach einem Endlager regeln können. Dafür müssen alle Beteiligten mitmachen und dazu beitragen, dass die Hinterlassenschaft der Kernenergienutzung nicht unseren Kindern und Enkelkindern angelastet wird. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch im Geiste des Konsens die anstehende Frage, wo die nächsten Castor-Behälter zwischengelagert



werden sollen, einvernehmlich und parteiübergreifend lösen werden.“

Der Entwurf für das Standortauswahlgesetz basiert auf der politischen Einigung von Bund, Ländern und Fraktionen/Parteien vom 9. April und soll auch parallel von den Fraktionen in den Bundestag eingebracht werden. Alle Beteiligten hatten sich darauf verständigt, dass das

Standortauswahlverfahren eine pluralistisch besetzte Bund-Länder-Kommission, bestehend aus 24 Mitgliedern, vorbereiten soll.

### **Bis 2015 Vorschläge**

Diese soll bis Ende 2015 Vorschläge erarbeiten, u. a. zu den Sicherheitsanforderungen und zu geologischen Auswahlkriterien. Die Entscheidung über die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens trifft der Bundestag per Gesetz, dazu gehören am Ende des Verfahrens auch die Beschlüsse über Standorte für über- und untertägige Erkundungen. Bei der Entscheidung über die unterirdisch zu erkundenden Standorte soll auch gerichtlicher Rechtsschutz gewährt werden.

Einigkeit besteht darin, dass die Castor-Transporte nach Gorleben eingestellt werden sollen. Die Beteiligten hatten verabredet, in den nächsten Wochen die Voraussetzungen zu klären, um die im Ausland lagernden radioaktiven Abfälle in andere Zwischenlager bringen zu können. Dabei handelt es sich um maximal 21 Castor-Behälter aus Sellafield und 5 Castor-Behälter aus La Hague. Ebenso besteht Einvernehmen, dass keine hochradioaktiven Abfälle zur Endlagerung exportiert und ins Ausland gebracht werden. Das Prinzip der Inlandslagerung bleibt unberührt.

### **Wesentlicher Inhalt des Gesetzentwurfs:**

#### **1. Grundsätze**

- Suche nach einer Lösung für den sicheren Verbleib der hochradioaktiven Abfälle im nationalen Konsens
- Lösung der Aufgabe in einer Generation
- Entsorgung der in Deutschland angefallenen Abfälle in Deutschland entsprechend dem Prinzip der nationalen Verantwortung
- Standortauswahl soll am Kriterium der bestmöglichen Sicherheit orientiert und wissenschaftsbasiert sein
- Transparenz und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger bei allen Verfahrensschritten als notwendige Voraussetzung einer von breiter Übereinstimmung getragenen Entscheidung
- Wesentliche Entscheidungen durch Beschluss des Bundestages und Bundesrates

#### **2. Zentrale Regelungen**

- Durchführung einer neuen Standortsuche nach dem Prinzip der „weißen Landkarte
- Keine Vorfestlegungen durch Ausschluss einzelner Standorte (wie z. B. Gorleben)

- Durchführung der Standortsuche in einem demokratisch legitimierten, nachvollziehbaren schrittweisen Verfahren auf der Grundlage fachlich begründeter Kriterien

### 3. Verfahrensabschnitte

- Evaluierungsphase zur Überprüfung der gesetzlichen Regelungen und Festlegung grundlegender Kriterien
- Ermittlung in Betracht kommender Standortregionen, über- und untertägige Erkundung, Standortvergleich und Standortvorschlag, Standortfestlegung durch Bundesgesetz
- Planfeststellungsverfahren zur Sicherheitsprüfung an dem festgelegten Standort
- Ggf. Errichtung des Endlagers nach gerichtlicher Überprüfung des Planfeststellungsbeschlusses

### 4. Verfahrensbeteiligte

- Bund-Länder-Kommission (24 Mitglieder)
- Vorhabenträger (BfS)
- Regulierungsbehörde (neu zu errichten)
- Gesellschaftliches Begleitgremium

->Quelle: [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Bund und Länder einigen sich auf Vorgehen für Standortauswahlgesetz

**Eine Enquete-Kommission soll Fragen zur dauerhaften Lagerung hochradioaktiver Stoffe klären. Die Castor-Transporte nach Gorleben werden eingestellt. Darauf haben sich der Bundesumweltminister und Vertreter der Bundesländer und Bundestagsfraktionen geeinigt.**

Am 10.04.2013 wurde beschlossen, dass so schnell wie möglich ein Gesetzesentwurf für die Standortauswahl eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in den Bundestag eingebracht und noch vor der parlamentarischen Sommerpause (05.07.) verabschiedet werden soll.

### Stimmen dazu:



“Mit diesem Kompromiss können wir die Defizite der Vergangenheit überwinden. Die Kommission bietet eine echte Chance, Streitigkeiten zu beenden und eine partei- und länderübergreifende Einigung zu finden”, erklärte Bundesumweltminister Peter Altmaier: “Mit der heutigen Verständigung haben wir einen Durchbruch erzielt, nach

dem Ausstieg aus der Kernenergie auch die Suche nach einem Endlager im gesamtgesellschaftlichen Konsens zu lösen. Damit werden wir jetzt auch den seit Jahrzehnten bestehenden Konflikt um ein atomares Endlager beenden. Die Verständigung über die Parteigrenzen und Länder hinweg ist möglich geworden, weil alle Beteiligten sich ihrer Verantwortung bewusst waren und sind und im Geist des Konsenses Kompromissbereitschaft gezeigt haben. Es zeigt auch, dass die Politik handlungsfähig ist und schwierige Fragen lösen kann, wenn Vertrauen hergestellt ist.”

Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen sagte: “Nach 35 Jahren des Widerstands gegen Gorleben erlebt die Umweltbewegung heute zum ersten Mal einen nachhaltigen Erfolg ihrer Bemühungen. Wir sind damit noch nicht am Ende.” Zu Gorleben meinte Weil aber in *Sat.1*: “Wir gehen davon aus, dass Gorleben nicht geeignet ist. Wir werden jetzt miteinander abzuwarten haben, welches ist die Position, die die Enquete-Kommission dazu einnimmt”. Dem widersprach SPD-Chef Gabriel im *inforadio Berlin*; Gorleben könne “nach unserer Überzeugung nicht vor Beginn des Verfahrens einfach herausgenommen werden. Wenn man das macht, dann wären es sozusagen

politische Gründe, und da würde jeder andere an irgendeinem anderen Standort Deutschlands auch sagen: Dann nehmt uns auch raus.“



**Einigkeit im Wahlkampf: Bund und Länder haben sich zusammengerauft** – Foto © BMU

Robert Habeck, grüner Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume von Schleswig-Holstein äußerte sich im *Deutschlandfunk* ähnlich: “Gorleben habe ich nicht im Sinn. Das verbietet der Prozess auch. Wenn jetzt einer sagt, ich kann mir alles Mögliche vorstellen, aber es muss in Bayern sein, dann macht der alles kaputt.“ Das bedeute aber auch, jetzt könne “kein Land kann erklären, im Grunde kommt ein Endlager bei uns nicht in Frage“. Zum Thema Zwischenlager sprach Habeck eindeutig: “Jeder, der ein Zwischenlager hat, kommt in Frage, das zu nehmen. Es wäre im Grunde nicht schlecht, wenn sich mal die schwarz-gelben Parteifreunde fragen würden, ob sie nicht auch Verantwortung übernehmen. Was jedenfalls nicht sein kann, ist, dass alle nationalen Konsens brüllen und dann ein oder zwei Länder die Büttel sind, um diesen Konsens zu tragen. So läuft es nicht. Wir werden nicht die ganze Last alleine tragen.“

### **Komplizierte und zeitraubende Prozedur**

Das Standortauswahlverfahren soll eine pluralistisch besetzte, 24köpfige Bund-Länder-Kommission vorbereiten. Diese soll bis Ende 2015 Kriterien für eine ergebnisoffene Endlagersuche in ganz Deutschland und Vorschläge erarbeiten, u. a. zu den Sicherheitsanforderungen sowie wirtsgesteinsspezifische Ausschluss- und Auswahlkriterien. Der Kommission werden Vertreter aus Bund und Ländern, Umweltverbänden, Kirchen, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften angehören. Sie wird grundsätzlich öffentlich tagen.

Hat die Enquete-Kommission im Jahr 2015 ihre Arbeit abgeschlossen, wird das Standortsuchgesetz überprüft und gegebenenfalls geändert. Danach kann die Standortsuche beginnen. Altmaier betonte, dass er großen Wert darauf lege, dass das Verfahren transparent und gerecht sei.

Nach dem Auswahlverfahren bis spätestens 2031 kann der Bau des Endlagers starten. 2002 und 2003 wurden 12 Zwischenlager für 40 Jahre genehmigt. Ein Endlager müsste also bis 2040 zur Verfügung stehen. Der Bundesumweltminister machte deutlich, dass die Verursacher, also die Betreiber der Atomkraftwerke, auch die Kosten zu tragen hätten.

Die Entscheidung über die einzelnen Schritte des Auswahlverfahrens trifft der Bundestag per Gesetz, dazu gehören am Ende des Verfahrens auch die Beschlüsse über Standorte für über- und untertägige Erkundungen. Bei der Entscheidung über die unterirdisch zu erkundenden Standorte soll auch gerichtlicher Rechtsschutz gewährt werden.

## **Gorleben: Castor-Transporte und bergmännische Erkundung werden beendet**

Die Beteiligten verständigten sich darauf, dass die Castor-Transporte nach Gorleben eingestellt werden sollen. In den nächsten Wochen sollen die Voraussetzungen dafür geklärt werden, dass die im Ausland lagernden radioaktiven Abfälle in andere Zwischenlager gebracht werden können. Darüber sollen auch Gespräche mit den Betreibern geführt werden. Die bergmännische Erkundung in Gorleben soll beendet werden, auch auf die Einrichtung eines Forschungslabors dort soll verzichtet werden.

Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer darüber hinaus, dass keine hochradioaktiven Abfälle zur Endlagerung exportiert und ins Ausland gebracht werden. Das Prinzip der Inlandslagerung bleibt unberührt.

## **Fast 300.000 m<sup>3</sup> schwachaktive, 30-40.000 m<sup>3</sup> hochaktive Abfälle**

Bis zur Beendigung der Kernenergienutzung im Jahre 2022 und durch den anschließendem Rückbau der Kernkraftwerke werden in Deutschland etwa 290.000 Kubikmeter schwach- und mittelaktive Abfälle mit geringer Wärmeentwicklung und zwischen 30.000 und 40.000 Kubikmeter mittel- und hochaktive Abfälle mit relevanter Wärmeentwicklung anfallen.

## **Berichte und Kommentare zum Atom-Endlager-Suchgesetz-Übereinkommen**

**Stefan Leifert im ZDF (09.04.2013):**



Mit dem Suchgesetz hat man sich mühsam auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt, eine Kommission. Sie soll lösen, was die Politik nicht lösen konnte. Sie soll die Kriterien für eine Standortsuche jetzt erst entwickeln. Man feiert das als "Neustart", dabei ist kein Problem gelöst. Schon heute zeigt es sich, dass eine ergebnisoffene Suche schwierig wird. Die ersten Ländervertreter signalisierten bereits, ihr Land sei für ein Endlager ungeeignet.

**Christel Blanke im DLF (09.04.2013): Ein entscheidender Schritt hin zu einem Endlager**



Historisch muss man diesen Tag vielleicht nicht nennen, aber bedeutend ist er auf jeden Fall. Nach fast 35 Jahren Streit um Gorleben gibt es einen

Neustart für die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Müll in Deutschland – getragen von Union, FDP, SPD und Grünen, von Bund und Ländern, bundesweit und hoffentlich wirklich ergebnisoffen. Ein großes Verdienst kommt dabei ausgerechnet der Partei zu, die die Atomenergie immer abgelehnt hat: Winfried Kretschmann war es, der grüne Ministerpräsident in Stuttgart, der vor zwei Jahren den Anstoß gab mit seiner Bereitschaft, auch in Baden-Württemberg nach einem Endlager suchen zu lassen.

Robert Habeck, der grüne Umweltminister in Kiel, machte die heutige Einigung möglich mit dem Angebot, Castor-Behälter in Schleswig-Holstein zwischenzulagern. Keine Castoren mehr nach Gorleben, das war der Preis, damit die neue rot-grüne Landesregierung in Hannover ihren Widerstand gegen eine Suche aufgibt, die den Salzstock im Wendland nicht ausschließt.


Ohne Gorleben im Topf hätte es diesen Neustart nicht gegeben. CDU/CSU und FDP hätten nicht mitgemacht. Und auch SPD und Grüne sprechen sich schon länger dafür aus, den Salzstock anhand wissenschaftlicher Kriterien im Verlauf des Verfahrens auszuschließen, damit das Kapitel ein für alle Mal abgeschlossen werden kann.

Die heutige Einigung ist ein entscheidender Schritt hin zu einem Endlager, der letzte ist es aber bei weitem nicht. Vieles ist noch offen. Zum Beispiel muss geklärt werden, wohin die noch anstehenden

Atomtransporte aus Frankreich und Großbritannien gehen sollen. Nach Baden-Württemberg wahrscheinlich und nach Schleswig-Holstein, doch alleine schultern wollen diese beiden Länder diese Aufgabe nicht. Andere Länder werden sich bewegen müssen, und auch die Atomkraftwerksbetreiber.

Es ist gut, dass die Öffentlichkeit über die Arbeit der Bund-Länder-Kommission in den weiteren Prozess eingebunden wird. Das schafft Transparenz und – wenn alles gut läuft – Vertrauen. Die 24 Mitglieder aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Umweltverbänden und Kirchen müssen viele Fragen klären... Da wird es viel Streit geben. Und wenn die Kommission tatsächlich am Ende eine gemeinsame Position vorlegt, dann geht der Streit im Parlament weiter... Es wäre wichtig, die Vorschläge der Kommission verbindlicher zu machen, als es bisher vorgesehen ist...

### **Annika Sepeur in *Echo des Tages*/WDR 5 (09.04.2013): Atomkraftgegner befürchten, die Kriterien werden dem Ergebnis angepasst**

Warum sollte auch nur ein Atomkraftgegner darauf vertrauen, dass es diesmal mit rechten Dingen zugeht, dass es wirklich zu einer transparenten, nachvollziehbaren Suche nach einem Atommüll- Endlager in Deutschland kommt, ohne eine Vorfestlegung auf Gorleben? Den Ort, an dem über Jahre immer wieder Castoren zwischengelagert wurden und so die Menschen im Wendland in Niedersachsen davon ausgehen mussten, mit jedem weiteren Atommüll-Behälter manifestiert sich das Schicksal Gorlebens – vom Zwischenlager zum Endlager – schleichend. Immer wieder wurde das Vertrauen erschüttert, vor allem durch Entscheidungen verantwortlicher Politiker. Gorleben, das war nie die beste Wahl aus mehreren Möglichkeiten, wissenschaftlich untermauert.

Für Kritiker ist der Entwurf zum Endlagersuchgesetz wie ein leeres Paket. Es gibt die Verpackung mit einer Schleife aus parteiübergreifender Einigkeit. Aber der Inhalt fehle, weil die Kommission u.a. aus Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern von Umweltverbänden erst die grundsätzlichen Fragen für die Endlagersuche klären soll, wenn das Gesetz schon erlassen ist. Die Sorge: Die Kriterien werden dem Ergebnis angepasst, und am Ende steht doch wieder Gorleben als Standort für das atomare Endlager.

Und ja, man kann auch politisches Kalkül unterstellen: Natürlich ist es schön, nicht im Bundestagswahlkampf über die Endlagersuche streiten zu müssen. Und noch schöner ist es, vielleicht Türen zu öffnen für mögliche Koalitionen nach der kommenden Bundestagswahl. Die konstruktive Zusammenarbeit der letzten Wochen lässt da z.B. das von den Beteiligten so ungern in den Mund genommene Schwarz-Grün wieder einmal aufblitzen...

->Quelle(n): [bmu.de](http://bmu.de); [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de); Mitschrift des Bundespresseamtes (<https://cvd.bundesregierung.de>)

# SPD: Früher raus aus Atom!

9. April 2013

## SPD: Bundesregierung soll Möglichkeit eines früheren Atomausstiegs prüfen



Die Bundesregierung soll weiterhin am beschlossenen Atomausstieg festhalten und dabei auch die Möglichkeit eines früheren Ausstiegs prüfen. Das fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag (17/12688) als Konsequenz aus der Atomkatastrophe von Fukushima, die sich am 11. März 2011 zum zweiten Mal geäußert hat. Dabei spricht sich die Fraktion auch dafür aus, den Katastrophenschutz für den Fall eines schweren Atomunfalls in Zusammenarbeit mit den Ländern zu verbessern und beruft sich auf eine Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz aus dem Jahr 2012. Die Ergebnisse des europäischen Stresstests für Atomkraftwerke sollen ebenfalls kritisch überprüft werden und gegebenenfalls verschärfte Sicherheitsanforderungen für deutsche Atomkraftwerke angeordnet werden.

->Quelle: [bundestag.de](http://bundestag.de); [spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)

# Erneuerbare ersetzen immer mehr Atomstrom

8. März 2013

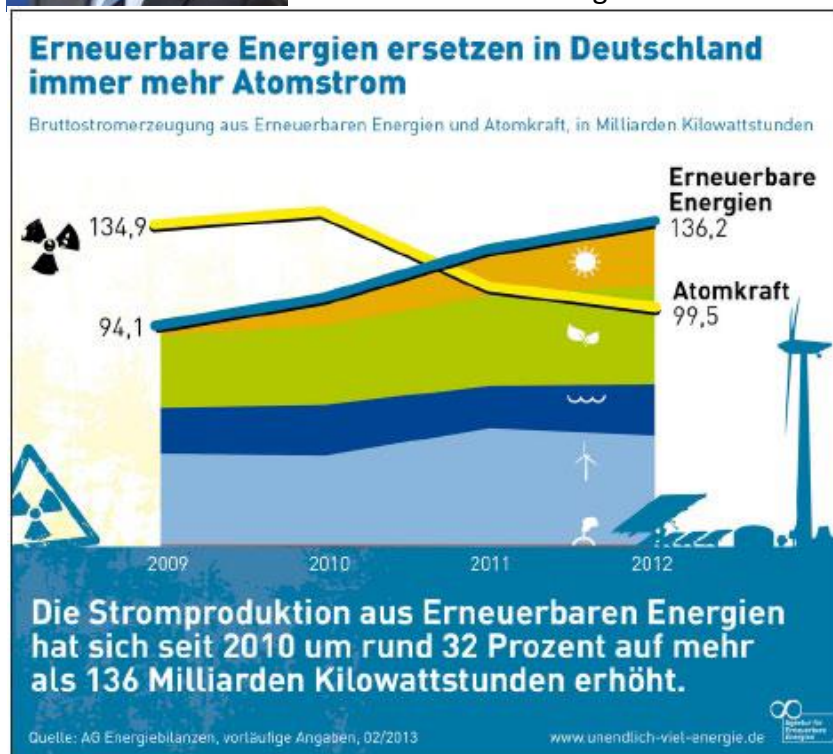
## AEE: Zwei Jahre nach Fukushima untermauern Wind, Sonne, Biomasse und Co. Leistungsfähigkeit



Zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima zeigen die Erneuerbaren



Energien in Deutschland, dass die Stromerzeugung aus fossilen und atomaren Quellen ein Auslaufmodell ist. "Wind, Sonne und Bioenergie setzen sich im deutschen Energiemix zunehmend durch. Damit wächst zugleich ihr volkswirtschaftlicher Nutzen, da die Erneuerbaren Energien keine unkalkulierbaren Risiken und versteckten Folgekosten mit sich bringen, wie die fossil-atomare Stromproduktion", betont Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien ([AEE](http://www.aee.de)).



Das verlässliche Wachstum Erneuerbarer Energien und eine verbesserte Energieeffizienz ermöglichen den Atomausstieg in Deutschland. So hat die Stromproduktion aus Wind, Sonne, Biomasse und Co. 2012 im Vergleich zu 2010 um rund 32 Prozent auf mehr als 136 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) zugelegt. Deutschlands Bruttostromverbrauch sank in diesem Zeitraum laut Daten der [AG Energiebilanzen](http://www.ag-energiebilanzen.de) um knapp 3 Prozent auf 595 Mrd. kWh. Dies konnte insgesamt den Rückgang bei der Kernkraft um knapp 30



Prozent auf 99,5 Mrd. kWh mehr als ausgleichen. Zudem erhöhte sich Deutschlands Überschuss im Stromexport um 5,4 Mrd. kWh auf 23,1 Mrd. kWh. „Die Entwicklung von Stromproduktion und -verbrauch in den vergangenen zwei Jahren zeigt, dass die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien nicht mehr aufzuhalten ist“, erklärt Vohrer. „Dies ist der richtige Weg hin zu einer sauberen, sicheren und langfristig günstigen Stromversorgung.“

Triebkraft für den Aufschwung der Erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren war die Stromerzeugung, während die Nutzung umweltfreundlicher Alternativen zu fossilen Rohstoffen im Wärme- und Verkehrssektor wesentlich weniger dynamisch verlief oder sogar rückläufig war. „Dies zeigt, dass der Erfolg der Energiewende keine Selbstverständlichkeit ist. Vielmehr hat das seit dem Jahr 2000 bestehende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Strombereich dafür gesorgt, dass unterschiedliche Technologien von der Photovoltaik auf den Dächern bis zur Windenergie auf hoher See entwickelt und ausgebaut werden konnten“, unterstreicht Vohrer.

### **EEG als Exportschlager**

Das EEG mit seinen Einspeisevergütungen hat sich als Exportschlager erwiesen. Weltweit haben sich mehr als 90 Staaten und Provinzen für vergleichbare Fördermodelle entschieden. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat auch Japan Einspeisevergütungen für Strom aus Erneuerbaren Energien eingeführt.

Der Förderaufwand für die Erneuerbaren Energien ist im Vergleich zur jahrzehntelangen und andauernden Subventionierung des fossil-atomaren Systems deutlich niedriger.



Laut der Studie „Was Strom wirklich kostet“ des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) wäre Strom um rund 10 Ct/kWh teurer, würde man die Belastungen des Staatshaushalts und die externen Kosten der konventionellen Erzeugung in den Strompreis einkalkulieren. Zum Vergleich: Die Einspeisevergütung für Strom aus neuen Windkraftanlagen an Land liegt bei

rund 9 Ct/kWh. Die Erzeugungskosten von Solarstrom betragen aktuell je nach Anlagengröße 15 bis 18 Ct/kWh. „Künftig wird die Nutzung Erneuerbarer Energien ohnehin kostengünstiger als konventionelle Energien, denn die technologische Entwicklung ermöglicht weitere Kostensenkungen und wir machen uns unabhängig von stetig steigenden fossilen Brennstoffpreisen“, bilanziert Vohrer.

### **Energiewende langfristig als keine Energiewende**

Fukushima hat gezeigt, wie furchtbar die Gefahren der Atomkraft auch in modernen Industriestaaten sind. Das französische Institut für Strahlenschutz und nukleare Sicherheit ([IRSN](#)) bezifferte vor kurzem die Kosten einer mit Fukushima vergleichbaren Atomkatastrophe im eigenen Land auf bis zu 430 Milliarden Euro. „Welch unkalkulierbare Risiken die Atomkraft birgt, belegt in Deutschland das marode Atommülllager in der Schachtanlage Asse. Wie die dort lagernden rund 126.000 Fässer mit giftigem Atommüll geborgen werden sollen, ist noch völlig unklar. Klar ist lediglich, dass wir und künftige Generationen die Folgekosten der Atomkraft auch dann noch zu tragen haben, wenn längst kein deutsches AKW mehr am Netz ist“, betont Vohrer.



„Der Abschied von gefährlichen und umweltschädlichen Techniken der Stromerzeugung ist bei richtiger politischer Flankierung machbar und gleichzeitig ein Gewinn für Klima, Menschen und Volkswirtschaft“, hebt AEE-Geschäftsführer Vohrer hervor. Mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen Erneuerbarer Energien verweist er dabei unter anderem auf die im Auftrag der Bundesregierung erstellten Langfristszenarien. Dort erwarten die Forscher in einer zurückhaltenden Prognose, dass die Erneuerbaren zur Jahrhundertmitte bereits rund 570 Milliarden Euro an potenziellen Mehrausgaben vermeiden, die entstehen würden, wenn man mit einer fossilen Versorgung weitermachen würde. „Daran lässt sich leicht ablesen, dass die Energiewende langfristig deutlich günstiger kommt als keine Energiewende“, betont Vohrer.

->Quelle: [www.unendlich-viel-energie.de](http://www.unendlich-viel-energie.de)



# Eklatante und skandalöse Unterschiede in der Atomhaftung



24. März 2013

## B90/Die Grünen: Deutliche Missstände

Den Preis für einen atomaren GAU zahlen immer die Opfer. Niemals können Opfer für ihre physischen und psychischen Schäden umfassend entschädigt werden – so eine Pressemitteilung der Bundestagsfraktion von [Bündnis90/Die Grünen](#). Das rechtfertige aber keinesfalls die skandalös niedrigen Deckungsvorsorgen in der EU. Angesichts der Atomkatastrophe von Fukushima hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen untersuchen lassen, welche Missstände bei der Atomhaftung vorliegen und welcher Handlungsbedarf sich aus überkommenen Annahmen und



Ausnahmeregelungen ergibt. Dabei sei auch geprüft worden, welche Diskrepanzen zwischen den einzelnen Ländern mit Atomkraftwerken bestünden – und wie Deutschland tätig werden könne.

Das nun vorliegende [Rechtsgutachten](#) komme zu erschreckenden Ergebnissen: Das bestehende internationale Haftungsregime diene vor allem dem Schutz und der Privilegierung der Betreiber von Atomanlagen und ihrer Zulieferer. Dem Opferschutz diene es – wenn überhaupt – nur zweitrangig.

## Franzosen gehen im GAU-Fall fast leer aus

Wörtlich heißt es in der Mitteilung: “Es bestehen eklatante Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten in Europa bei der Atomhaftung – auch wenn sie Mitglieder desselben Haftungsabkommens sind. Während beispielsweise ein deutscher AKW-Betreiber im Falle eines Atomunfalls grundsätzlich mit dem gesamten Unternehmensvermögen haftet, würde der französische AKW-Betreiber EDF mit gerade einmal gut 91 Millionen Euro herangezogen. Aktuelle Kostenschätzungen zufolge läge das Schadensausmaß bei einem katastrophalen Atomunfall beispielsweise in Cattenom oder Fessenheim im dreistelligen Milliardenbereich.

Für die EDF, immerhin der größte Stromkonzern Europas, gilt allerdings nach französischem Recht ein so haarsträubend niedriges Haftungslimit, dass ihn der Schadensersatz nicht mehr kosten würde als einen Griff in die Portokasse. Danach müssen zunächst der französische Staat und dann solidarisch eine Staatengemeinschaft, zu der auch Deutschland gehört, einspringen – allerdings auch nur mit insgesamt rund 240 Millionen Euro.

Die vorgesehenen Mittel für den Schadensersatz lägen somit im Promillebereich des erwarteten Schadens. Das aktuelle Atomhaftungsregime führt letztlich dazu, dass die Opfer einer Atomkatastrophe nur für einen winzigen Bruchteil ihrer Schäden einen Ersatzanspruch gegen Betreiber oder Staat haben werden. Auf dem Rest bleiben die Opfer sitzen – und das, obwohl Wirtschaft und Staaten deutlich mehr leisten könnten.

## Politischer Handlungsbedarf

Das müsse sich schnell ändern, so die Grünen – und sie fordern folglich “die Bundesregierung auf, sich unverzüglich und energisch für eine deutliche Verbesserung der in Europa geltenden Haftungsanforderungen einzusetzen”. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass man die Deckungsvorsorge für Atomunfälle mindestens auf eine Summe von 25 Milliarden Euro erhöhen sollte. Auch empfehlen sie, diverse Privilegierungen gänzlich abzuschaffen.

Die Grünen wollen die Atomhaftung und Deckungsvorsorge in Europa [deutlich verschärfen](#) und verlangen deutliche Verbesserungen im Interesse des Opferschutzes. “Auf keinen Fall darf die

bisherige Begünstigung der Atomwirtschaft durch eine EU-Richtlinie fortgeführt werden“. Außerdem werden deutliche bessere Informationen über die national geltenden Haftungsvorschriften und Deckungsvorsorge-Instrumente gefordert. Es könne nicht sein, dass selbst die Mitgliedstaaten eines Haftungsabkommens kaum etwas über die Umsetzung dieses Abkommens in den jeweils anderen Staaten wüssten. Auf eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion [“antwortete die Bundesregierung](#) Anfang des Jahres erschreckend lückenhaft und zum Teil sogar falsch, unter Berufung auf völlig veraltete Informationen“.

Dass die Bundesregierung zwei Jahre nach dem Atomunfall von Fukushima immer noch keine erkennbare Initiative für eine verbesserte Atomhaftung in Europa gestartet habe, zeige, sie die Grünen: “Sie hat die Gefahren der Atomkraft noch immer nicht verstanden.”

->Quelle: [gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de); [Gutachten Atomhaftung.pdf](#)

## Altmaier zur Atompolitik: “Ende der Kernenergie in Deutschland”

18. März 2013

### **Bundesumweltminister Altmaier zu europäischer und globaler Atomenergiepolitik Solarify dokumentiert Bundestagsrede**

“Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fukushima war mehr als ein tragischer technischer Unfall. Fukushima war eine Zeitenwende. Ich persönlich bin überzeugt, dass wir eines Tages, im Abstand von 20, 30 oder 40 Jahren, feststellen werden, dass mit dem Tag des Unfalls von Fukushima die Kernenergie keine Zukunft mehr hatte und die Entwicklung – auch weltweit – zum ersten Mal nicht nur auf einen weiteren Ausbau, sondern in Richtung auf einen Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet wurde.



Ganz sicher war es das Ende der Kernenergie in Deutschland. Wir haben in Deutschland die Konsequenzen gezogen, und wir haben sie mit großer und mit eindrucksvoller Mehrheit gezogen. Es gibt keine andere Frage, die in der deutschen Innenpolitik in den letzten 30 oder 40 Jahren so heftig umstritten war wie die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Ich weiß, wie schwer es vielen meiner Kollegen und teilweise auch mir selber gefallen ist, nachdem wir über 30 oder 40 Jahre mit dafür gesorgt haben, dass Kernenergie in Deutschland sicher und ohne schwere Unfälle und Zwischenfälle genutzt worden ist, zu sagen: Wir ziehen einen Schlussstrich, weil wir nach Fukushima überzeugt sind, dass diese Energieart langfristig technisch nicht sicher beherrschbar ist, und weil wir einen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden leisten wollen.

Lieber Kollege Trittin, ich hätte mir an einem Tag wie heute auch gewünscht, dass wir einmal nicht nur polarisieren und polemisieren, sondern anerkennen, welche die demokratischen Parteien übergreifende Kraft diesem Parlament innewohnt, dass es zu solchen richtunggebenden Entscheidungen fähig ist. Deshalb wäre es vielleicht gut gewesen, wenn Sie an diesem Tag einmal keine Wahlkampfrede, sondern eine staatsmännische Rede gehalten hätten.

Ich sage Ihnen voraus – ich bin in Gesprächen mit unseren Partnern in Europa, aber auch weltweit –, dass bei der Frage, wann und in welchen Schritten auch andere Länder den Ausstieg aus der Kernenergie in Angriff nehmen und den Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien finden, viel

davon abhängt, wie es uns in Deutschland gelingt, nicht nur mit dem Ausstieg fertig zu werden, sondern auch unsere Energieversorgung schrittweise auf erneuerbare Energien umzustellen.

### **Energiewende erst dann Erfolg, wenn Deutschland CO2-neutral und wettbewerbsfähig ist**

Lieber Kollege Trittin, da möchte ich Sie auf einen Irrtum hinweisen. Die Energiewende für erneuerbare Energien, die Sie wollen, die ich möchte, die wir alle wollen, ist nicht dann ein Erfolg, wenn das letzte Kohlekraftwerk und das letzte Atomkraftwerk geschlossen und durch Windräder und Solardächer ersetzt sind, sondern dann, wenn wir diese Energiewende so organisieren, dass Deutschland eine umweltverträgliche, CO2-neutrale Energieversorgung hat und immer noch eine der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften dieser Welt ist; denn nur dann werden andere Länder diese Energiewende übernehmen und bei sich umsetzen.

Ich hätte mich gefreut, lieber Kollege Trittin, wenn all die Hausaufgaben, die dafür notwendig sind, gemacht worden wären. Dann hätte ich jetzt viel mehr Zeit, um für die Energiewende zu werben. Das tue ich sowieso. Aber wir wussten bereits im Jahr 2000 – wenn Sie Ihren eigenen Anspruch ernst genommen haben, wussten Sie das –, wie viele Leitungen wir bei einem erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren im Jahr 2013 brauchen würden. Wenn man weiß, dass es zehn Jahre dauert, um eine solche Leitung zu bauen, dann frage ich mich: Wo sind denn Ihre Leitungen heute, Leitungen, die wir dringend bräuchten, damit Strom nicht abgeregelt werden muss, sondern denen zugutekommt, die ihn brauchen?

Lieber Kollege Trittin, es war doch klar, dass die ersten 25 Prozent erneuerbare Energien eine ganz andere Herausforderung darstellen als die zweiten 25 Prozent. Wenn man erneuerbare Energien zu Beginn mit hohen Subventionen und Zuschüssen ermuntert, in den Markt einzutreten, dann stellt das für die Menschen insgesamt keine große Belastung dar. Wenn Sie aber 25 Prozent, 30 Prozent, 40 Prozent oder 50 Prozent erneuerbare Energien haben und Geld für Einspeisevergütungen und das Bereithalten von Reservekapazitäten in einer Größenordnung zahlen, die deutlich über dem Börsenstrompreis liegt, der in anderen Ländern bezahlt wird, dann ist das nicht neutral für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Deshalb sind das keine Peanuts, sondern zentrale Fragen der Energiewende. Sie haben das nicht geschafft. Wir werden Ihnen zeigen, wie das geht.

### **“Zahlen waren falsch – Institute haben geirrt!”**

Wir haben über Zahlen diskutiert. Ich habe als Umweltminister mit großem Interesse die Aussagen meiner Vorgänger gelesen – Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel –, welche Kosten die Energiewende für den Stromkunden verursacht. Wenn Sie jetzt sagen, die Zahlen des Kollegen Altmaier würden von Instituten infrage gestellt und kritisiert, dann wissen Sie: Das sind zum Teil genau die Institute, deren Prognosen in den letzten zehn Jahren mit aller Regelmäßigkeit falsch waren. Das beeindruckt mich nun überhaupt gar nicht.

Es waren dieselben Experten, die uns noch vor einiger Zeit gesagt haben: Der Preis für eine Kilowattstunde wird nicht über 3,5 Cent steigen. Es waren dieselben Experten, die gesagt haben: Die Börsenstrompreise werden weltweit steigen, und mit dem, was wir dann über die Differenzkosten erlösen, können wir den Neuausbau aus der Westentasche finanzieren. Tatsächlich sind die Börsenstrompreise weltweit im Sinkflug. Tatsächlich steigen die Differenzkosten. Tatsächlich muss der Stromkunde in diesem Jahr voraussichtlich 20 Milliarden Euro für Einspeisevergütungen zahlen, und der Betrag steigt in den nächsten Jahren regelmäßig an. Deshalb ist die Frage der Bezahlbarkeit elektrischer Energie nicht nur eine Frage, die viele Rentnerinnen und Rentner und Familien mit niedrigem Einkommen betrifft; es ist eine Frage, die unsere Volkswirtschaft insgesamt berührt, und deshalb muss sie gelöst werden.

### **Altmaier wartet auf gemeinsames Konzept von SPD und Grünen**

Lieber Kollege Kelber, ich habe nicht nur Vorschläge für die Strompreisbremse gemacht, die darin bestehen, dass man irgendwo etwas einspart; ich habe auch Vorschläge gemacht, um die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Dazu gehört, dass wir die Ausnahmen für energieintensive

Unternehmen zum ersten Mal seit 13 Jahren nicht weiter ausweiten, sondern einschränken. Diese Vorschläge habe ich gemacht. Wir verhandeln inzwischen mit den Ländern darüber. Ich warte bis zum heutigen Tag auf ein gemeinsames Konzept von SPD- und grün-regierten Ländern und Ihren Bundestagsfraktionen dazu, an welcher Stelle gespart werden soll und wie Sie Ihre lautstarken Ankündigungen in die Praxis umsetzen wollen. Tatsächlich geht es bei Ihnen zu wie bei Hempels unterm Sofa, und Sie sind sich in keiner dieser Fragen einig.

Ich biete Ihnen eines an: Wenn wir gemeinsam überzeugt sind, dass die Energiewende richtig ist, wenn wir es gemeinsam für einen Erfolg halten, dass wahrscheinlich in diesem Jahr in Deutschland mehr erneuerbarer Strom produziert wird, als es bislang der Fall war, wenn wir wollen, dass die Energiewende weitergeht, wenn wir wollen, dass der Standort Deutschland nach Abschluss der Energiewende nicht schwächer, sondern stärker dasteht, wenn wir all das wollen, dann haben wir auch ein gemeinsames Interesse daran, nicht nur die Frage der Preisentwicklung aus dem Wahlkampf herauszuhalten, sondern auch dafür zu sorgen, dass die Entwicklung so organisiert wird, dass der Strom in Deutschland heute, morgen und übermorgen bezahlbar ist. Sie haben die Chance, dabei mitzumachen. Wir werden Sie aus dieser Verantwortung nicht entlassen.

->Quelle: [bundesregierung.de](http://bundesregierung.de)

## Zwischen 22.000 und 66.000 Krebsfälle nach Fukushima

16. März 2013

### IPPNW legt neue Analyse vor

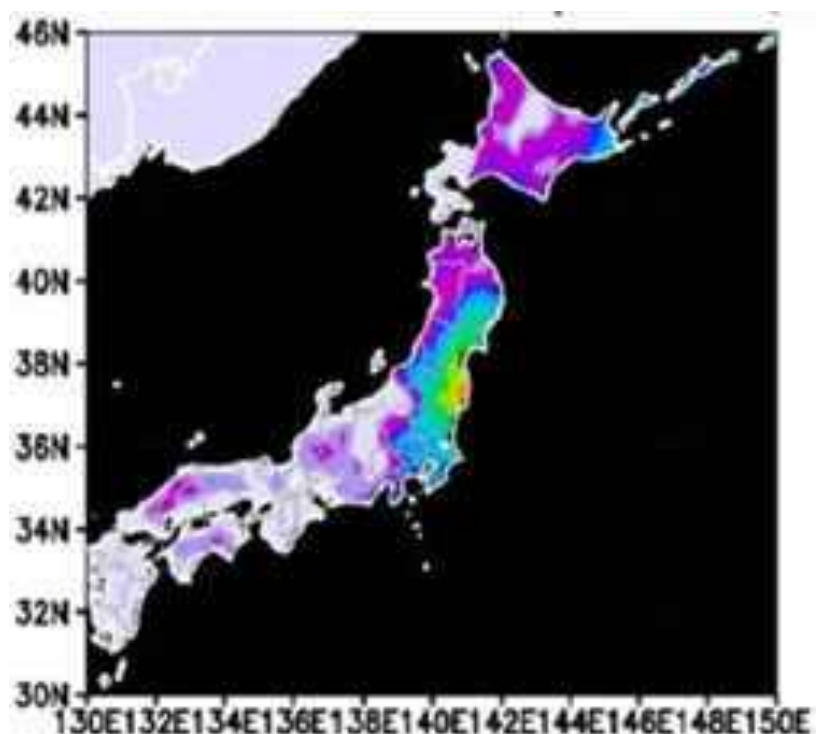
Kurz vor der Bundestagsdebatte über die Atomenergiepolitik am 15.03.2013 legte die atomkritische Ärzteorganisation eine neue Analyse zu den Folgen von Fukushima vor, um die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit über die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Reports von WHO und IPPNW zu informieren, die nur auf den ersten Blick völlig widersprüchlich erscheinen.



Ein Hintergrundpapier der IPPNW-Autoren Henrik Paulitz, Winfrid Eisenberg und Reinhold Thiel erläutert, wie die gewählten Ausgangsdaten und Grundannahmen zu unterschiedlichen Ergebnissen bei den zu erwartenden Krebserkrankungen in Japan führen. Die Analyse zeigt, dass unter Verwendung der Daten und Annahmen der Weltgesundheitsorganisation WHO mit rund 22.000 Krebserkrankungen zu rechnen ist. Werden die Annahmen nach dem Stand der Wissenschaft realitätsnäher gewählt, so ergeben sich auf der Grundlage der WHO-Daten 66.000 zu befürchtende Krebserkrankungen.

### **Caesium-Verteilung in Japan - Quelle: IPPNW**

Damit sind die Differenzen zum unlängst veröffentlichten



IPPNW-Report, der sich auf andere offizielle Ausgangsdaten stützt, wissenschaftlich nachvollziehbar und begründbar.

Sowohl aus dem WHO- als auch aus dem IPPNW-Report ergibt sich übereinstimmend, dass in Japan mit mehreren zehntausend Krebserkrankungsfällen aufgrund der Atomkatastrophe von Fukushima gerechnet werden muss. Das Spektrum liegt zwischen 20.000 und 120.000 Krebsfällen.

Weitere IPPNW-Berechnungen auf WHO-Datenbasis vom 14. März 2013

In Japan 22.000 – 66.000 Krebserkrankungen zu erwarten

[http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Fukushima/Fukushima Erwartete Krebserkrankungen Japan mit WHO-Daten.pdf](http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/Fukushima/Fukushima%20Erwartete%20Krebserkrankungen%20Japan%20mit%20WHO-Daten.pdf)

IPPNW-Report vom 06.03.2013

<http://www.fukushima-disaster.de/deutsche-information/super-gau.html>

WHO-Bericht „Health risk assessment“ vom 28.02.2013

[http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/78218/1/9789241505130\\_eng.pdf](http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/78218/1/9789241505130_eng.pdf)

->Quelle: [ippnw.de](http://www.ippnw.de)

## Zwei Jahre Fukushima: 55.000 Kinder mit Schilddrüsenveränderungen

16. März 2013



### Zwei Jahre Fukushima: Gefahren der Atomenergie bleiben akut

Erklärung von Marco Bülow, SPD-Bundestagsfraktion, am 15.03.2013 anlässlich der Plenardebatte zum zweiten Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima: Nur zwei Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima

verblasse leider schon wieder die Erinnerung an die großen Gefahren der Atomenergie, erklärte der SPD-Berichterstatter am 15.03.2013, kaum einer setze sich noch mit den Folgen des Super-GAUs auseinander. Dabei sei die Situation dort “noch immer mehr als besorgniserregend”. Denn man wisse nach wie vor nicht, wie es im Inneren der Reaktoren aussieht, noch immer gebe es Lecks und radioaktives Wasser fließe ins Meer, noch immer könne “bei einem nächsten schweren Erdbeben das notdürftig abgestützte Abklingbecken von Reaktor 4 einstürzen. Auch die Situation für die betroffenen Menschen hat sich kaum verbessert. 160.000 Menschen können weiterhin nicht in ihre Heimat zurückkehren. Einige davon werden es nie können. Tausende leben noch in Behelfsunterkünften und leiden in Folge der Ereignisse unter Depressionen. Viele haben ihre Erwerbsgrundlage verloren.”

Nach Bülows Erklärung stehen die “schlimmsten Folgen aber vermutlich noch aus: Die Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges* ([IPPNW](http://www.ippnw.de)) rechnet mit mindestens 22.000 Fukushima-bedingten Krebserkrankungen. Insbesondere Kinder werden davon betroffen sein. Schon jetzt weisen 55.000 von inzwischen rund 133.000 untersuchten Kindern in der Region Fukushima Schilddrüsenveränderungen auf.

Bülows Schlussfolgerung hieraus: “Die wieder zunehmende Tendenz zur Verharmlosung von Atomenergie ist in Anbetracht dieser Fakten völlig unverständlich. Leider muss man auch bei der Bundesregierung feststellen, dass ihr internationales Engagement gegen Atomenergie gegen Null tendiert. Jede Aufforderung, sich international für einen Atomausstieg zu engagieren, wird mit dem lapidaren Hinweis abgeschmettert, die Nutzung der Atomenergie sei das souveräne Recht eines jeden Staates. Dabei weiß jeder, dass nukleare Strahlung nicht an nationalen Grenzen halt macht. Es gibt eine Vielzahl von Regelungen innerhalb der EU, die Entscheidungen von souveränen EU-Staaten beeinflussen oder auch einschränken. Es gibt keinen sachlichen Grund, ausgerechnet die Atomenergie hiervon auszunehmen.”

Die SPD-Bundestagsfraktion erwartet von der Bundesregierung, dass sie "endlich konsequent handelt und sich international für die Abschaltung von Atomkraftwerken einsetzt, insbesondere der grenznahen gefährlichen Reaktoren in Frankreich, Belgien und Tschechien. Ebenso muss sie auf eine grundlegende Überarbeitung des Euratom-Vertrages drängen, um die darin bisher festgeschriebene Sonderstellung der Atomenergie abzuschaffen. Ziel sollte vielmehr ein europaweiter Atomausstieg sein. Auch erwarten wir, dass Kanzlerin Merkel endlich dem Beschluss des Parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung (PBNE) folgt und den Bau von Atomkraftwerken im Ausland nicht noch über Hermes Bürgschaften, also mit deutschen Steuergeldern absichert. Die Bundesregierung sollte stattdessen in bilateralen Gesprächen Überzeugungsarbeit leisten, um einen solchen Bau zu verhindern."

->Quelle: [spdfraktion.de](http://spdfraktion.de)

## Altmaier kritisiert Vorgänger scharf und verteidigt Billion

15. März 2013

### Altmaier über Parteifreund Röttgen und Vorgänger: "Sie haben die Hausaufgaben nicht gemacht" – erster Atomausstieg schuld an hohen Preisen



Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat seine Vorgänger Jürgen Trittin (Grüne), Sigmar Gabriel (SPD) und Norbert Röttgen (CDU) kritisiert. Altmaier sagte in einem Interview der *Süddeutschen Zeitung*, die heutigen Probleme mit den hohen Strompreisen hätten "ihre Wurzeln im ersten Atomausstieg 2000 und in der Einführung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes". Damals seien "die Hausaufgaben nicht gemacht worden".

Schon damals habe man gewusst, "dass es zehn Jahre dauert, eine neue Stromleitung zu bauen. Schon damals wusste man, dass man nicht genügend Speicher hat. Das alles hätte man längst in Angriff nehmen können." Dies sei aber nicht passiert. Altmaier sagte: "Als ich das Amt übernahm, waren die Schubladen leer. Es gab keine konkreten Pläne für die grundlegenden Fragen."

### Altmaier verteidigt Billionen-Schätzung Wirtschaftsministerium schätzt 550 Milliarden

Bei einem Streitgespräch mit dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne) Peter Altmaier (CDU) hat seine Billionen-Kalkulation für die Energiewende verteidigt: „Die Bürger haben ein Recht darauf, zu wissen welches Preisschild dran klebt.“ Winfried Kretschmann widersprach in der Berliner Hertie School of Governance: „Die Leute verwechseln schon Millionen und Milliarden, und dann kommen Sie mit einer Billion.“ Altmaier schränkte am Donnerstag ein, die Billion werde bis 2042 nur dann fällig, „wenn wir nicht aufpassen“ und am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) „nichts ändern“.

Das machte Kretschmann etwas fassungslos: „Wenn wir nichts machen – mein Gott.“ Altmaiers Strompreisbremse ergebe für die Haushalte gerade mal eine Ersparnis von 15 Euro im Jahr. Er schätze Altmaiers „Temperament“, aber die Debatte habe durch diese auf die Kosten reduzierte Diskussion „eine Schiefelage bekommen“. Für eine grundlegende Neugestaltung der Energieversorgung „brauchen wir etwas mehr Optimismus“.



Kretschmann sagte weiter, die auf die Kosten reduzierte Diskussion habe "eine Schiefelage bekommen". In einem Online-Artikel der "Bild-Zeitung" über die Bilanz der Energiewende in Deutschland schätzte das Wirtschaftsministerium die Gesamtkosten auf 550 Milliarden Euro. Quelle: [sueddeutsche.de](http://sueddeutsche.de); [tagesspiegel.de](http://tagesspiegel.de); [bild.de](http://bild.de)

## Entsorgungskommission legt Stresstest- Bericht vor

14. März 2013

### Mit wenigen Ausnahmen Stresslevel erfüllt



Nach dem Reaktorunglück in Fukushima im März 2011 hatten sich Bund und Länder darauf verständigt, dass zunächst die Kernkraftwerke und anschließend die anderen kerntechnischen Einrichtungen überprüft

werden. Das Bundesumweltministerium hatte die [Entsorgungskommission \(ESK\)](http://entsorgungskommission.de) beauftragt, die Anlagen und Einrichtungen der nuklearen Ver- und Entsorgung einem solchen Stresstest zu unterziehen. Als Teil 1 wurden die Anlagen der Brennstoffversorgung in Gronau und Lingen, die zentralen und dezentralen Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und hochradioaktive Abfälle sowie die Anlagen zur Behandlung der bestrahlten Brennelemente einem Stresstest unterzogen. Die ESK unter Vorsitz von Michael Sailer hat jetzt das Ergebnis vorgelegt und dem BMU übergeben.



Bei dem Stresstest wurde nicht überprüft, ob die Anforderungen des geltenden Regelwerkes eingehalten werden (Auslegungsanforderungen). Vielmehr wurden zusätzliche Belastungen untersucht, die die Lastfälle, die den Genehmigungen zugrunde gelegt sind, deutlich überschreiten (auslegungsüberschreitende Anforderungen). Geprüft wurden dabei Einwirkungen zu den Stress-Lastfällen Erdbeben, Hochwasser, Starkregen, sonstige wetterbedingte Ereignisse, Ausfall der elektrischen Energieversorgung, anlageninterner Brand, Brände außerhalb der Anlage sowie Flugzeugabsturz und Explosionsdruckwelle.

In ihrer [Bewertung](http://bewertung.de) kommt die ESK zu dem Ergebnis, dass alle untersuchten Anlagen einen sehr hohen Grad an Robustheit ausweisen. Mit Ausnahme weniger Einzelfälle erfüllen die Anlagen den maximalen von der ESK festgelegten Stresslevel. Das Bundesumweltministerium hat den Bericht den zuständigen atomrechtlichen Aufsichtsbehörden der Länder zugeleitet.

->Quelle: [bmu.de](http://bmu.de); Der Bericht: [entsorgungskommission.de](http://entsorgungskommission.de)

## BUND-Studie zur AKW-Sicherheit

6. März 2013

### Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichend



Von den neun in Deutschland noch laufenden Atommeilern gehe nach wie vor enorme Risiken aus. Dies belege eine aktuelle [Studie des BUND](http://studie-des-bund.de), die von der unabhängigen Atomexpertin Oda Becker erstellt worden ist. Demnach sind die Atomkraftwerke in Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Philippsburg 2, Grohnde, Emsland und Isar 2 nicht ausreichend vor möglichen *Erdbeben*, die Atommeiler in Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C, Philippsburg 2, Grohnde, Brokdorf und Neckarwestheim 2 nicht umfassend vor *Hochwasser* geschützt. Hinzu kämen Risiken durch eventuelle Brände, altersbedingte Ausfälle der Sicherheitssysteme oder eine mangelnde Sicherheitskultur.

"Notstromaggregate versagten im AKW Forsmark in Schweden, was 2006 dort zum Beinahe-Gau führte. Ähnliches kann auch bei deutschen Atomkraftwerken passieren, z.B. in Gundremmingen.

Wir können detailliert nachweisen, dass sämtliche noch am Netz befindlichen deutschen Atommeiler nicht sicher sind. Offensichtlich haben für die Betreiber Gewinninteressen und nicht der Schutz der Bevölkerung vor Atomkatastrophen Vorrang“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

### **Energiewende darf nicht zerredet werden**

Bis zu eine Million Euro koste die Betreiber ein einziger Tag, an dem ein abgeschaltetes AKW keinen Strom liefere. Deshalb ließen E.on, RWE und EnBW ihre Anlagen möglichst lange am Netz. Die Energiewende dürfe nicht aus wahltaktischen Gründen zerredet werden. Insbesondere Kanzlerin Angela Merkel müsse die erfolgreiche Fortsetzung des Umbaus der Energieversorgung zu einem Hauptthema ihrer Wahlveranstaltungen machen.

->Quelle: [www.bund.net](http://www.bund.net)

## **Aktion: “Kein Steuergeld für Atomkraft”**

Rubriken: [Allgemein](#) > [News](#) > [Politik](#) | 23. Februar 2013



### **Umweltinstitut München startet Aktion gegen subventionierten Atomstrom**

Das Umweltinstitut München e.V. hat eine Aktion mit dem Namen “Kein Steuergeld für Atomkraft!” ins Leben gerufen. “Während unsere Minister Röttgen (inzwischen Ex-Umweltminister) und Rösler die Solarförderung kappten, forderten ein paar EU-Staaten unsere Steuergelder zur Subventionierung der Atomkraft, da es sich wie bei den erneuerbaren Energien um eine emissionsarme Technologie handle. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten“, heißt es auf der Homepage zu den Beweggründen für die Initiative.

Per E-Mail können Unterstützer sich an Bundeskanzlerin Merkel und EU-Energiekommissar Oettinger wenden und ihre Forderungen kundtun. Durch EU-Subventionen für neue AKWs oder die Förderung von Atomstrom mit unserem Geld würde der deutsche Atomausstieg ad absurdum geführt. Deshalb fordern das Umweltinstitut, dass sich die Bundesregierung deutlich gegen Subventionen für Atomkraft einsetze und darauf dränge, dass die erneuerbaren Energien europaweit zügig ausgebaut werden und Europa möglichst schnell atomkraftfrei wird. “Der deutsche Atomausstieg darf keine Insellösung sein, sondern ist ein Musterbeispiel, das bereits Nachahmer hat und nicht nur europaweit, sondern weltweit umgesetzt werden muss“, heißt es auf der Seite weiter.

### **Forderungen können per E-Mail verschickt werden**

Folgende Forderungen stellt das Umweltinstitut an Bundeskanzlerin Merkel und EU-Energiekommissar Oettinger:

- Keine EU-Förderung von Atomstrom, schon gar nicht über Einspeisevergütung nach dem Muster der erneuerbaren Energien
- Keine Verschwendung von Steuergeldern zum Bau von Atomkraftwerken in unseren Nachbarländern und weltweit
- Eine Überführung der Rückstellungen in einen Fonds zur Sicherung der Gelder, die für Stilllegung und Rückbau der Meiler sowie für die Endlagerung der Jahrtausende strahlenden hochradioaktiven Abfälle benötigt werden
- Den zügigen Ausbau der Erneuerbaren, die immer preiswerter werden und langfristig die einzige Energieversorgung darstellen, die ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist.
- Unsere Außenpolitik, EU-weit und international, muss mit dem deutschen Atomausstieg uneingeschränkt konform sein. Deshalb darf unter keinen Umständen EU-Steuergeld – egal ob als



EU-Subvention, Entwicklungshilfe oder Bürgschaft – in den Bau oder Betrieb von Atomkraftwerken fließen.

->Quelle: [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

# Lex Asse vorgelegt

19. Februar 2013

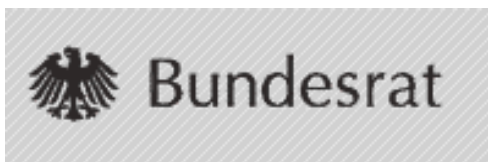


## Bundesregierung legt Gesetzentwurf zur schnelleren Rückholung radioaktiver Abfälle und Stilllegung von Asse II vor

Bei der Stilllegung der Schachanlage Asse II sollen als Vorzugsoption alle radioaktiven Abfälle zurückgeholt und die dafür notwendigen Arbeiten beschleunigt werden. Das sieht ein Gesetzentwurf der Bundesregierung ([17/12298](#)) vor. Der Text des Gesetzentwurfs und der Begründung entspricht dem Text der Bundestagsdrucksache [17/11822](#), der von den Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen im Dezember 2012 fraktionsübergreifend eingebracht worden war.

### Neufassung von [§57b Atomgesetz](#)

Mit der darin enthaltenen Neufassung des §57b des Atomgesetzes werden die verfahrensrechtlichen Rahmenbedingungen erleichtert und andere Regelungen für eine schnellere Stilllegung der Schachanlage getroffen. So wird unter anderem neu geregelt, dass für die Rückholung kein atomrechtliches Planfeststellungsverfahren erforderlich ist. Außerdem erhält das Gesetz die Möglichkeit, von Vorschriften der Strahlenschutzverordnung abzuweichen, wenn der erforderliche Strahlenschutz weiter gewährleistet wird. Auch beim Vergaberecht soll es in Zukunft möglich sein, Aufträge für die Asse II in einem beschleunigten Verfahren zu vergeben.



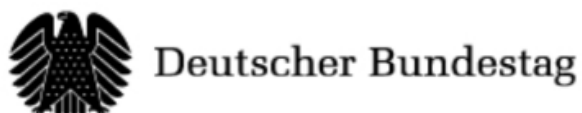
Der Bundesrat hat die Bundesregierung in seiner [Stellungnahme vom 01.02.2013](#) darauf hingewiesen, dass die Beschleunigung der Verfahren nicht zu einem Absinken der Schutzstandards für die Beschäftigten und die Bevölkerung führen dürfe. Daher fordert der Bundesrat die

Regierung auf, §57b Absatz 5 Satz 2 zu streichen: Die Regelung in § 57b Absatz 5 Satz 2 AtG-E sehe vor, dass der Umgang mit radioaktiven Stoffen unter Tage keiner Genehmigung bedürfe, wenn die Aktivität der Stoffe das Zehnfache der Freigrenzen der Strahlenschutzverordnung nicht überschreite und der Umgang der zuständigen Genehmigungsbehörde vorher angezeigt werde. "Mit dieser Regelung würde eine Bundesbehörde (BfS) von einem Genehmigungserfordernis befreit, das ansonsten für alle gilt, die mit radioaktiven Stoffen oberhalb der Freigrenzen der Strahlenschutzverordnung umgehen wollen".

### Bundesregierung lehnte Bundesratsanregung ab

Die Bundesregierung lehnte dies in ihrer Gegenäußerung ab. Sie erklärte, dass der Gesetzesentwurf der besonderen Situation der Schachanlage Asse II Rechnung trage, da diese „von einem schlechten bergtechnischen Zustand geprägt sei“. Die Maßnahmen zur Sicherung der Grube und der Rückholung müssten daher sehr schnell getroffen und die dafür notwendigen Verwaltungsverfahren flexibel geregelt werden.

### Experten befürworten "Lex-Asse"-Entwurf



Der fraktionsübergreifende Gesetzentwurf ([17/11822](#)) ist bei einer Anhörung im Umweltausschuss am 20.02.2013 von den Experten größtenteils positiv aufgenommen worden. Für den Asse II-Koordinationskreis, in dem sich zahlreiche Bürgerinitiativen und Umweltgruppen zusammengeschlossen haben, erklärte Udo

Dettmann, dass er das Gesetz befürworte. Seiner Meinung nach sei es aber nicht notwendig, in dem Gesetzestext eine zusätzliche und grundsätzliche Rechtfertigung für die Rückholung festzuschreiben. Im Detail plädierte er dafür, im Zusammenhang mit der Rückholung das Wort „vorzugsweise“ zu streichen, da es anders interpretiert werden könne. Eine Einschätzung, die auch der Sachverständige Rechtsanwalt Ulrich Wollenteit teilte. Er sprach sich ebenfalls gegen die Formulierung „soll vorzugsweise“ aus, da diese einen Ermessensspielraum implizieren könne. Ansonsten bezeichnete er den Entwurf als „juristisch saubere Lösung“, zu dem es „im Prinzip keine Alternative“ gebe.

### **Trotz unterschiedlicher Gruppenansichten: Sofort handeln!**

Rechtsanwalt Hartmut Gaßner hob hervor, dass zwischen den Fraktionen zwar ein breiter Konsens über die Rückholung des radioaktiven Abfalls herrsche, auf der Fachebene müssten aber verschiedene Interessengruppen unterschieden werden: Eine Gruppe gehe davon aus, dass die in der Asse gelagerten Abfälle auch langfristig dort verbleiben könnten. Eine zweite Gruppe halte die Rückholung nur dann für zulässig, nachdem eine sogenannte Rechtfertigungsprüfung erfolgt sei, bei der der wirtschaftliche oder soziale Nutzen der Rückholung gegenüber möglichen gesundheitlichen Gefahren abgewogen werde. Eine dritte Gruppe gehe davon aus, dass die Rückholung unverzüglich beginnen müsse. „Wir verstehen den Gesetzentwurf als klares Bekenntnis des Gesetzgebers, dass im Sinne der dritten Gruppe der unverzügliche Beginn der Rückholung ermöglicht werden soll“, erklärte er und sprach sich ebenfalls dafür aus, den Rechtfertigungsgrundsatz zu streichen.

### **Rückholung „geboten“ – keine „politische Entscheidung“**

Stefanie Nöthel vom Bundesamt für Strahlenschutz stellte klar, dass die Rückholung „geboten“ und daher keine „politische Entscheidung“ sei. Denn niemand könne darlegen, wie das Atomrecht gewahrt bleiben solle, wenn es nicht zur Rückholung komme. Sie wies auf die Gefahr hin, dass es bei einem Verbleib der Fässer zu einem „radioaktiven Austrag“ kommen könne. Es seien daher in erster Linie fachliche Gründe, die für eine rasche Rückholung der Fässer sprächen. Michael Sailer, der Vertreter des Öko-Instituts, machte vor diesem Hintergrund nochmals deutlich, dass die eigentliche Rückholung der Fässer frühestens im Jahr 2024 zu erwarten sei. Auf die Frage, wie lange anschließend die Bergung der eigentlichen Fässer dauere, sagte er, dass dies zeitlich nicht vorhersehbar sei und vom Zustand des radioaktiven Abfalls abhängen würde. Außerdem müsse zuvor ein zusätzlicher Schacht gebaut werden. Sailer gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die technischen Voraussetzungen für die Konditionierung des radioaktiven Abfalls nach der Rückholung bislang noch nicht geschaffen worden seien. Der Umweltdezernent des Landkreises Wolfenbüttel, Claus-Jürgen Schillmann, betonte, dass die Rückholung der Abfälle die „einzig wirksame Sanierungsmaßnahme“ sei und verwies darauf, dass die Zeit dränge. Er begrüßte das vorliegende Gesetz, kritisierte aber: „Der Umgang mit der Zeit ist unverantwortlich“. (hib/AS)

->Quelle: [bundestag.de](http://bundestag.de); [bundestag.de2](http://bundestag.de2)

## **51 Prozent wollen schnelleren Atomausstieg**

7. Februar 2013

### **Mehrheit der Deutschen will Atomkraftwerke früher abschalten**



Die Mehrheit der Bevölkerung will die neun noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland schneller abschalten, als es der Bundestag im Sommer 2011 beschlossen hat. Das hat eine [repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid](#) im Auftrag der Anti-Atom-Organisation [.ausgestrahlt](#) ergeben. 51 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, die Meiler früher vom Netz zu nehmen, als es das Atomgesetz derzeit vorsieht.

Bei den SPD-Anhängerinnen und –Anhänger sind 61 Prozent für einen schnelleren Ausstieg, von den Wählerinnen und Wählern der Grünen verlangen gar 75 Prozent mehr Tempo beim Abschalten. Selbst mehr als ein Drittel der Anhänger von CDU/CSU wollen das Risiko eines schweren Atomunfalls nicht noch weitere neun Jahre tragen.

### **Gefahren der Atomkraft zu groß, um zu warten**

„Ganz offensichtlich ist eine Mehrheit der Bevölkerung nicht zufrieden mit dem Fahrplan zum Atomausstieg. Während sich die Politik nur noch über die Entwicklung der Strompreise streitet, haben die Menschen nicht vergessen, worum es bei der Energiewende eigentlich geht: Die Gefahren der Atomkraft sind zu groß, um noch jahrelang weiter auf gefährliche Meiler zu setzen,“ so Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt.

Wer bei der Bundestagswahl im Herbst gewählt werden wolle, sollte sich an der Stimmung in der Bevölkerung orientieren. „Die Parteien müssen Vorschläge für einen schnelleren Atomausstieg präsentieren. Dass ein schnellerer Ausstieg machbar ist, zeigt die Tatsache, dass inzwischen reihenweise Gaskraftwerke stillgelegt werden, weil die Überkapazitäten auf dem Strommarkt zu groß sind. Stattdessen könnten weitere Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Die AKW schnell abzuschalten ist im Übrigen die beste Methode, um die Energiewende voranzubringen und so auch künftig bezahlbaren Strom zu sichern“, so Stay weiter.

### **3013 Personen befragt**

Nach dem Atomgesetz sei geplant, sechs von neun Atomkraftwerken in Deutschland noch bis zum Jahr 2022 zu betreiben. In der kommenden Legislaturperiode solle nur ein einziges Atomkraftwerk stillgelegt werden, nämlich Grafenrheinfeld in Bayern Ende 2015. In der darauf folgenden Legislaturperiode folgten zwei AKW, Gundremmingen B Ende 2017 und Philippsburg 2 Ende 2019. Die sechs dann noch verbleibenden Meiler sollen jeweils zur Hälfte am Anfang und am Ende des Jahres 2022 vom Netz gehen.

Für die Umfrage wurden in der zweiten Januarhälfte telefonisch insgesamt 3013 Personen befragt. Die gestellte Frage lautete: „In Deutschland sollen die meisten Atomkraftwerke noch bis zum Jahr 2022 in Betrieb bleiben. Sind Sie dafür, die Atomkraftwerke schneller abzuschalten?“ ->Quelle: [www.ausgestrahlt.de](http://www.ausgestrahlt.de)

## **Bis 2018: Zwei neue AKW bei Kaliningrad**

7. Februar 2013

### **Zwei Atomreaktoren sollen bis 2018 ans Netz gehen – Erdbebengefahr?**



Der Atomreaktor Baltijskaja 1 soll 2017 ans Netz gehen, der Atomreaktor Baltijskaja 2 ein Jahr später. Dies berichtet die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/12178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/12024](#)) zum Bau von Atomkraftwerken in der russischen Exklave Kaliningrad. In der Antwort wird darauf hingewiesen: „Die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie ist das souveräne Recht eines jeden Staates. Jeder Staat ist dabei für die Sicherheit seiner nuklearen Anlagen verantwortlich. Dies gilt auch für die Russische Föderation und das Vorhaben Kernkraftwerk Baltijskaja. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin für höchstmögliche Sicherheitsstandards von Nuklearanlagen weltweit ein. Die Bundesregierung hat wiederholt bekräftigt, dass unabhängig



von der nationalen Energiewende die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich daher fortgesetzt wird.“ Die Bundesregierung habe sich über den Informationsaustausch hinaus „nicht im Detail mit Sicherheitsfragen des Kernkraftwerks Baltijskaja beschäftigt. Während der Treffen

informierte RosAtom ausführlich unter anderem über die Vorgehensweise bei der Standortauswahl insbesondere sowohl hinsichtlich der seismischen Situation als auch über den Umgang mit hochradioaktiven Abfall und abgebrannten Brennelementen.“ Zwar habe man sich nicht im Detail mit Sicherheitsfragen des Kraftwerksprojekts beschäftigt, aber der Bundesregierung seien “keine Sicherheitsmängel bei der Planung des Kernkraftwerks Baltijskaja bekannt.”

Anmerkung von Solarify: 2004 hat es ein Erdbeben im Königsberger Gebiet gegeben. Gennadij Anossow, ein Wissenschaftler der Königsberger Kant-Universität erklärte deshalb, dass der Standort für das AKW denkbar ungünstig sei. Seine Ausführungen schlugen im Internetportal [NewsBalt](#) hohe Wellen. Siehe auch: [“Zwei neue AKW in der russischen Oblast Kaliningrad“](#).

->Quelle: [bundestag.de](#); [anti-atom-aktuell.de](#); [www.ecodefense.ru](#)

# Deutschland braucht keinen ausländischen Atomstrom



5. Februar 2013

## Greenpeace stellt Studie zu Atomstromimporten vor

Nach der Abschaltung von acht Atomkraftwerken im März 2011 sind die Importe von Atomstrom in Deutschland nicht angestiegen. Zu diesem Schluss kommt eine [Studie](#) des [Öko-Instituts](#) im Auftrag von [Greenpeace](#). Die Studie widerlege damit die oft vorgebrachte Behauptung, der Atomausstieg in Deutschland würde durch mehr Atomkraftimporte konterkariert. “Keiner kann mehr mit der falschen Behauptung Stimmung machen, ausländische Atomenergie habe die deutsche ersetzt”, sagte Niklas Schinerl, Energieexperte von Greenpeace.

Die Zahlen belegten: Der Stromaustausch mit Tschechien – einem Land mit erheblichem Atomkraftanteil habe sich kaum verändert. Zwar sei aus Frankreich im Jahr 2011 etwas mehr Strom nach Deutschland geflossen, allerdings in einem Umfang von nur einem Prozent der deutschen Stromerzeugung, und ohne dass die Produktion der französischen Atomkraftwerke angestiegen wäre. Der größte Teil der Importe aus Frankreich sei in Nachbarländer wie die Schweiz weitergeleitet wurde. Schon im Jahr 2012 habe Frankreich weniger Strom nach Deutschland geliefert als vor dem Atomausstieg.

## Deutschland hat Kapazitäten, um Energiebedarf zu decken

Entscheidender Treiber für Importe und Exporte sei der aktuelle Preis an der Strombörse, nicht etwa ein angeblich drohender Versorgungsengpass. “Ausschlaggebend ist die Kostenoptimierung des Kraftwerkeinsatzes am europäischen Strommarkt. Die Kraftwerke mit den niedrigsten Produktionskosten kommen zuerst zum Zuge”, sagte Charlotte Loreck, Autorin der Studie und Energieexpertin am Öko-Institut. “An diesem



Mechanismus hat auch die Stilllegung von acht AKW nichts geändert.”

Deutschland habe die Kapazitäten, den eigenen Energiebedarf zu decken und darüber hinaus Strom ins Ausland zu liefern. Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) habe Deutschland im Jahr 2012 so viel Strom wie nie zuvor exportiert. “Der internationale Handel mit Strom ist in letzter Zeit zu Unrecht in Verruf gekommen. Denn Importe und Exporte sorgen für zusätzliche Flexibilität – ein großer Vorteil beim Ausbau der Erneuerbaren Energien”, sagte Schinerl.

## Deutschland exportiert auch im Sommer Strom

Traditionell habe Deutschland vor dem Atomausstieg im Sommer mehr Strom importiert als exportiert. Doch im Jahr 2012 habe Deutschland – erstmals seit zehn Jahren – auch im Sommer Strom exportiert. Grund dafür sei auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien und insbesondere

der Photovoltaik: Deutschland habe im Sommer 2012 den meisten Strom in den frühen Nachmittagsstunden ins Ausland geliefert.

Ursache des Stromüberschusses seien die deutschen Kohlekraftwerke, die sich eher schwerfällig auf den kurzfristigen Energiebedarf einstellen könnten und aus betriebswirtschaftlichen Gründen weiterlaufen würden. Billige CO<sub>2</sub>-Zertifikate begünstigten den klimaschädlichen Kohlestrom.

“Die EU muss über den EU-Emissionshandel den CO<sub>2</sub>-Preis anheben; die Bundesregierung muss den Kohleausstieg per Gesetz verordnen. Dann werden flexible Gaskraftwerke die Kohleblöcke ersetzen – und Gas bildet die Brücke zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien”, sagte Schinerl.

->Quelle: [www.oeko.de](http://www.oeko.de)

## Bundesregierung will weiter für AKW-Bau im Ausland bürgen

25. Januar 2013

**SPIEGEL ONLINE**

Die Bundesregierung will weiterhin mit deutschen Steuergeldern für den Bau ausländischer Atomkraftwerke bürgen. Das geht aus einem Schreiben an den [Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung](#) hervor, über das [SPIEGEL-Online](#)

berichtet. Das Schreiben aus dem Bundeswirtschaftsministerium soll bald verschickt werden.



Der Parlamentarische Beirat hatte sich Ende 2012 einstimmig dafür ausgesprochen, angesichts des Atomausstiegs keine Hermes-Bürgschaften für AKW im Ausland mehr zu vergeben. Jetzt dagegen heißt es nach Spiegel-

Informationen in dem Brief, den Wirtschaftsminister Rösler verfasst hat, man halte an der bisherigen Förderpraxis fest, weil die Energiewende nur “die nukleare Stromerzeugung im Inland betrifft”. Es liege “in der souveränen Entscheidung anderer Staaten, zur Ausgestaltung ihrer Energiepolitik einen anderen Energiemix zu wählen”. Der Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats, der CDU-Politiker Andreas Jung, bezeichnet es als “groben Widerspruch, bei uns die Energiewende voranzutreiben und im Ausland Kernenergie zu unterstützen”. Das Schreiben, ist auch ein Affront gegen die Regierungsfractionen.

->Quelle und mehr: [www.spiegel.de/](http://www.spiegel.de/)

## Stichwort: Stromkennzeichnungspflicht

23. Januar 2013

Energieversorgungsunternehmen sind verpflichtet, das „Stromkennzeichen“ zu veröffentlichen. Das erfolgt in oder als Anlage zu Rechnungen und in Werbematerialien, wie z.B. in Produktbroschüren.

In Deutschland müssen seit dem 15. Dezember 2005 alle EVUs nach § 42 des [Energiewirtschaftsgesetzes \(EnWG\)](#) Informationen über ihren Strommix offenlegen. Damit wurde die [EU-Richtlinie 2003/54/EG](#) umgesetzt. Die Stromkennzeichnung muss für die Endverbraucher (im Gesetz Letztverbraucher genannt) auf der Jahresstromrechnung und auf allen Werbematerialien angegeben sein. Sie ist spätestens am 1. November eines Jahres auf die Werte des Vorjahres zu aktualisieren. Mit den Informationen, insbesondere über die Umweltauswirkungen, soll dem Stromkunden ermöglicht werden, die „Qualität“ der Stromproduktion zu bewerten. Folgende Daten müssen veröffentlicht werden:

- der Strommix des Unternehmens (Händlermix, auch Lieferantenmix genannt), der alle Kunden des Händlers, die Endverbraucher sind, zusammenfasst. Sofern ein spezielles Produkt mit unterschiedlichem Energieträgermix angeboten wird (Produktmix, z. B. „100 % Wasserkraft“), muss

zusätzlich für dieses Produkt und auch für den verbleibenden Energieträgermix (Residualmix) der Anteil der einzelnen Energieträger angegeben werden.

- Informationen über Umweltauswirkungen pro Kilowattstunde. Kohlendioxid-Emissionen werden anlagenspezifisch ermittelt. Die Menge des radioaktiven Abfalls für Strom aus Kernkraftwerken wird mit dem bundesweit einheitlichen Faktor 0,0027 g/kWh errechnet.
- bundesweite Durchschnittswerte für alle Angaben, damit ein Vergleich möglich ist

Für Strom unbekannter Herkunft, auch Graustrom genannt, gilt laut EnWG §42 Absatz 4: “Bei Strommengen, die nicht eindeutig erzeugungsseitig einem der in Absatz 1 Nummer 1 genannten Energieträger zugeordnet werden können, ist der [ENTSO-E-Energieträgermix](#) für Deutschland unter Abzug der nach Absatz 5 Nummer 1 und 2 auszuweisenden Anteile an Strom aus erneuerbaren Energien zu Grunde zu legen.”

Die Kennzeichnung der Quellen bezieht sich nur auf den Lieferantenmix, nicht jedoch auf die zugewiesene Regelenergie, und Ausgleich der Übertragungsverluste auf die die Anbieter keinen Einfluss haben. Das heißt, selbst wenn ein Kunde 100% Wasserkraft kauft, bezahlt er über die Regelenergie auch Graustrom, also u.U. auch Strom aus Atom- und Kohlekraftwerken. Nicht einmal eine Auszeichnung der Ausgleichsenergie ist gefordert.

Physikalisch bezieht ein Kunde vom Netzbetreiber über das Stromnetz immer Strom aus den nächstgelegenen Kraftwerken. Die Stromkennzeichnung bezieht sich nur auf die vom Kunden bezahlte Einspeisung. Da die Quelle der Erzeugung an der Steckdose nicht mehr erkennbar ist, wurde die Kennzeichnungspflicht eingeführt. Dadurch kann ein Stromkunde bei der Wahl seines Lieferanten leichter Umweltschutzaspekte berücksichtigen.

->Quelle und mehr: [de.wikipedia.org](http://de.wikipedia.org)

Kolumne

## Solide Arbeit statt leerer Panikmache

11. Januar 2013

“Wenn wir die Atomkraftwerke abschalten, müssen wir teuren französischen Atomstrom importieren”, lautet bis heute das gebetsmühlenhaft wiederholte Totschlag-Argument der Energiewende-Gegner. Diese Behauptung erweist sich jetzt als das, was sie ist: leere Panikmache mit eindeutigem Ziel. Nach [BDEW-Schätzungen](#) wurden 2012 sagenhafte 23 Mrd. kWh exportiert, viermal so viel wie 2011. Das [Hamburger Abendblatt](#) beschreibt das so: “Deutschland hätte ein Problem, wenn derzeit auch noch die acht Atomkraftwerke laufen würden, die nach der Katastrophe von Fukushima stillgelegt worden sind. Denn der massive Ausbau von Wind- und Solarenergie macht das Land zum Exportmeister beim Strom.” BDEW-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Müller konstatiert denn auch “einen historischen Höchstwert beim Stromaustausch ins Ausland”. Recht hat sie auch mit der Warnung, es wäre “ein Trugschluss zu glauben, dass wir deshalb unbekümmert in Sachen Versorgungssicherheit sein können”. Vielmehr sollten wir “alle Spielräume innerhalb des EEG nutzen, um die Ausbauziele nach den Kriterien Effizienz und Versorgungssicherheit auszurichten”.

Das gilt vor allem für die Energiewende: Die braucht bessere Koordination und Steuerung als bisher – Klaus Töpfer forderte bereits im Bericht der [Ethik-Kommission](#) einen Energiewende-Beauftragten – bisher erfolglos. Lediglich eine nette [Experten-Kommission](#) durfte mitten im Weihnachts-Einkaufstrubel ein bisschen Kritik üben – das Wirtschaftsministerium dagegen geizte nicht mit Selbstlob. Der BDEW hat gemeinsam mit dem WWF einen Vorschlag zur dauerhaften Sicherstellung aller Akteure am Gelingen der Energiewende gemacht: Der Bundestag solle ein *Nationales Forum Energiewende* einsetzen, dieses könne, so Hildegard Müller, “kurzfristig für Impulse und Stabilisierung sorgen,” und einen “unaufgeregten Interventionsmechanismus für die Umsetzung der Energiewende” organisieren. Die Akademien der Wissenschaften aus Bund und Ländern starten mit

dem BMBF parallel eine Initiative [Energiesysteme der Zukunft](#) zur Erarbeitung eines Energiewende-Fahrplans. Da ist solide Arbeit zu erwarten – nicht durch leere Panikmache. ho

# Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung: Atomkraft? Nein danke!

Rubriken: [News](#) > [Politik](#) | 21. Dezember 2012

## Ganz große Koalition gegen Atom-Export-Garantien

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung fordert die Bundesregierung auf, keine Garantien mehr für Exportkredite für Atomgeschäfte zu gewähren. Der Beschluss wurde von Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen Parteien getragen.



Zwar hat Deutschland im vergangenen Jahr den Atomausstieg beschlossen. Dennoch steht der Bund immer noch mit Garantien, den sogenannten Hermesbürgschaften, unter anderen auch für Atomgeschäfte deutscher Firmen im Ausland gerade. Das soll sich nach dem Willen des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (PBNE) ändern. „Wer in Deutschland die Energiewende beschließt und aus der Kernenergie aussteigt, darf nicht im Ausland den Bau von Kernkraftwerken oder die Produktion nuklearer Brennelemente fördern. Wer A sagt, muss auch B sagen. Alles andere wäre inkonsequent“, sagt der Vorsitzende des Gremiums, der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Jung.

## Beispiel Angra 3, Brasilien

Jung nennt als Beispiel das brasilianische Atomkraftwerk [Angra 3](#). Bereits 1975 geplant, ist der Bau des dritten Reaktorblocks 1986 unterbrochen worden, seit Juni 2010 laufen die Arbeiten für den 1400 Megawatt-Reaktor wieder, die brasilianische Regierung will ihn Ende 2015 am Netz sehen. Zwar genehmigte die Bundesregierung bereits eine Hermesbürgschaft über 1,3 Milliarden Euro für den Bau durch die französische Areva NP, an der bis 2011 zu einem Drittel Siemens beteiligt war. Allerdings steht eine abschließende Zusage des Kredits noch aus, weil ein von Areva in Auftrag gegebenes Gutachten offene Sicherheitsfragen nicht klären konnte. Seit 2009 hat die Bundesregierungen zudem elf Exportgarantien im Nuklearbereich nach China, Frankreich, Südkorea, Litauen, Russland, Rumänien und Slowenien übernommen. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der Partei Die Linke ist von Rohren, Armaturen, Ventilen und Strahlenmessgeräten die Rede, in einer Höhe von 35 Millionen Euro. Geht es nach dem PBNE, sollen solche Geschäfte künftig grundsätzlich nicht mehr abgesichert werden können.

## Nachhaltigkeit soll bei Vergabe von Kreditbürgschaften generell größere Rolle spielen

Der Beirat geht aber noch weiter. Er fordert, dass generell bei der Vergabe von Kreditbürgschaften Nachhaltigkeit eine größere Rolle spielen soll. Dabei sollten „Aspekte der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und des Deutschen Nachhaltigkeitskodex stärker berücksichtigt werden“, schreibt das Gremium. „Der parlamentarische Beirat hat den Beschluss einstimmig gefasst. Das zeigt, dass es unter allen Parteien im Beirat einen Konsens gibt, Hermesbürgschaften nur noch für nachhaltige Investitionen zu vergeben“, sagt der Vorsitzende Jung.

## Richtlinien der OECD weiterzuentwickeln!



Auch bei bisherigen Hermeskrediten gibt es Standards, die überprüft werden. Grundlage sind hierfür seit dem Jahr 2004 [Richtlinien der OECD](#). Der PBNE fordert, diese Kriterien weiterzuentwickeln und vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer mit einzubeziehen. Ein aktueller Fall zeigt, wie lax die Kriterien sind: Im September kam durch eine kleine Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion ans Licht, dass Deutschland unter anderem den Bau von Legehennenbatterien und Geflügelfarmen



in Russland, Weißrussland der Ukraine oder der Türkei mit Exportkreditgarantien absichert. In der Ukraine ging es um zwei Legehennenfabriken für drei und fünf Millionen Tiere. Die OECD-Standards garantieren dabei lediglich, dass ukrainisches Recht eingehalten wird. Auf die Frage, ob die Haltungsformen deutschem oder EU-Recht entspricht, antwortete die Bundesregierung mit einem klaren Nein.

Allgemein sichern Exportkreditgarantien Firmen ab, falls ihre Investitionen im Ausland verloren gehen – etwa wegen Unruhen oder Staatspleiten. Im Jahr 2011 versicherte die Bundesregierung [Geschäfte](#) in Höhe von 29,8 Milliarden Euro. In der Regel ist das ein gutes Geschäft für den Fiskus. Durch Gebühren und Entgelte erzielt er mehr Einnahmen als Kredite ausfallen. Im Jahr 2011 flossen so 519 Millionen Euro in den Bundeshaushalt. Die Entscheidungen über die Kredite fällt ein Ausschuss von Vertretern des Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministeriums sowie des Außenministeriums.

->Quelle: [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de); [www.zeit.de](http://www.zeit.de)

## Altmaiers Bundestagsrede zum Thema Asse

14. Dezember 2012

Rede des Bundesumweltministers, Peter Altmaier, zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung der Schachanlage Asse II vor dem Deutschen Bundestag am 13. Dezember 2012 in Berlin (Solarify dokumentiert):



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich zunächst einmal bei Ihnen, liebe Frau Kotting-Uhl von Bündnis 90/Die Grünen, bei Angelika Brunkhorst von der FDP, bei Ute Vogt von der SPD, bei Maria Flachsbarth von der CDU/CSU, bei Dorothee Menzner von der Linkspartei, aber auch bei meiner Staatssekretärin Ulla Heinen-Esser und bei den Mitgliedern der Asse-Begleitgruppe ganz herzlich dafür bedanken, dass dieser Gesetzentwurf möglich geworden ist.

Er ist in der Sache richtig. Er ist aber auch ein überzeugendes Signal, dass wir imstande sind, über Parteigrenzen hinweg bei wichtigen Fragen gemeinsam zu handeln. Wir wissen, dass in den letzten Jahren viel Vertrauen in die Asse verloren gegangen ist. Wir wollen dieses Vertrauen gemeinsam wiedergewinnen. Dieser Gesetzentwurf ist wichtig, weil er nicht nur Vertrauen und Sicherheit schafft, indem er der Rückholung den Vorzug gibt, die Rückholung beschleunigt und dabei keinerlei Abstriche am Strahlenschutz der Bevölkerung und der Beschäftigten zulässt.

Er ist auch deshalb wichtig, weil wir alle wissen, dass die Probleme in der Asse unter Tage groß sind, dass es Stabilitätsprobleme des alten Grubengebäudes gibt, dass wir dringend einen neuen Schacht brauchen, weil wir heute nur eingeschränkte Betriebsmöglichkeiten unter Tage haben, und dass wir der Gefahr eines unbeherrschbaren Laugenzutritts begegnen müssen. Deshalb müssen wir die Arbeiten beschleunigen.

Der Gesetzentwurf soll hierfür eine Grundlage bilden. Er stellt klar, dass die Rückholung der radioaktiven Abfälle Priorität hat. Er stellt fest, dass die Rückholung nur noch in gesetzlich festgeschriebenen Fällen abgebrochen werden kann. Der Gesetzentwurf enthält eine Regelung für den Fall der Pflichtenkollision, und er stellt auch klar, dass es für die Rückholung keiner atomrechtlichen Planfeststellung nach Paragraph 9 b Atomgesetz bedarf.

Er regelt es so, dass wir keinerlei Beschneidung von Beteiligungs- und Mitspracherechten haben, und er regelt den Umgang mit radioaktiven Stoffen unter Tage in einer Art und Weise, die die Arbeiten zu beschleunigen hilft. Wir schaffen damit die Voraussetzung, einer Lösung einen Schritt näher zu kommen. Die Lösung selbst wird viele Jahre brauchen, bis sie gefunden ist. Deshalb brauchen wir einen langen Atem.

Ich will für die Bundesregierung die Bereitschaft unterstreichen, dass wir auch künftig die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um diese Rückholung durchzuführen. Wir haben den Mittelansatz im Haushalt um 20 Millionen Euro erhöht. Wir haben dem Bundesamt für Strahlenschutz im Haushalt neue Stellen bewilligt. Ich habe vor wenigen Tagen eine Vorlage abgezeichnet, die im Wege eines Ausführungserlasses des BMU eine freihändige Vergabe bis zu einer Größenordnung von 100.000 Euro ermöglicht. All das soll dazu beitragen, dass wir dort vorankommen.

Wir wollen Lösungen, die den Belangen der Betroffenen vor Ort gerecht werden und die transparent sind.

Nach meiner Ernennung zum Bundesumweltminister habe ich sehr schnell einen Besuch der Schachanlage Asse II in Begleitung von Vertretern aller Fraktionen durchgeführt, weil es mir wichtig war, dort deutlich zu machen: Die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Schachanlage Asse II ist kein regionales Thema, sondern liegt in der Verantwortlichkeit des ganzen Landes und der Politik insgesamt. Ich habe bei diesem Besuch gesagt, dass ich bereit bin, von meinem Haus aus die Erarbeitung eines solchen Gesetzentwurfs zu unterstützen, wenn wir ihn im Konsens erarbeiten und gemeinsam tragen. Genau das ist geschehen. Dafür ist allen Fraktionen zu danken, die daran mitgewirkt haben.

Dieser Gesetzentwurf ist wichtig, weil er nicht nur Vertrauen und Sicherheit schafft, indem er der Rückholung den Vorzug gibt, die Rückholung beschleunigt und dabei keinerlei Abstriche am Strahlenschutz der Bevölkerung und der Beschäftigten zulässt.

Er ist auch deshalb wichtig, weil wir alle wissen, dass die Probleme in der Asse unter Tage groß sind, dass es Stabilitätsprobleme des alten Grubengebäudes gibt, dass wir dringend einen neuen Schacht brauchen, weil wir heute nur eingeschränkte Betriebsmöglichkeiten unter Tage haben, und dass wir der Gefahr eines unbeherrschbaren Laugenzutritts begegnen müssen. Deshalb müssen wir die Arbeiten beschleunigen.

Der Gesetzentwurf soll hierfür eine Grundlage bilden. Er stellt klar, dass die Rückholung der radioaktiven Abfälle Priorität hat. Er stellt fest, dass die Rückholung nur noch in gesetzlich festgeschriebenen Fällen abgebrochen werden kann. Der Gesetzentwurf enthält eine Regelung für den Fall der Pflichtenkollision, und er stellt auch klar, dass es für die Rückholung keiner atomrechtlichen Planfeststellung nach Paragraph 9 b Atomgesetz bedarf.

Er regelt es so, dass wir keinerlei Beschneidung von Beteiligungs- und Mitspracherechten haben, und er regelt den Umgang mit radioaktiven Stoffen unter Tage in einer Art und Weise, die die Arbeiten zu beschleunigen hilft. Wir schaffen damit die Voraussetzung, einer Lösung einen Schritt näher zu kommen. Die Lösung selbst wird viele Jahre brauchen, bis sie gefunden ist. Deshalb brauchen wir einen langen Atem.

Ich will für die Bundesregierung die Bereitschaft unterstreichen, dass wir auch künftig die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um diese Rückholung durchzuführen. Wir haben den Mittelansatz im Haushalt um 20 Millionen Euro erhöht. Wir haben dem Bundesamt für Strahlenschutz im Haushalt neue Stellen bewilligt. Ich habe vor wenigen Tagen eine Vorlage abgezeichnet, die im Wege eines Ausführungserlasses des BMU eine freihändige Vergabe bis zu einer Größenordnung von 100.000 Euro ermöglicht. All das soll dazu beitragen, dass wir dort vorankommen.

Ich habe vor 14 Tagen meinen zweiten Besuch bei den Beteiligten der Asse-Begleit-gruppe durchgeführt. Ich werde mich im Frühjahr – hoffentlich wiederum gemeinsam mit Vertretern aller Fraktionen – einer Bürgerversammlung stellen, um dort auch in der Bevölkerung insgesamt dafür zu werben, dass wir dieses Problem gemeinsam klären.

Die Asse ist eine klaffende Wunde in der Natur. Sie zeigt, dass wir, als diese Entscheidungen seinerzeit getroffen worden sind, weder ihre Tragweite noch ihre Implikationen ausreichend bedacht haben. Weil dafür auch diejenigen, die damals noch keine Verantwortung getragen haben

– das sind alle im Raum, soweit ich das überschauen kann –, trotzdem heute verantwortlich sind, ist es so wichtig, dass wir gemeinsam agieren, um diese Wunde zu schließen.

Schließlich und letztens: Die Gemeinsamkeit in der Frage der Asse reiht sich ein in eine Gemeinsamkeit, in der wir seit Fukushima und dem Sommer letzten Jahres eines der größten Streitthemen der deutschen Politik der letzten 30 Jahre einvernehmlich klären. Wir haben gemeinsam den Atomausstieg und die Energiewende beschlossen. Wir haben heute einen gemeinsamen Konsens im Hinblick auf die Rückholung der Abfälle aus der Asse, und ich bin zuversichtlich, dass wir es mit gutem Willen der Beteiligten auch schaffen können, noch vor der Bundestagswahl einen gemeinsamen Konsens im Hinblick auf die Endlagersuche zustande zu bringen. Es wäre ein starkes Signal, dass wir unsere Lektion gelernt haben und dass wir bereit sind, die Vergangenheit gemeinsam so aufzuarbeiten, dass dies angemessen ist und den Menschen im Lande dient.“

->Quelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Energieforschung am Atomausstieg ausrichten

9. Dezember 2012

### Mittel für Energieforschung nach Atomausstiegsbeschluss in Erneuerbare umwidmen



Die Energieforschung soll konsequent am Atomausstiegsbeschluss des Deutschen Bundestages ausgerichtet werden. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag ([17/11688](#)). Deshalb soll die Bundesregierung die noch nicht ausgegebenen Mittel des 6. Energieforschungsprogramms, die in die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation fließen, in die Bereiche erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Infrastruktur und gesellschaftliche Begleitforschung umwidmen.

Künftige Energieforschungsprogramme soll die Bundesregierung zudem so ausrichten, dass öffentliche Mittel nicht mehr für Atomforschung vorgesehen werden, sondern stattdessen zum Gelingen der Energiewende eingesetzt werden, fordern die Abgeordneten weiter. Außerdem soll sie unter anderem die deutsche Beteiligung an dem Projekt ITER aufkündigen und sich auf europäischer Ebene für eine Revision von Euratom in Bezug auf die Sonderstellung der Atomkraft einsetzen.

Eine Neuausrichtung der Energieforschung konsequent am Atomausstiegsbeschluss steht noch aus, schreibt die Fraktion zur Begründung. So würden derzeit immer noch große Summen öffentlicher Forschungsgelder in die Atomforschung fließen. So investiere die Bundesregierung unverändert mindestens ein Drittel des 2,7 Milliarden Euro umfassenden Gesamtetats des 6. Energieforschungsprogramms in die Atomforschung.

->Quelle: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

## Asse soll “schnell und sicher stillgelegt werden”

7. Dezember 2012

### Rückholung als beste Lösung



“Alle Beteiligten sind sich einig: die Schachanlage Asse II muss schnell und sicher still gelegt werden”, so eine Mitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Die radioaktiven Abfälle sollen zurückgeholt werden. Die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffe nun ein Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett verabschiedet hat. Mit dem Gesetz sei es gelungen,

eine Regelung zu finden, die von allen Fraktionen im Bundestag mitgetragen werde. Auch die

Anwohner des Salzstocks seien einverstanden. Damit gebe es einen übergreifenden Konsens für dieses Vorhaben. "Die Sanierung des Bergwerks ist eine der wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben in Deutschland." Das betonte Bundesumweltminister Peter Altmaier bereits während eines Besuchs der Asse-Schachtanlage in diesem Sommer.

Dass die Schachtanlage Asse II stillgelegt wird, ist bereits gesetzlich geregelt. Jetzt gehe es darum, die Rückholung der radioaktiven Abfälle als beste Lösung für die sichere Stilllegung festzuschreiben. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hatte 2010 in einem so genannten Optionenvergleich drei verschiedene Möglichkeiten geprüft, wie sich die Asse sicher stilllegen lässt:

1. Die Rückholung: Die radioaktiven Abfälle werden aus der Asse II rückgeholt.
2. Die Umlagerung: Die radioaktiven Abfälle werden im Bergwerk umgelagert. Dafür werden tiefer im Berg neue Hohlräume geschaffen.
3. Die Vollverfüllung: Die radioaktiven Abfälle bleiben am derzeitigen Ort. Alle noch zugänglichen Hohlräume und Strecken sowie die Einlagerungskammern werden mit Beton verfüllt.

Das Ergebnis des Vergleichs: Die vollständige Rückholung der eingelagerten radioaktiven Abfälle aus der Schachtanlage Asse sei nach jetzigem Kenntnisstand die beste Variante. Deshalb werde dieser Weg nun im Gesetzesentwurf festgeschrieben.

### Eile geboten

Die gewonnenen Erkenntnisse zum Zustand im Schacht, machten es notwendig, die Arbeiten zu beschleunigen. Eile sei geboten – denn es gehe darum, Mensch und Umwelt zu schützen. Der vorliegende Gesetzentwurf enthalte deshalb Verfahrens- und Vollzugserleichterungen, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein beschleunigtes Vorgehen zur Rückholung und Stilllegung schaffen würden. Neben Vereinfachungen im Genehmigungsverfahren werde es möglich sein, Aufträge schneller zu erteilen. Unverändert bliebe das BfS für die Stilllegung zuständig.

In der Schachtanlage Asse II wurden von 1967 bis 1978 radioaktive Abfälle eingelagert. Mit dem Zehnten Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 24. März 2009 wurde die Schachtanlage Asse II den atomrechtlichen Vorschriften für Anlagen des Bundes zur Endlagerung radioaktiver Abfälle unterstellt. Zudem wurde die Zuständigkeit des BfS begründet. Nach § 57b ist die Schachtanlage unverzüglich stillzulegen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird § 57b neu gefasst. Dies schaffe die rechtlichen Rahmenbedingungen für ein beschleunigtes Vorgehen. Alle Beteiligten seien sich einig: die Schachtanlage Asse II muss schnell und sicher still gelegt werden. Die radioaktiven Abfälle sollen zurückgeholt werden. -> Quelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

## Lichtblick in Gorleben?

1. Dezember 2012

### Reaktionen auf Erkundungsstopp

Am 29.11.2012 verkündete Bundesumweltminister Peter Altmaier, dass die Erkundungen im



Salzstock Gorleben bis zur Bundestagswahl nicht wieder aufgenommen werden. Viel Begeisterung konnte Altmaier für diese Entscheidung bisher nicht auslösen – teilweise erntete er auch harsche Kritik.

Für Peter Ward, Vorsitzender des Betriebsrats der Mitarbeiter im Erkundungsbergwerk, ist am wichtigsten, dass 43 Mitarbeiter mit der Erklärung Altmaiers noch vor Weihnachten das Signal bekommen haben, dass sie weiter angestellt bleiben werden – wenn auch nicht unbedingt in Gorleben.

wendland-net **nachrichten**  
aus der region

### **Eckhard Pols (CDU): Schnell klärende Gespräche führen**

Für den Lüneburger CDU-Bundestagsabgeordneten Eckhard Pols ist ebenfalls wichtig, dass durch die Entscheidung Altmaiers die Mitarbeiter in Gorleben ihren Arbeitsplatz behalten können und nicht in die Arbeitslosigkeit fallen. „Bis Anfang Februar wird Bundesminister Altmaier klärende Gespräche vor Ort führen. In den kommenden Tagen wird er Termine dazu machen“, kündigte Pols am Freitag an. In Berlin hatte der Bundesumweltminister am Vormittag erklärt, dass erste klärende Gespräche allerdings auch in Berlin stattfinden könnten.“

### **McAllister: Erkundungsstopp erhöht Chance auf parteienübergreifenden Konsens**

Der niedersächsische Ministerpräsident hatte bereits vor einigen Tagen seine Präferenz für ein Rückholungskonzept zur Endlagerung radioaktiven Abfalls bekundet. Ihm kommt die Entscheidung Altmaiers also recht gelegen. „Ich begrüße diese mit mir abgestimmte Entscheidung ausdrücklich. Sie erhöht die Chance auf einen parteiübergreifenden Konsens, der in dieser Frage unbedingt notwendig ist“, erklärte McAllister. „Die Endlagersuche muss mit einem geplanten Verfahrensrahmengesetz auf eine demokratisch legitimierte und transparente Basis gestellt werden.“

### **Landtagsgrüne: Luftnummer und Placebo-Veranstaltung**

Nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsgrünen Stefan Wenzel ist der Baustopp für Gorleben „von den Klägern gegen das geplante Atommülllager erkämpft“ worden. Gleichwohl bestehe kein Anlass zum Jubel, weil sich Altmaier mit seinem reduzierten Betriebsplan alle Optionen offen halten wolle. Wenzel kritisierte, dass der Bundesumweltminister seine Planungen für ein Endlagersuchgesetz offenbar an den Wahlen ausrichte.

Die Lüneburger Landtagsabgeordnete der Grünen, Miriam Staudte, bezeichnet den von Bundesumweltminister Peter Altmaier verkündeten Erkundungsstopp im Salzstock Gorleben als „Luftnummer“: „Den bereits bestehenden Erkundungsstopp jetzt als progressiven Vorstoß zu verkaufen, ist lächerlich. Die Tatsache, dass Altmaier in Gorleben eine Fortsetzung der Erkundungen nach der Bundestagswahl überhaupt erwägt, ist ein Beleg für eine weitere Sonderbehandlung Gorlebens.“

### **Bürgerinitiative: Altmaier initiativ- und ideenlos**

„Der Bundesumweltminister könnte das Gorleben-Projekt als Herr des Verfahrens stoppen, um den Weg frei zu machen für eine Neubewertung der Risiken, die mit der Atommülllagerung verbunden sind. Es ist nun an der Zivilgesellschaft, den Umweltverbänden und Anti-AKW-Initiativen, die überfällige Debatte zu starten“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Die Parteien sitzen das Thema von Wahl- zu Wahltermin konsensual aus, das zeigt, dass sie die falschen Akteure sind“, so Ehmke. „Die Hängepartie um Gorleben muss beendet werden, doch Altmaier tritt auf der Stelle“, kritisiert Ehmke.

->Quelle und mehr: [www.wendland-net.de](http://www.wendland-net.de); Foto © ho

## **Neue Regeln für AKW**

23. November 2012

### **Bund und Länder einigen sich auf neue Regeln für den sicheren Betrieb der Kernkraftwerke**

Das Bundesumweltministerium und die Länder haben neue Sicherheitsanforderungen für den Betrieb der Kernkraftwerke beschlossen.

Dieses kerntechnische Regelwerk beinhaltet grundlegende Regeln und übergeordnete sicherheitstechnische Anforderungen. Das neue kerntechnische Regelwerk wird ab sofort von den zuständigen Aufsichtsbehörden angewendet und im Vollzug der Aufsicht und bei



anstehenden Verfahren zugrunde gelegt.

Bundesumweltminister Peter Altmaier: „Bund und Länder haben nach jahrelanger, intensiver Arbeit eine gemeinsame, zeitgemäße Grundlage für die Arbeit der Sicherheitsbehörden geschaffen. Diese neuen Regeln beinhalten die heutigen sicherheitstechnischen Anforderungen für die Kernkraftwerke. Der sichere Betrieb der Kernkraftwerke muss bis zum Ende der Laufzeiten gewährleistet bleiben.“

Das überarbeitete untergesetzliche kerntechnische Regelwerk ist Grundlage für zukünftige Verwaltungsverfahren der atomrechtlichen Behörden. Das beinhaltet Verfahren zu wesentlichen Änderungen in den Anlagen sowie die Aufsicht über die bestehenden Kernkraftwerke. Da alle Kernkraftwerke über eine bestandskräftige Genehmigung verfügen, ist das überarbeitete kerntechnische Regelwerk im Rahmen der genannten, gesetzlich vorgesehenen Verfahren heranzuziehen, es löst aber kein neues Genehmigungsverfahren aus. Ob und in welchem Umfang Änderungen bzw. Nachrüstungen in den Kernkraftwerken erforderlich sind, ist von den Landesbehörden im Rahmen zukünftiger Verwaltungsverfahren anlagenspezifisch zu entscheiden.

Das zuständige Bund/Länder-Gremium, der Länderausschuss für Atomkernenergie, hat die neuen „Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke“ am 20.11.2012 einstimmig gebilligt. Die Sicherheitsanforderungen enthalten grundsätzliche und übergeordnete sicherheitstechnische Anforderungen im Rahmen des untergesetzlichen Regelwerks. Sie dienen der Konkretisierung der nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Vorsorge gegen Schäden durch den Betrieb der Anlagen nach § 7 Absatz 2 Nr. 3 des Atomgesetzes (AtG) sowie von Anforderungen nach § 7d AtG. Die neuen kerntechnischen Regeln sind bei Änderungsgenehmigungen sowie bei sicherheitstechnischen Bewertungen durch die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden heranzuziehen. Die Veröffentlichung ist jedoch kein Anlass für eine gesonderte Sicherheitsüberprüfung. Die in der jeweiligen Genehmigung getroffenen Festlegungen haben Bestand, soweit diese Festlegungen nicht durch neuere Erkenntnisse in Frage gestellt und somit neu bewertet werden müssen.

Die Modernisierung des kerntechnischen Regelwerks wurde seit 2003 verfolgt. In dem neuen Regelwerk werden die internationalen Fortschritte und Ergänzungen abgebildet. Sie sind in das Sicherheitskonzept eingeflossen. Unabhängig davon waren und sind nach dem Atomgesetz die zuständigen atomrechtlichen Behörden von Bund und Ländern verpflichtet, bei ihrem Verwaltungshandeln die Erkenntnisse nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen.

->Quelle: [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

## Atomkraftwerk Brunsbüttel wird abgerissen

4. November 2012

### Energiewendeminister begrüßt Stilllegungsantrag

Schleswig-Holsteins Energiewende-Minister Robert Habeck hat am 01.11.2012 den Antrag Vattenfalls auf Stilllegung und Abbau des Atomkraftwerks Brunsbüttel begrüßt. „Mit dem Stilllegungsantrag wird endlich der Weg zum Rückbau von Schleswig-Holsteins ältestem Atomkraftwerk in die Wege geleitet. Damit kann der in einem breiten Konsens beschlossene Atomausstieg weiter umgesetzt werden. Das ist ein wichtiger Schritt, auf den wir lange gewartet haben, und es ist gut, dass der Kernkraftwerksbetreiber Vattenfall ihn nun gegangen ist. Es ist aber nur ein halber Schritt: Auch für das AKW Krümmel muss zügig ein entsprechender Antrag von Vattenfall kommen“, betonte der für die Atomaufsicht zuständige Minister.



### **So grün wie im Vordergrund soll es bald hier vollständig werden – AKW Brunsbüttel**

Foto © Vattenfall

Der Minister begrüßte besonders den von Vattenfall abgeschätzten Zeitbedarf bis zur Herstellung der so genannten "grünen Wiese". "Die von Vattenfall angepeilten 10 bis 15 Jahre von der Genehmigungserteilung an sind ehrgeizig, aber durch behördliche Verfahren wird es hier jedenfalls keine Verzögerungen geben", so Habeck. Positiv bewertete er auch,

dass Vattenfall den Rückbau des Atomkraftwerks und nicht den sicheren Einschluss plant. "Der Rückbau zur ‚grünen Wiese‘ ist der richtige Weg."

Hintergrund: Die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel haben im vergangenen Jahr ihre Berechtigung zum Leistungsbetrieb verloren und dürfen seitdem keinen Strom mehr produzieren. Sie befinden sich im Nachbetrieb. Genau wie der Betrieb bedürfen auch Stilllegung und Abbau von Atomkraftwerken einer Genehmigung durch die Reaktorsicherheitsbehörde. Vattenfall muss nach Einreichung des 7-seitigen Antragsschreibens nun umfangreiche Unterlagen einreichen, die Zug um Zug unter Beteiligung von Sachverständigen von der Reaktorsicherheitsbehörde geprüft werden.

->Quelle: [www.schleswig-holstein.de](http://www.schleswig-holstein.de)

## **Energiedaten September 2012**

9. Oktober 2012



Energie. Wasser. Leben.

### **BDEW: Im September 2012 mehr Atom- und Fossilstrom als 2011 – Energiewirtschaftliches Datenblatt**

Die Stromerzeugung aus Kernenergie und konventionellen Kraftwerken lag im September 2012 über dem, die aus Wind im gesamten ersten Dreivierteljahr sowie im September 2012 in etwa auf Vorjahresniveau. Photovoltaik dagegen lag im ersten Dreivierteljahr um 49 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, im September 2012 um 42 % höher als im Vorjahresmonat.

#### **Deutliche Ausfuhrüberschüsse**

Deutschland verzeichnet weiterhin deutliche Ausfuhrüberschüsse beim Stromaustausch mit dem Ausland, vor allem die Stromflüsse in die Niederlande sind weiterhin auf ungewöhnlich hohem Niveau. Der Stromverbrauch lag im Juli 2012 mit -0,6 % nur knapp unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Großhandelspreise für Strom am Terminmarkt sind weiterhin auf niedrigem Niveau, bei den Spotmarktpreisen ist seit Mai 2012 ein Aufwärtstrend erkennbar. Die CO<sub>2</sub>-Preise verharren weiter auf niedrigem Niveau, der schwache Aufwärtstrend seit Mai 2012 hat sich aber auch im September 2012 weiter fortgesetzt.

->Quelle: [Energiewirtschaftliches Datenblatt BDEW September 2012](#)

## **25 Mrd. nötig für Mängel an EU-AKW**

1. Oktober 2012



### **Europäischer AKW-Stresstest belegt: Betreiber nehmen Sicherheit nicht ernst**

Der sogenannte *Stresstest* der europäischen Atomkraftwerke, die Überprüfung durch die EU-Kommission, hat angeblich schwere Mängel und 25 Milliarden Euro

nötige Nachrüstungsinvestitionen ergeben. “Hunderte technische Verbesserungsmaßnahmen” seien heraus gekommen, so *Die Welt* unter Berufung auf EU-Energiekommissar Günther Oettingers Abschlussbericht. “Praktisch alle Anlagen”, also auch die deutschen, bräuchten verbesserte Sicherheitsvorkehrungen, so der Bericht. Die selbst installierten Erdbeben-Warnsysteme deutscher Atommeiler, aber vor allem die französischen Anlagen stoßen in dem Bericht auf Kritik. 14 EU-Länder verfügen über Atomkraftwerke – im Ganzen 68 Meiler mit 134 Reaktoren.

**SPD: AKW-Betreiber vernachlässigen Sicherheit**



Der atompolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Marco Bülow nennt den europäischen Stresstest “sehr bedenklich, weil er primär auf Betreiberangaben beruht und eine Reihe von wichtigen Sicherheitsfragen, wie den Schutz gegen Terrorangriffe, überhaupt nicht ausreichend beachtet wurden.” Wenn der Test viele Lücken aufweise und trotzdem zu dem Ergebnis komme, dass gravierende Sicherheitsdefizite vorlägen, dann sei es um die Sicherheit der Menschen in Europa schlecht bestellt.

Besonders bedenklich stimmt laut Bülow, dass “jeder Betreiber zwar selbstverständlich behauptet, seine AKW seien absolut sicher, aber bestimmte dringende Sicherheitsmaßnahmen, selbst Jahrzehnte nach erfolgter Vereinbarung, noch immer nicht umgesetzt worden sind. Ausgerechnet in unserem Nachbarland Frankreich, dem Land mit den meisten AKW in Europa, ist die Mängelliste lang. Die Betreiber nehmen das Thema Sicherheit offensichtlich nicht ernst genug. Von daher wird es Zeit, endlich genauer hinzusehen und klarere Regeln aufzustellen.”

->Quellen: [Die Welt](#); [SPD-Bundestagsfraktion](#)

## Atom: Japan steigt aus

16. September 2012



**Irgendwann zwischen 2030 und 2040 sollen die 52 Atomkraftwerke vom Netz**

Wie japanische Medien berichteten, hat eine Kabinettsrunde beschlossen, in den “2030er Jahren” aus der Atomenergie auszusteigen. Japan folgt damit dem Beispiel Deutschlands – die Bundesregierung hat sofort nach Fukushima den Entschluss zur Energiewende gefasst. Auch die Schweiz will aus der Atomenergie aussteigen.



Frankreichs Präsident Hollande hat die Schließung des ersten französischen Atomkraftwerks Fessenheim angekündigt. Der Meiler in einem Erdbebengebiet nahe an der deutschen Grenze soll 2016 endgültig vom Netz gehen. Die beiden ältesten französischen Reaktorblöcke sind 1977 und 1978 in Betrieb gegangen und liegen 30 Kilometer von Freiburg entfernt.

**AKW Fessenheim** – Foto [Wikipedia](#)

Auch nach der Atomkatastrophe von Fukushima hielten die Verantwortlichen in Japan noch eineinhalb Jahre an der Kernkraft fest. Nach anhaltenden Protesten der Bevölkerung vollzog die Regierung nun eine Kehrtwende um 180 Grad.

**Mehrheit gegen Atomkraft**

Doch das Unglück und die Reaktion der Verantwortlichen hat das jahrzehntelange Vertrauen der Japaner in die Sicherheit der Atomenergie schwer erschüttert. Dazu kamen aufgedeckte





Versuche der Behörden, die gesundheitlichen Folgen herunter zu spielen. Die Mehrheit der Japaner spricht sich in Umfragen inzwischen für den Ausstieg aus. Der jüngste Beschluss der japanischen Regierung ist Beobachtern zufolge vor allem der Angst vor den nächsten Wahlen 2013 geschuldet. Daran hatten auch die Warnungen führender Vertreter der Wirtschaft nichts geändert, Strommangel und steigende Energiepreise könnten zu einer beschleunigten Abwanderung der Produktion aus Japan führen. Japan ist nach den USA und China der weltweit drittgrößte Stromverbraucher. Das an Bodenschätzen arme Land importiert 96 Prozent des Energiebedarfs.

### **Nur zwei von 54 AKW laufen**

Nach Fukushima wurden zeitweise alle Reaktoren im Lande zu Wartungsarbeiten abgeschaltet. Ohne Stromausfall. Inzwischen wurden nur zwei der insgesamt 54 AKW wieder hochgefahren. Der Atomausstieg hat in Japan größere Dimensionen als in Deutschland, denn fast ein Drittel des Stromes kam aus Kernkraftwerken. Noch vor wenigen Jahren hatte Japans Regierung angekündigt, man wolle 20 neue Atomkraftwerke bauen, um den Anteil bis 2030 auf mehr als 50 Prozent anzuheben.

->Quellen: [www.sonnenseite.com](http://www.sonnenseite.com); [www.dw.de](http://www.dw.de); Fotos: Wikipedia/[wiki/Benutzer: Florival\\_fr](http://wiki/Benutzer:Florival_fr)

## **Verbraucher zahlen versteckte Umlage für Kohle- und Atomstrom**

28. August 2012

### **Greenpeace Energy und Bundesverband WindEnergie legen Studie vor: Konventionelle Energien teurer als Wind und Wasser**

Konventionelle Energien wie Kohle und Atom verursachen deutlich mehr Kosten, als auf der Stromrechnung ausgewiesen werden. Verbraucher zahlen diese versteckten Zusatzkosten unter anderem über Steuern und Abgaben. Aufsummiert und auf die Verbraucher umgelegt, betrüge diese Konventionelle-Energien-Umlage 2012 bei 10,2 Cent pro Kilowattstunde und wäre damit fast dreimal so hoch wie die derzeitige EEG-Umlage.



Das ist das Ergebnis der Studie „Was Strom wirklich kostet“, die das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag der Energiegenossenschaft Greenpeace Energy und des Bundesverbands WindEnergie (BWE) erstellt hat.

„Immer wieder müssen die erneuerbaren Energien als Preistreiber erhalten. Dabei sind sie schon heute günstiger als Kohle und Atom. In der Debatte über die Kosten der Energiewende muss diese Tatsache endlich zur Kenntnis genommen werden“,

sagt Marcel Keiffenheim, Leiter Energiepolitik bei Greenpeace Energy.

Wie die Studie von Greenpeace Energy und dem Bundesverband WindEnergie zeigt, profitieren gerade die konventionellen Energien von umfangreichen staatlichen Förderungen. Während Steinkohle-Verstromung zwischen 1970 und 2012 insgesamt 177 Milliarden Euro an Förderungen, Braunkohle 65 Milliarden und die Atomstromproduktion sogar 187 Milliarden Euro erhielt, kommen die erneuerbaren Energien bis heute gerade einmal auf 54 Milliarden Euro.

„Die Studie liefert einen wichtigen Beitrag dazu, die gegenwärtige Kostendebatte um die erneuerbaren Energien wieder zu versachlichen. Das Image der konventionellen Energien als kostengünstig dürfte damit ad absurdum geführt werden. Dazu kommt: Die Investitionen in erneuerbare Energien sind Investitionen in Deutschlands Zukunft, die sich mittel- und langfristig auszahlen. An Tankstellen erleben wir ja täglich, was es bedeutet, von fossilen Energieimporten abhängig zu sein“, so BWE-Präsident Hermann Albers.

Neben Stromkosten und staatlichen Förderungen summiert die FÖS-Studie auch die externen Kosten der einzelnen Energieträger wie Klimaschäden oder Folgekosten eines nuklearen Unfalls auf. Diese Zusammenstellung ermöglicht einen transparenten Vergleich der verschiedenen

Energieträger. Demnach liegt der Preis für eine Kilowattstunde Windstrom 2012 bei 8,1 Cent und für Wasserkraft bei 7,6 Cent. Steinkohle kostet unter Einbeziehung aller Kosten 14,8 Cent pro Kilowattstunde und Atomkraft mindestens 16,4 Cent. „Im Gegensatz zu den erneuerbaren Energien werden wir die Folgekosten von Kohle- und Atomstrom auch noch Jahre nach dem Abschalten der Kraftwerke bezahlen müssen“, sagt Swantje Küchler, Hauptautorin der Studie und Wissenschaftlerin beim FÖS

Das [Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft](#) (FÖS) mit Sitz in Berlin ist ein gemeinnütziges Forschungsinstitut. Die Energiegenossenschaft Greenpeace Energy versorgt deutschlandweit mehr als 110.000 Kunden mit Ökostrom sowie dem neuen Gasprodukt *proWindgas* und baut saubere Kraftwerke. Der BWE ist mit rund 20.000 Mitgliedern einer der weltweit größten Verbände im Bereich der erneuerbaren Energien.

->Quellen: [Studie: Was Strom wirklich kostet – Factsheet: Was Strom wirklich kostet](#);  
Kurzfassungen: [greenpeace-energy.de](#) und [wind-energie.de](#)

## 6. August: Hiroshima- und Nagasaki-Tag 2012

1. August 2012

### Erklärungen von Friedenskooperative und IPPNW

67 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki lagern noch immer über



20.000 Atomsprengköpfe auf unserem Planeten mit einer Zerstörungsgewalt, die 900.000 Mal so groß ist wie die Hiroshima-Bombe. US-Präsident Obamas Reden von Prag und Kairo haben uns dem Ziel atomarer Abrüstung leider nur atmosphärisch und psychologisch näher gebracht.

Statt mehr als 20 Jahre nach Ende des Ost- West Konfliktes dieses Teufelszeug endlich zu beseitigen, wird bei allen offiziellen Atomwaffenstaaten und bei den „Nachzüglern“ Israel, Indien, Pakistan und Nord-Korea modernisiert; neue bessere, genauere Sprengköpfe, neue Trägersysteme, Flugzeuge, U-Boote. Die Proliferationsgefahr steigt. Weitere Regionalmächte können bald „die Bombe“ anstreben und ein neues nukleares Wettrüsten anheizen.

Entgegen vergangener Ankündigungen aus der Bundesregierung sollen auch die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen in Büchel/Eifel nicht abgezogen, sondern ab 2017 durch modernere ersetzt werden – die NATO-Atomwaffenstrategie will es so.

->Quelle: [www.friedenskooperative.de](#)

### IPPNW: Von Hiroshima bis Fukushima – Gesundheitliche Folgen ionisierender Strahlung – Kongress In Japan



Zum 20.  
IPPNW-

Weltkongress vom 24.-26. August 2012 in Hiroshima werden zwölf IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte aus Deutschland nach Japan reisen und sich dort auch über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung in der Präfektur Fukushima informieren. Der Kongress widmet sich unter anderem dem

Gedenken an die katastrophalen Auswirkungen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945. So wird Prof. Dr. Masao Tomonaga, Direktor des Nagasaki Atomic Bomb Hospital und Atombombenüberlebender, über seine Forschungen zu den gesundheitlichen Folgen der Atombombenabwürfe referieren.

Doch auch Vorträge zur zivilen Nutzung der Atomenergie, die in Japan zunehmend kontrovers diskutiert wird, stehen auf dem Programm. Neben den letzten Hiroshima- und Nagasaki-Zeitzeugen (Hibakusha) kommen Mediziner zu Wort, die über ihre Erkenntnisse zu den gesundheitlichen Folgen der Fukushima-Katastrophe informieren.

Bis heute gibt es noch keine epidemiologische Studie über die Gesundheitskonsequenzen des Supergaus in Nordost-Japan. Die Studie der WHO zum Ausmaß der Strahlenexposition vom Mai diesen Jahres blieb hinter den Erwartungen der Wissenschaft zurück: Nach Ansicht der deutschen IPPNW-Sektion ist die Auswahl der Lebensmittelproben im Bericht fragwürdig, da sich die zitierten Strahlenwerte signifikant von denen des japanischen Wissenschaftsministeriums unterscheiden. Dies führe zu einer selektiven Unterschätzung der inneren Strahlenexposition. Auch die Schätzungen der Strahlenemissionen aus dem havarierten Kraftwerk lägen deutlich unterhalb der Werte, die von unabhängigen Forschungsinstitutionen und TEPCO selbst angegeben werden.

Insbesondere kritisiert die Ärzteorganisation jedoch die Tatsache, dass sich das für den Bericht verantwortliche Expertengremium, vor allem aus MitarbeiterInnen der IAEO und nationaler Atomregulationsbehörden zusammensetzt, die enge Beziehungen zur Atomwirtschaft haben. Atomkritische Stimmen kommen im WHO-Bericht nicht zu Wort. Die IPPNW fordert unabhängige epidemiologische Studien, um die Effekte der Niedrigstrahlung besser zu verstehen und um das Ausmaß der gesundheitlichen Folgen in den kommenden Jahrzehnten und für kommende Generationen einschätzen zu können. Benötigt werden Untersuchungen, die gänzlich frei sind vom Verdacht der Einflussnahme der Atomindustrie und der Atomregulationsbehörden, deren mangelndes Sicherheitsbewusstsein zu der Katastrophe von Fukushima maßgeblich beigetragen hat.

Während kurzlebige Radioisotope wie Jod-131 nach wenigen Monaten unter ein kritisches Niveau fallen, werden langlebige Nuklide wie Cäsium-137 oder Strontium-90 weiterhin ionisierende Strahlung abgeben und Menschen über viele Generationen gefährden. Mehr als die Hälfte der bei der Tschernobyl-Katastrophe 1986 emittierten Menge an Cäsium-137 strahlt weiter, da die Halbwertszeit von 30 Jahren noch nicht erreicht ist. "In Anbetracht der Tschernobyl-Opfer ist die Behauptung japanischer Regierungsberater, der Atomindustrie und der IAEO, der Fukushima-Gau werde nur wenige bis gar keine Folgen auf die Gesundheit der Menschen haben, nicht nur unwissenschaftlich, sondern zutiefst unmoralisch", erklärt der IPPNW-Kinderarzt Dr. Alex Rosen in seiner Untersuchung "[Gesundheitliche Auswirkungen der Atomkatastrophe von Fukushima](#)".  
->Quelle: [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de) – siehe auch [Solarify: Schilddrüsenveränderungen bei Kindern verharmlost](#)

Redaktionsschluss: 19.06.2013

## Verantwortlich:



MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

**SOLARIFY** 

  
Agentur Zukunft



MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR  
CHEMISCHE ENERGIEKONVERSION

Prof. Dr. Robert Schlögl  
Stiftstrasse 34-36  
45470 Mülheim an der Ruhr  
Germany

Phone: +49 (0)208 306 - 4  
Fax: +49 (0)208 306 - 3951  
E-Mail: [info @ solarify.de](mailto:info@solarify.de)  
Internet: <http://www.cec.mpg.de/>

**Agentur Zukunft – Büro für Nachhaltigkeitsfragen**

Phone: +49 (0)30 3641 6666  
Fax: +49 (0)30 3641 6669  
E-Mail: [info @ solarify.de](mailto:info@solarify.de)  
Internet: <http://www.agentur-zukunft.eu>